



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht September 2015



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

24. August 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), fotogestoeber – Fotolia (S. 5),
kasto – 123rf (S. 7), sudok1 – Fotolia (S. 12),
cyano66 – iStock (S. 13), Max Tactic – Fotolia (S. 20),
bluehill75 – Fotolia (S. 21), Amgen – vfa (S. 24),
Amgen – vfa (S. 25), jvwolf – 123rf (S. 26),
My Make OU – 123rf (S. 27), rido – 123rf (S. 28),
zerbor – 123rf (S. 29), artjazz – Fotolia (S. 30),
Wolfisch – Fotolia (S. 31), fotogestoeber – Fotolia (S. 33),
desgnsoliman – Fotolia (S. 34)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	10
Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft.....	12
Gesundheit – made in Germany.....	21
Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union.....	26
„Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland.....	31
Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig.....	34
II. Wirtschaftliche Lage.....	39
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	40
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	42
III. Übersichten und Grafiken.....	55
1. Gesamtwirtschaft.....	56
2. Produzierendes Gewerbe.....	64
3. Privater Konsum.....	72
4. Außenwirtschaft.....	74
5. Arbeitsmarkt.....	76
6. Preise.....	78
7. Monetäre Entwicklung.....	82
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	84
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	86

Editorial



Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

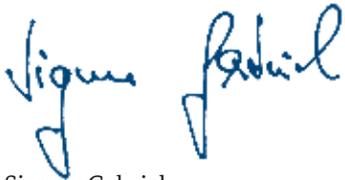
Gesundheit ist ein hohes und wichtiges Gut. Das gilt für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. Weil Gesundheit wertvoll ist, ist die Gesundheitsversorgung weit mehr als nur ein Kostenfaktor: Insbesondere der medizinisch-technische Fortschritt, das gestiegene Wohlstandsniveau und die demografische Entwicklung haben dazu geführt, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft in Deutschland immer weiter zugenommen hat. Im vergangenen Jahr hat die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft mit annähernd 280 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erreicht. Mittlerweile arbeiten rund 6,2 Millionen Beschäftigte – und damit mehr als jeder siebte Erwerbstätige – in diesem Bereich. Auch die Exporttätigkeit der Gesundheitswirtschaft entwickelte sich in den vergangenen Jahren erfreulich.

Mit ihrer Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus weiteren Wirtschaftsbereichen sichert die Gesundheitswirtschaft auch in anderen Branchen Arbeitsplätze und Einkommen. Um genauere Informationen zum Ausmaß der Verflechtung der Gesundheitswirtschaft mit anderen Wirtschaftszweigen zu erhalten, wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in den letzten Jahren mehrere Studien durchgeführt. Auf deren Basis wurde eine Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung entwickelt und nun aktualisiert. Deren Kernergebnisse fasst ein Schwerpunktartikel in diesem Monatsbericht zusammen. Die Berechnungen zeigen, dass die positiven direkten volkswirtschaftlichen Effekte der Gesundheitswirtschaft durch enge Beziehungen zu anderen Wirtschaftszweigen noch verstärkt werden.

Diese positiven Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand weiter zu fördern ist auch Ziel der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft. Unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unterstützt die Exportinitiative bereits seit einigen Jahren deutsche Unternehmen der Gesundheitswirtschaft auf ihrem Weg ins Ausland. Sie richtet sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen, die diese Branche besonders prägen. Für diese Unternehmen führt die zunehmende Globalisierung zu zusätzlichen Herausforderungen: Zum einen bieten sich größere Absatzmöglichkeiten, zum anderen müssen gerade kleinere Unternehmen heute viel internationaler denken und handeln als noch vor einigen Jahrzehnten. Neue Konkurrenten aus anderen Ländern treten mit immer besseren Produkten auf den Markt und auch der Preiswettbewerb nimmt zu.

Doch warum unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine Branche, die bereits erfolgreich im Export positioniert ist? Hier geht es vor allem darum, dass der Marktzugang immer schwieriger wird. So unterscheiden sich die Gesundheitsmärkte von Land zu Land hinsichtlich ihrer Komplexität und Struktur. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es schwierig, die Marktmechanismen im Ausland zu durchdringen. Beispielsweise führen unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen zu stärkeren Kostenrisiken für die Unternehmen bei der Markteinführung eines Produktes. Hier helfen wir Unternehmen, die notwendigen Marktzugangsinformationen zu erlangen. Außerdem ist eine zunehmende Nachfrage nach Systemlösungen zu beobachten, die kleine Unternehmen mit ihren Einzelprodukten oft nicht anbieten können. Durch Vernetzung vor Ort fördern wir den Zusammenschluss kleiner deutscher Unternehmen zu schlagkräftigen Einheiten. Unser Ziel: Wir wollen Deutschlands Position als eines der führenden Exportländer gesundheitswirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen sichern und ausbauen.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



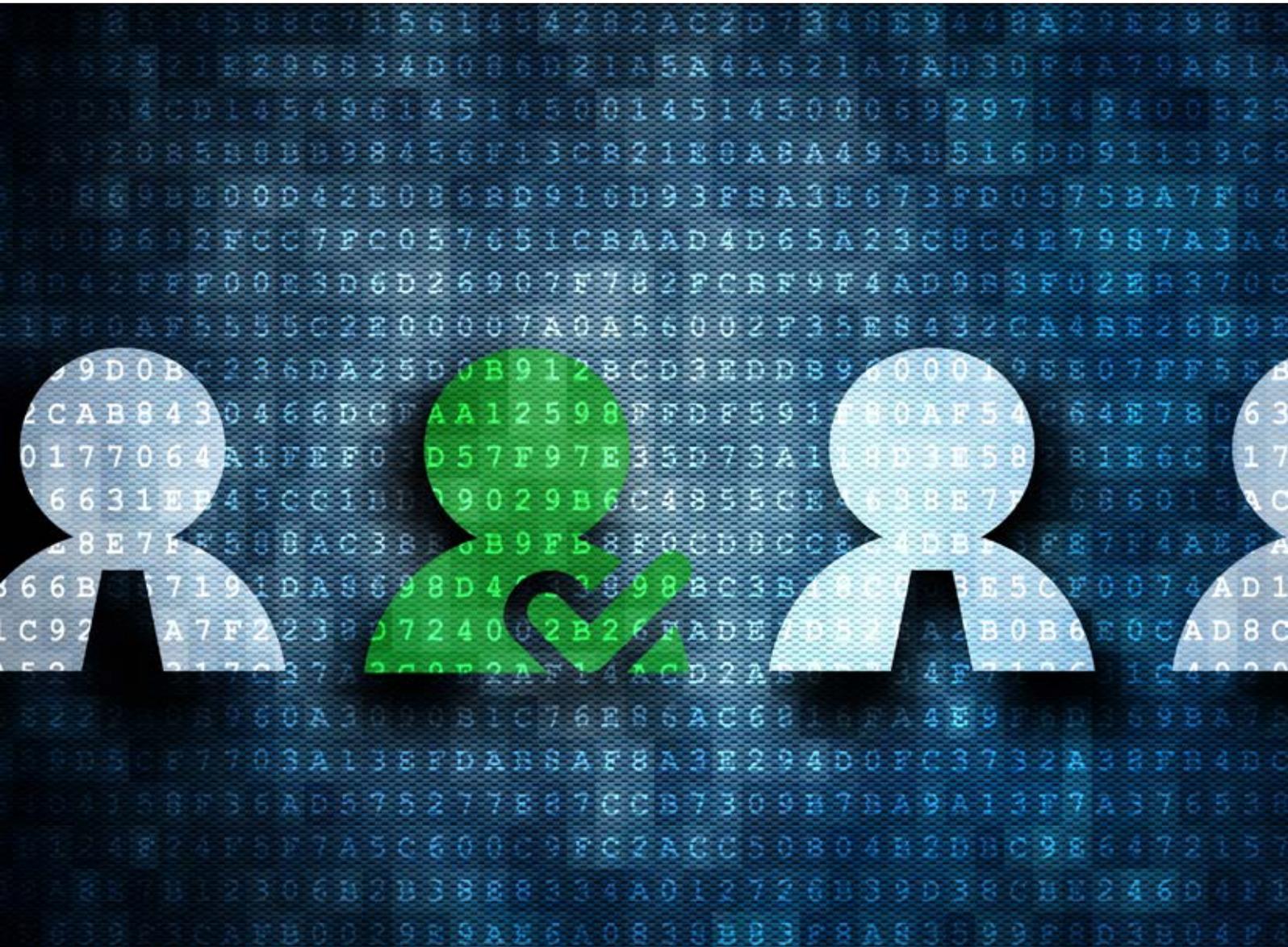
Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Meilenstein beim Datenschutz von Geodaten: Der GeoBusiness Code of Conduct ist gestartet



Hochauflösende und genaue Geodaten – und damit digitale Informationen, denen auf der Erdoberfläche eine bestimmte räumliche Lage zugewiesen werden kann – können die Basis neuer Geschäftsideen sein und bieten damit ein großes wirtschaftliches Potenzial. Sie werden etwa für präzise Wettervorhersagen, Kartierungen, Routenplaner oder auch Apps für Smartphones genutzt. Zugleich sind solche hochauflösenden Geodaten mit hoher Wahrscheinlichkeit personenbezogen oder personenbeziehbar und damit datenschutzrelevant. Das heißt, bei der Verarbeitung und Nutzung dieser Daten sind die jeweils geltenden Datenschutzbestimmungen einzuhalten.

Mit dem GeoBusiness Code of Conduct wurden die Bestimmungen der Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder zu einem bundesweit einheitlichen Regelwerk zusammengefasst, welches jetzt offiziell von den Datenschutz-Aufsichtsbehörden anerkannt wurde. Mit dem Beitritt zu dieser Selbstverpflichtungserklärung haben Unternehmen die Möglichkeit, nachzuweisen, dass sie verantwortungsbewusst mit datenschutzrelevanten Daten umgehen. Der GeoBusiness Code of Conduct erleichtert somit gerade kleinen und mittleren Unternehmen den Bezug und die Nutzung öffentlicher Geodaten und stärkt die Anwendung der Datenschutzgesetze.

Durch Anwendung des GeoBusiness Code of Conduct sollen auch Daten für die Wirtschaft zugänglich gemacht werden, die bis jetzt aufgrund von Datenschutzregelungen nicht ohne Weiteres genutzt werden konnten. Konkret geht es dabei beispielsweise um Eigentümerinformationen in Grundstücksdaten, die von der Rohstoffwirtschaft genutzt werden können, um ihre Betriebsplanung zu verbessern. Ein weiteres Beispiel sind Angaben zum Denkmalschutz, die für die Versicherung von Gebäuden relevant sein können.



Die Selbstverpflichtungserklärung ist gemeinsam von Mitgliedern der Kommission für Geoinformationswirtschaft (GIW-Kommission), Unternehmern, Rechtsanwälten und Datenschützern ausgearbeitet worden. Umgesetzt wird der GeoBusiness Code of Conduct von der GIW-Kommission beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Kooperation mit dem Verein für Selbstregulierung Informationswirtschaft e.V. (SRIW).

Unternehmen können über den Service www.geodaten-schutz.org online dem GeoBusiness Code of Conduct beitreten. Über dieses Online-Zertifizierungsportal werden bestimmte Regelungen des Unternehmens in Bezug auf den Datenschutz abgefragt: beispielsweise, wie ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter erreichbar ist oder welche Maßnahmen zum Schutz vor unbefugten Zugriffen auf personenbezogene Daten getroffen werden. Teilnehmer am GeoBusiness Code of Conduct können so dokumentieren, dass sie ihre Geschäftsprozesse datenschutzkonform realisieren. Das schafft mehr Rechtssicherheit und Transparenz sowohl auf Seiten der Unternehmen als Datennutzer als auch auf Seiten der Behörden als Anbieter von staatlichen Geodaten.

Weiterführende Informationen finden Sie unter:



www.geodaten-schutz.org

Kontakt: Uta Böhner
Referat: „Mittelstand Digital“
und Lars Behrens, stellv. Leiter der Geschäftsstelle der
Kommission für Geoinformationswirtschaft

Bürgerdialog Stromnetz: Mehr Akzeptanz für die Energiewende



Zentral für das Gelingen der Energiewende ist ihre breite Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger. Während eine breite Mehrheit die Energiewende unterstützt, stoßen aber Infrastrukturmaßnahmen aufgrund ihrer Auswirkungen auf Mensch und Umwelt mitunter auf grundsätzliche Ablehnung durch die Betroffenen.

Gleichzeitig sind viele Bürgerinnen und Bürger zunehmend bereit, den Umbau der Energieversorgung selbst aktiv mitzugestalten, und fordern mehr Beteiligung ein. Um die für die Energiewende dringend erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen gesellschaftlich tragfähig zu machen, bedarf es einer neuen Dialogkultur, die sich an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet und die Belange aller Betroffenen berücksichtigt.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fördert daher seit Anfang dieses Jahres die Initiative Bürgerdialog Stromnetz. Die Initiative ist auf einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog angelegt und verfolgt einen regionalen Ansatz, bei dem Orte mit besonders hohem Konfliktpotenzial und damit besonders großem zu erwartenden Kommunikations- und Diskussionsbedarf (so genannte Hotspots) im Fokus stehen. Landesweit werden den Bürgerinnen und Bürgern an diesen Hotspots wohnortnah feste Ansprechpartner für alle Belange rund um den Netzausbau zur Verfügung stehen. Ergänzend wird ein Bürgerdialogmobil flexibel an weiteren Orten eingesetzt.

Als zweite Säule finden vor Ort vielfältige Veranstaltungen – von Bürgerkonferenzen über moderierte Bürgerinformationsmärkte bis hin zu Bürgerabenden im Kleingruppenformat – statt, bei denen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich frühzeitig – möglichst vor Beginn der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung zu den einzelnen Ausbauprojekten – zu Fragen rund um den Netzausbau zu informieren, ihre Anliegen vorzutragen und gemeinsam über Lösungswege zu diskutieren.

Die Dialogarbeit wird nach Bedarf durch Mediationsangebote ergänzt. Eine Internetplattform informiert die Betroffenen unter www.buergerdialog-stromnetz.de rund um den Netzausbau in ihrer Region und die Angebote der Initiative. Zudem können sich Bürgerinnen und Bürger in verschiedenen Beteiligungsformaten – zum Beispiel im Online-Bürgerbüro und in Expertenchats – selbst einbringen, Fragen stellen oder miteinander ins Gespräch kommen.

Weiterführende Informationen finden Sie unter:



www.buergerdialog-stromnetz.de

Kontakt: Dr. Angelique Weikum-Groß
Referat: Koordinierung, Länder, Information und Dialogprozesse

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

September 2015	
04.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
10.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11./12.09.	Informelle ECOFIN-Tagung in Luxemburg
22./23.09.	Informelle Energieratstagung in Luxemburg
Ende September	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Oktober 2015	
01./02.10.	Wettbewerbsfähigkeitsrat in Luxemburg
05./06.10.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
07.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
12.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.10.	Tagung Europäischer Rat
Ende Oktober	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2015	
05.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
06.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
09./10.11.	Eurogruppe und ECOFIN
11.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
18.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion) in Luxemburg
26.11.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)
27.11.	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Handel)
30.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat (Binnenmarkt und Industrie)
Ende November	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

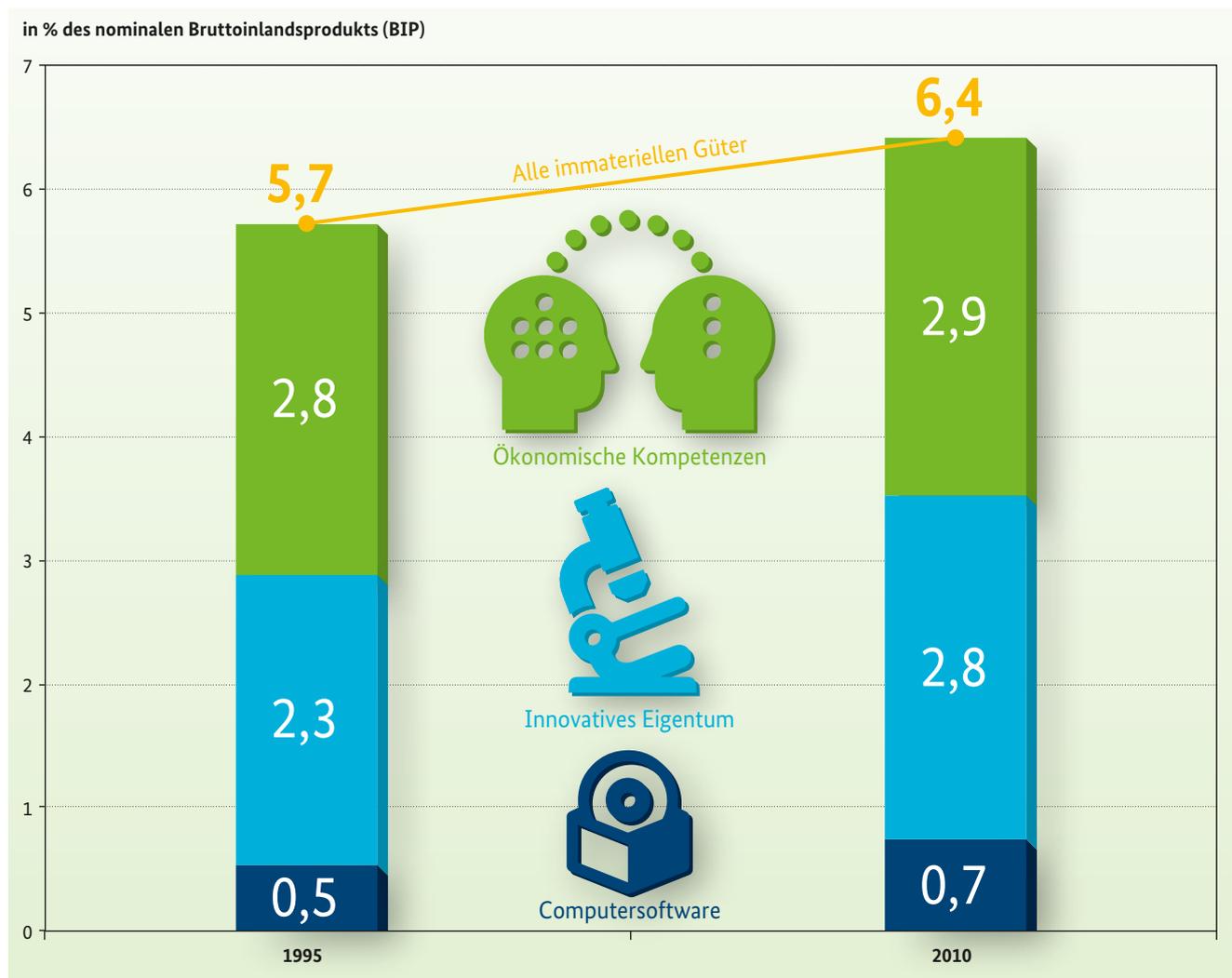


Grafik des Monats

Immaterielle Wirtschaftsgüter ...

... nehmen in deutschen Unternehmen eine immer bedeutendere Rolle ein. Investitionen in immaterielle Güter, beispielsweise ökonomische Kompetenzen (z.B. Weiterbildung, Beratung oder Marktforschung), innovatives Eigentum (z.B. Forschung und Entwicklung, Urheberrechte) oder Computersoftware, sind im Zeitraum von 1995 bis 2010 um mehr als 50 Prozent auf 165 Milliarden Euro gestiegen. Sie haben sich damit deutlich dynamischer entwickelt als die Wirtschaftsleistung insgesamt. Während der Unternehmenssektor in Deutschland im Jahr 1995 noch knapp 5,7 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in immaterielle Wirtschaftsgüter investiert hat, waren es 2010 schon 6,4 Prozent. Davon entfällt zwar weiterhin der größte Teil auf Investitionen in ökonomische Kompetenzen, aber die Erweiterungen des innovativen Eigentums und von Computersoftware haben ihren Anteil ausbauen können.

Immaterielle Wirtschaftsgüter



Erläuterung: Die Kategorie „Ökonomische Kompetenzen“ umfasst u. a. Werbung, Marktforschung, Weiterbildung, Managementberatungen; „Innovatives Eigentum“ beinhaltet u. a. Forschungs- und Entwicklungsleistungen, Urheberrechte, Rohstoffexplorationen, Designs; „Computersoftware“ enthält Software und Datenbanken. Daten liegen derzeit nur bis zum Jahr 2010 vor.

Quelle: Corrado, Carol; Jonathan Haskel; Cecilia Jona-Lasinio und Massimiliano Iommi (2012). „Intangible Capital and Growth in Advanced Economies: Measurement Methods and Comparative Results“, verfügbar unter: www.INTAN-Invest.net

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal weiter spürbar um 0,4% gewachsen. Sie befindet sich im Sommer in einem soliden Aufschwung.
- ▶ Die Weltwirtschaft hat im laufenden Jahr noch wenig Dynamik entfaltet. Die Erholung im Euroraum setzt sich mit moderatem Tempo fort.
- ▶ Die Industriekonjunktur entwickelt sich leicht positiv. Im Bausektor gab es nach dem starken Jahresauftakt einen Dämpfer. Die Bestellungen deuten auf eine solide Grunddynamik der deutschen Wirtschaft hin.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter günstig, jedoch mit gedämpfter Dynamik.

Die Konjunktur in Deutschland ist im Sommer weiterhin solide aufwärtsgerichtet.¹ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich im zweiten Quartal weiter spürbar um 0,4%.² Vor allem vom Außenhandel kamen im zweiten Quartal Impulse. Gestützt durch die moderate Erholung im Euroraum und die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit wurden die Ausfuhren sehr viel stärker ausgeweitet als die Einfuhren. Ein Teil dieser Nachfrage wurde aus dem Lagerbestand bedient. Eine verlässliche konjunkturelle Stütze blieb der private Konsum. Der solide Arbeitsmarkt und die gute reale Einkommensentwicklung sorgten für ein freundliches Konsumumfeld. Die Investitionstätigkeit im Inland, insbesondere in Bauten, war hingegen zurückhaltend. Vor allem im Bereich der Dienstleistungen wird die wirtschaftliche Leistung kontinuierlich ausgeweitet. In der Industrie entwickelt sich die Produktion trotz einer Abschwächung im Juni in der Tendenz moderat positiv. Demgegenüber war die Erzeugung im Baugewerbe in den vergangenen Monaten rückläufig. Die Stimmung in den Unternehmen ist weiterhin gut und stabil. Unsicherheitsfaktoren wie etwa der Fortgang der Krise in Griechenland oder die Volatilität des chinesischen Aktienmarkts haben keinen Stimmungsumschwung ausgelöst. Insgesamt erscheint der Aufschwung der deutschen Wirtschaft im Sommer gefestigt.

Das Wachstum der Weltwirtschaft setzt sich mit gemäßigtem Tempo fort. Die weltweite Industrieproduktion hat sich nach einem schwachen Jahresbeginn zwar stabilisiert, aber bis einschließlich Mai noch nicht wieder Fahrt aufgenommen. Während die Industrieproduktion in den Schwellenländern an ihren bisherigen Wachstumspfad nahezu anknüpfen konnte, schwächte sie sich in den entwickelten Volkswirtschaften zuletzt etwas ab. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien hat die Konjunktur gemessen an den Frühindikatoren der OECD etwas an Momentum eingebüßt und in Japan ging das BIP im zweiten Quartal um 0,4% zurück. Dagegen setzt sich die moderate konjunkturelle Erholung in der Eurozone fort. Die Wirtschaft der rohstoffreichen Schwellenländer wie Russland oder Brasilien leidet nach wie vor unter den niedrigen Rohstoffpreisen. Die chinesische Wirtschaft ist auf der Suche nach einer dynamischen und gleichzeitig nachhaltigeren Entwicklung. Unter dem Strich sorgen die niedrigen Ölpreise und die weltweit akkommodierende Geldpolitik in der Weltwirtschaft insgesamt nach wie vor für Impulse. Im weiteren Verlauf sollte sich das globale Wirtschaftswachstum daher etwas beschleunigen.

Die deutschen Unternehmen haben ihre Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im zweiten Quartal kräftig ausgeweitet. Im Vergleich zum Vorquartal sind sie in jeweiligen Preisen nach der Zahlungsbilanzstatistik um 3,4% gestiegen.³ Die Ausfuhrpreise blieben nach einem kräftigen Anstieg zu Beginn des Jahres weitgehend unverändert, sodass sich auch preisbereinigt ein deutlicher Zuwachs der Warenausfuhren ergab. Die nominalen Einfuhren an Waren und Dienstleistungen sind im zweiten Quartal ebenfalls höher ausgefallen als im Vorquartal, wenn auch mit 1,6% weniger stark als die Ausfuhren. Die Einfuhrpreise waren leicht rückläufig. So trug der Außenhandel im zweiten Quartal spürbar zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

In der Industrie setzen sich die moderat positiven konjunkturellen Tendenzen fort. Im Juni ging die Industrieproduktion zwar recht deutlich um 1,3% zurück. Hierzu trugen aber auch Brückentageeffekte bei. Aufgrund der Zuwächse in den beiden Vormonaten ergab sich für das Gesamtquartal im Durchschnitt noch ein leichtes Produktionsplus von

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. August 2015 vorlagen.

2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zum BIP im zweiten Quartal vom 14. August 2015. Detaillierte Ergebnisse für das zweite Quartal werden am 25. August veröffentlicht.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

0,2%. Die Dynamik fiel somit ähnlich stark aus wie im ersten Quartal. Ihre Umsätze konnte die Industrie im Frühjahr deutlich stärker um 0,7% ausweiten. Dabei kamen die Impulse hauptsächlich aus dem Ausland (+1,5%), während das Inlandsgeschäft nahezu stagnierte (+0,1%). Dies deutet darauf hin, dass die gute Nachfrage aus dem Ausland teilweise aus dem Lagerbestand bedient wurde. Ein noch günstigeres Bild zeigt sich bei den Bestellungen. Die Auftragseingänge erhöhten sich, bei einem kräftigen Auftragsplus im Juni um 2,0%, im gesamten zweiten Vierteljahr deutlich um 3,0%. Auch hier kamen die Impulse ausschließlich aus dem Ausland. Angesichts der positiven Nachfrageentwicklung, die sich auch in einem insgesamt guten Geschäftsklima der Unternehmen widerspiegelt, dürfte sich der moderat positive Trend in der Industrie fortsetzen. Die Bauproduktion ging im zweiten Quartal demgegenüber um 2,3% zurück. Während im Bauhauptgewerbe (Hoch- und Tiefbau) ein nach dem starken Jahresauftakt absehbarer Rückgang von 0,7% zu verzeichnen war, gab es im Ausbaugewerbe ein überraschend starkes Quartalsminus von 4,2%. Insgesamt bleiben die Rahmenbedingungen für den Bausektor günstig, sodass hier von einer Erholung im weiteren Jahresverlauf auszugehen ist.

Der private Konsum hat auch im zweiten Quartal die Konjunktur gestützt. Allerdings konnte die kräftige Dynamik im Einzelhandel nicht beibehalten werden. Nachdem im

Mai mengenmäßig der höchste Umsatz seit Beginn der Statistik erzielt wurde, gingen die Erlöse im Juni um 1,8% zurück. Ausgehend von einem sehr hohen Niveau nahmen deshalb die Umsätze im zweiten Quartal insgesamt leicht um 0,2% ab. Lediglich die Umsätze im Kfz-Handel wurden weiter schwungvoll ausgeweitet. Das Geschäftsklima im Einzelhandel lag bei leichten Schwankungen am aktuellen Rand weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau. Die Stimmung der Konsumenten blieb gemessen am GfK Konsumklima ebenfalls sehr positiv.

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt setzt sich mit gebremster Dynamik fort. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Juni saisonbereinigt um 10.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Zahl im Inland um 157.000 (Ursprungszahl) auf knapp 43,0 Mio. Personen. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hielt an, sie nahm im Mai saisonbereinigt um 22.000 Personen zu. Dennoch stieg die registrierte Arbeitslosigkeit im Juli gegen ihren bisherigen Trend saisonbereinigt um 9.000 Personen. Nach Ursprungszahlen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit auf 2,773 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde merklich um 99.000 Personen unterschritten. Insgesamt deuten die Indikatoren für den Arbeitsmarkt auf eine Fortsetzung der positiven Tendenzen mit verlangsamttem Tempo hin.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBK, ifo Institut

Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft

Die deutsche Gesundheitswirtschaft ist eine expandierende Branche und von großer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft – das ist die Kernaussage der aktualisierten Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie sichert Beschäftigung, trägt stetig zum Wachstum bei und wirkt so auch konjunkturstabilisierend. Durch Verflechtungen sorgt sie auch in anderen Wirtschaftsbereichen für positive volkswirtschaftliche Effekte.



Die Gesundheit ist ein hohes Gut für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft insgesamt. In der Vergangenheit wurde das Gesundheitswesen dennoch häufig vor allem als Kostenfaktor wahrgenommen. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass die Gesundheitswirtschaft ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft ist, der Beschäftigung schafft und Wachstum stabilisiert.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurden in den letzten Jahren aufeinander aufbauende Studien mit dem Ziel durchgeführt, genauere Informationen zur ökonomischen Bedeutung und Verflechtung der Gesundheitswirtschaft mit anderen Wirtschaftszweigen zu erhalten. Aus diesen ging die erste Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung für die Jahre 2005 bis 2012 hervor.¹ Auf Grundlage von aktualisierten Daten des Statis-

tischen Bundesamtes zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konnte die Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung für einen längeren Zeitraum von 2000 bis 2014 aktualisiert werden.²

Eine Besonderheit der aktualisierten Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung besteht darin, dass durch eine neue Berechnungssystematik die Auswirkungen und Verteilungseffekte der Gesundheitswirtschaft auf andere Sektoren in einem so genannten „ökonomischen Fußabdruck“ dargestellt werden können (s. dazu Kasten 1). Darüber hinaus wurden auch die Entwicklung der Produktivität der Gesundheitswirtschaft berechnet und eine Preisbereinigung vorgenommen, um die Gesundheitswirtschaft in realen Größen darzustellen.

1 Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse der ersten Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung, s. auch den Beitrag „Gesundheit als volkswirtschaftlicher Produktionsfaktor“ im BMWi-Monatsbericht Juni 2013.

2 Eine Kurzfassung der Studie findet sich unter: http://bit.ly/BMWi_GGr_2015

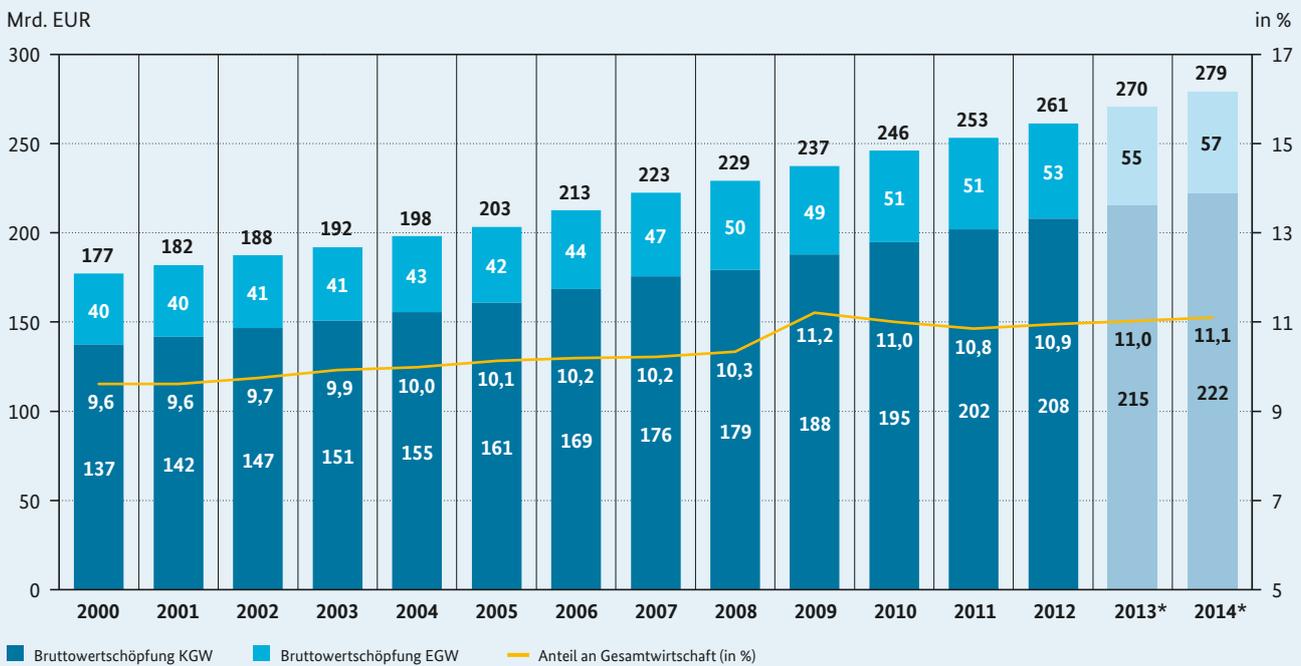


Vorgehensweise und Datengrundlage der Studie

Die aktuelle Studie des BMWi „Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung“ bildet die Gesundheitswirtschaft mit allen ihr zuzuordnenden Unterbereichen ab. Dazu zählen im Kernbereich (KGW) z. B. Dienstleistungen wie Pflege und stationäre Einrichtungen, aber auch die industrielle Gesundheitswirtschaft. Im Erweiterten Bereich (EGW) werden Güter und Dienstleistungen mit Gesundheitsbezug erfasst, wie z. B. die Bereiche „gesunde Ernährung“ und „Gesundheitsreisen“.

Darüber hinaus stellt die Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung die Verflechtungen der Gesundheitswirtschaft mit der gesamten Volkswirtschaft dar. Sie baut dabei auf den vorherigen Studien auf, die bereits darauf abzielten, die Bruttowertschöpfung und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft

durch ein so genanntes „Satellitenkonto“ zu analysieren. Die nun vorliegende Studie erweitert diese Berechnungssystematik um eine Sozialrechnungsmatrix (SAM). Diese erfasst auch die Umverteilung der Einkommen über die sozialen Sicherungssysteme – sowohl die Einnahmen wie Krankenkassenbeiträge als auch Transferleistungen wie Krankengeld. Durch die SAM wird es somit möglich, detailliertere Aussagen über die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Eingriffe, insbesondere hinsichtlich deren Verteilungswirkung, zu treffen. Auch indirekte und induzierte Effekte der Gesundheitswirtschaft können dadurch differenzierter abgebildet werden. Als Grundlage für diese Berechnungen dienen die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), der gesundheitsbezogenen Rechensysteme und sonstige einschlägige Informationen zu den Transaktionen in der Gesundheitswirtschaft.

Abbildung 1: Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft in jeweiligen Preisen, 2000 – 2014

* Bei den Jahren 2000 bis 2007 und 2011 bis 2012 handelt es sich um eine Rück- bzw. Fortschreibung auf Grundlage der VGR des Statistischen Bundesamts. Die Jahre 2013 und 2014 basieren ganz oder teilweise (2013) auf prognostizierten Werten.

Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014*

Kennzahlen der Gesundheitswirtschaft

Die Studie gibt detailliert Auskunft über die relevanten gesundheitswirtschaftlichen Kennzahlen und darüber, wie sich diese über die letzten Jahre geändert haben.

Dynamische Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 279 Milliarden Euro wurden im Jahr 2014 rund 11,1 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in der Gesundheitsbranche erwirtschaftet. In Abbildung 1 ist die Entwicklung der Bruttowertschöpfung der deutschen Gesundheitswirtschaft und ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft für den Kernbereich (KGW) und die Erweiterte Gesundheitswirtschaft (EGW) dargestellt.

Seit dem Jahr 2000 stieg die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft um 57,6 Prozent, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3,3 Prozent entspricht. In der gleichen Zeit erhöhte sich damit ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung um ca. 15 Prozent.

Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg verzeichnete die Gesundheitswirtschaft ein positives reales Wachstum. Sogar im Jahr 2009 war das Wachstum der Gesundheitswirtschaft, im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft, positiv (vgl. Abbildung 2). Im Durchschnitt lag die jährliche Veränderungsrate im Bereich der Gesundheitswirtschaft um 1,1 Prozentpunkte über dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Abbildung 2 zeigt, dass das Wachstum der Gesundheitswirtschaft relativ stabil und von konjunkturbedingten Schwankungen weniger betroffen ist als z. B. das Verarbeitende Gewerbe.

Mehr als sechs Millionen Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft

Seit dem Jahr 2000 stieg die Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft um 1,3 Millionen Personen an. Im Jahr 2014 waren damit rund 6,2 Millionen Personen in der Gesundheitswirtschaft tätig, was 14,8 Prozent aller Erwerbstätigen entspricht (vgl. Abbildung 3). Im Zeitraum 2000 bis 2014 überstieg das durchschnittliche jährliche Wachstum der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft in Höhe von 1,8 Prozent die gesamtwirtschaftliche Veränderungsrate (0,5 Prozent p. a.).

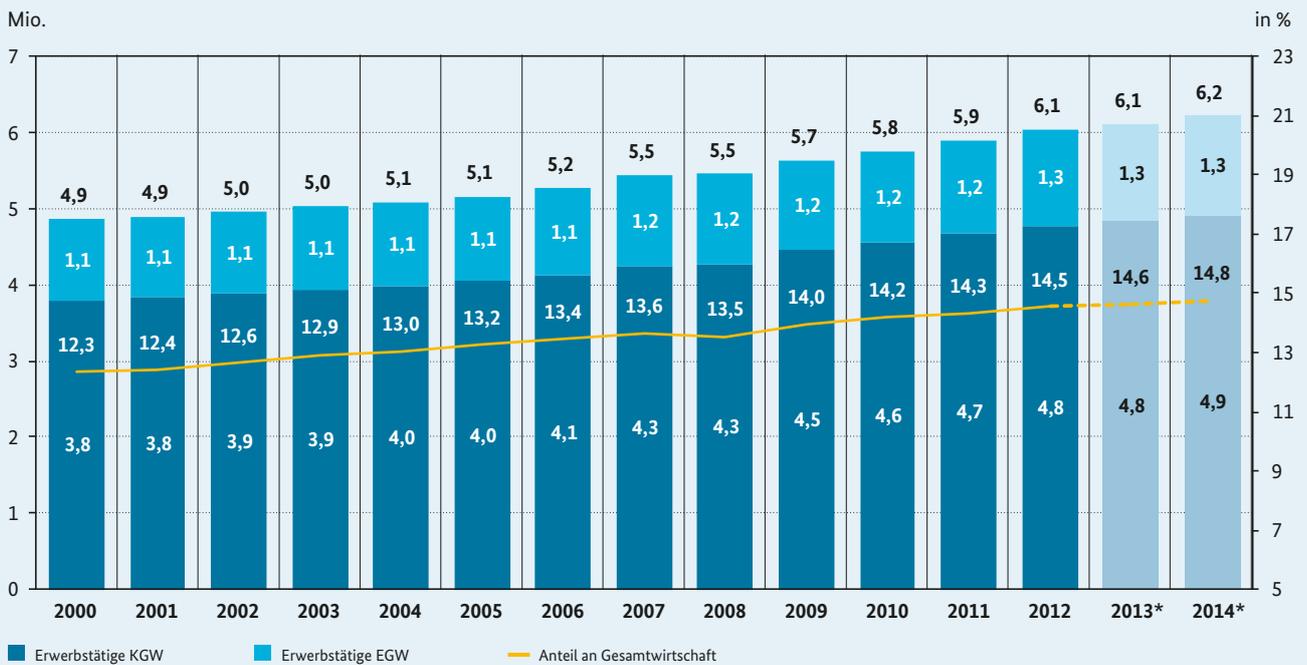
Abbildung 2: Wachstum der Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft im Vergleich, konstante Preise, 2000 – 2014



* Die Jahre 2013 und 2014 basieren teilweise auf prognostizierten Werten.

Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014

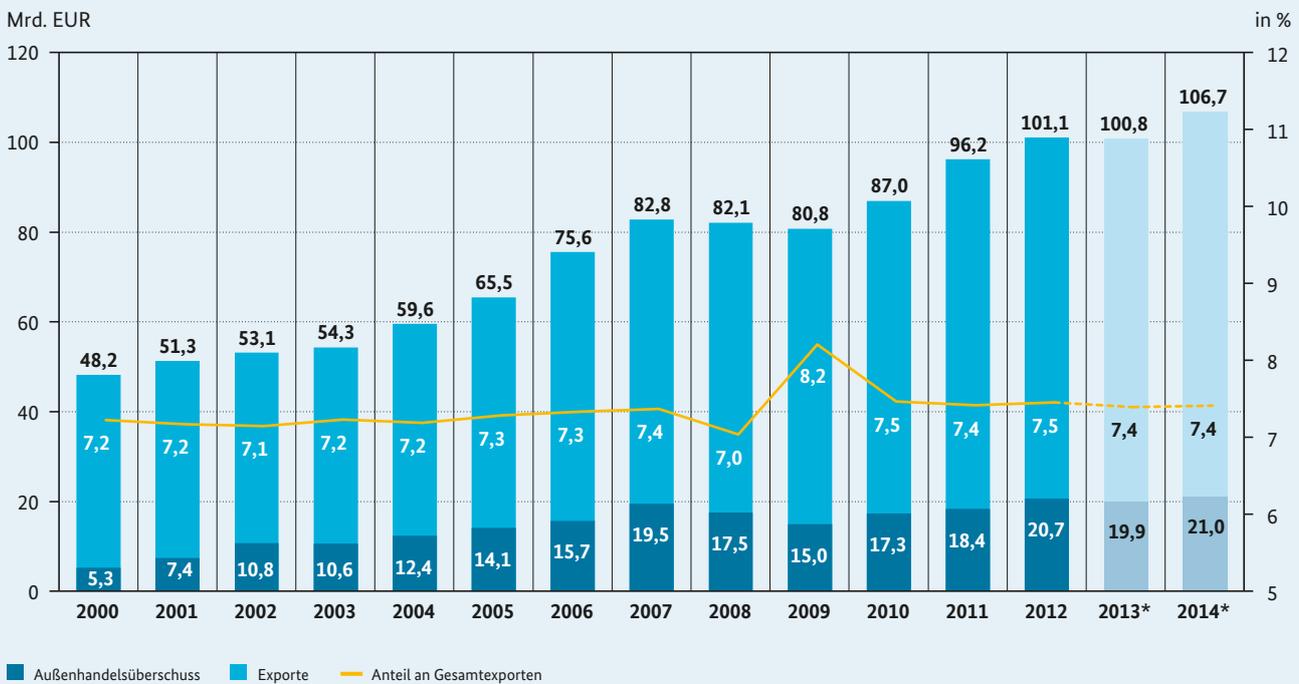
Abbildung 3: Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft, 2000 – 2014



* Bei den Jahren 2000 bis 2007 und 2011 bis 2012 handelt es sich um eine Rück- bzw. Fortschreibung auf Grundlage der VGR des Statistischen Bundesamts. Die Jahre 2013 und 2014 basieren ganz oder teilweise (2013) auf prognostizierten Werten.

Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014*

Abbildung 4: Exporte und Außenhandelsüberschuss der Gesundheitswirtschaft, 2000 – 2014



* Die Jahre 2013 und 2014 basieren teilweise auf prognostizierten Werten.

Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014

Auffällig ist dabei, dass die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft – im Gegensatz zur Gesamtwirtschaft – selbst während der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise zunahm. Dadurch leistete die Gesundheitswirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Innerhalb der Gesundheitswirtschaft war das Beschäftigungswachstum in den Bereichen Industrie und Handel mit jährlich 2,3 Prozent besonders hoch. Im Erweiterten Bereich stieg die Beschäftigung im Dienstleistungssektor mit 2,5 Prozent p.a. außerordentlich stark.

Stabile Exportquote

Ebenso wie die Bruttowertschöpfung und Beschäftigung sind auch die Exporte im Bereich der Gesundheitswirtschaft seit 2000 deutlich gestiegen und betragen 2014 106,7 Milliarden Euro (vgl. Abbildung 4). Aufgrund des allgemeinen Wachstums der deutschen Exporttätigkeit blieb der Anteil der Gesundheitswirtschaft an den Gesamtexporten fast unverändert bei knapp über sieben Prozent. Der Außen-

handelsüberschuss stieg hingegen von 5,3 Milliarden Euro auf 21 Milliarden Euro. Der konjunkturbedingte Rückgang der Exporte im Jahr 2009 fiel merklich schwächer aus als in der Gesamtwirtschaft.

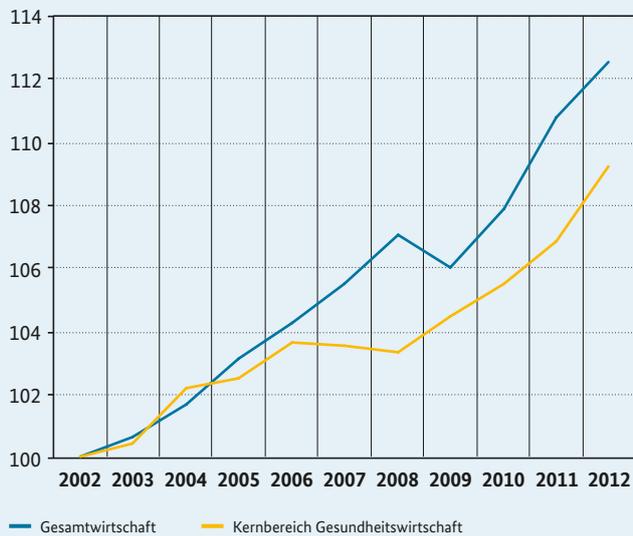
Stabilisierung des Preisniveaus

Zur Berechnung der Umsätze der Gesundheitswirtschaft in realen Preisen wurde auch die Entwicklung des Preisniveaus in der Gesundheitswirtschaft ermittelt. Die Preise für Produktion und Wertschöpfung wurden aus Daten des Statistischen Bundesamtes gewonnen und für die Wirtschaftszweige der Gesundheitswirtschaft berechnet. Des Weiteren wurden die Preise für Importe, Exporte, Investitionsgüter, die Verbraucherpreise sowie die Erzeugerpreise auf die Güter bzw. Industrien der Gesundheitswirtschaft übertragen.

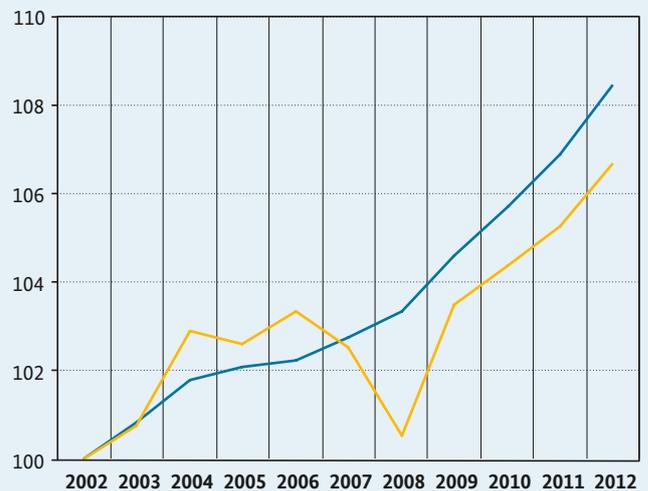
Die Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung zeigt so die wichtigsten Tabellen und Ergebnisse in realen Größen. Dies erlaubt es auch, die Entwicklung des Preisniveaus der

Abbildung 5: Preisentwicklung für Produktion und Wertschöpfung im Kernbereich der GW, 2002 – 2012

Preisentwicklung Produktion, Preisindex (2002 = 100)



Preisentwicklung Bruttowertschöpfung, Preisindex (2002 = 100)



Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014

Gesundheitswirtschaft mit der entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Veränderung zu vergleichen (vgl. Abbildung 5). Sowohl für die Produktion als auch für die Wertschöpfung liegt die Preissteigerung im Kernbereich der Gesundheitswirtschaft demnach deutlich unter der Gesamtwirtschaft. Dies ist einerseits auf die Produktivitätsgewinne bei Pharma und Medizintechnik sowie den geringeren Anstieg der Vorleistungspreise, andererseits auf die Preisregulierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs in diesem Bereich zurückzuführen. Beispielhaft zu nennen sind die Rabattregelungen bei Arzneimitteln und der Einheitliche Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen. Die Preisentwicklung der Gesundheitswirtschaft wirkt damit dämpfend auf das allgemeine Preisniveau der Gesamtwirtschaft.

Erfassung der Produktivität

Mit der Deflationierung des Outputs und Berechnung des Kapitalstocks können Aussagen über Produktivitätszuwächse in der Gesundheitswirtschaft getroffen werden. Diese geben die realen Produktionszuwächse im Vergleich zum Inputwachstum an Arbeit, Kapital und Vorleistungen an. Die Analyse zeigt, dass die so gemessene „Multifaktor-

produktivität“ in der Gesundheitswirtschaft höher lag als in der Gesamtwirtschaft. Besonders hervorzuheben ist hierbei der Sektor Gesundheitsindustrie und -handel, der von 2002 bis 2012 mit 1,2 Prozent p. a. einen Produktivitätszuwachs verzeichnete, der erheblich über dem Zuwachs der Gesamtwirtschaft in Höhe von 0,4 Prozent p. a. lag. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität der Gesundheitswirtschaft lag in diesem Zeitraum mit 0,8 Prozent unter der entsprechenden Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft (1,5 Prozent).

Differenzierte Betrachtung der Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert nicht nur Informationen über die Gesundheitswirtschaft als Ganzes, sondern erlaubt es auch, nach Teilbereichen zu differenzieren. 75 Prozent der Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft wurden demnach im Bereich der Dienstleistungen generiert (vgl. Abbildung 6). Der Großteil davon wird vor allem im Kernbereich durch stationäre und nicht-stationäre Dienstleistungen erwirtschaftet. In der industriellen Gesundheitswirtschaft spielt der so genannte „Erweiterte Bereich“ eine wichtige Rolle.

Abbildung 6: Aufteilung der Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft in Industrie, Handel und Dienstleistungen, 2014

Deutsche Volkswirtschaft (Gesamtwirtschaft) im Jahr 2014					
Andere Wirtschaftsbereiche (ca. 88,9%)		Gesundheitswirtschaft 279,1 Mrd. EUR (ca. 11,1%)			
davon Industrie und Handel (40,9%)	davon Dienstleistungen (59,1%)	Industrielle GW inkl. Handel 72,1 Mrd. EUR (25,8%)		Dienstleistungen 207,0 Mrd. EUR (74,2%)	
		Kernbereich 50,6 Mrd. EUR (70,2%)	Erweiterter Bereich 21,5 Mrd. EUR (29,7%)	Kernbereich 171,8 Mrd. EUR (83,0%)	Erweiterter Bereich 35,2 Mrd. EUR (17,0%)
		Humanarzneimittel (30,8%)	Waren zur Gesundheitsversorgung (40,7%)	Krankenversicherungen (5,9%)	Sport-, Wellness- u. Tourismusdienstleistungen (34,8%)
		Medizintechnische Produkte (18,5%)	Handelsleistungen des Erweiterten Bereichs (33,6%)	Dienstleistungen stationärer Einrichtungen (49,4%)	Sonstige Dienstleistungen der Gesundheitswirtschaft (27,8%)
		Einzelhandelsleistungen des Kernbereichs (23,7%)	Bauinvestitionen im Gesundheitswesen (25,2%)	Dienstleistungen nicht-stationärer Einrichtungen (44,7%)	Investitionen (34,6%)
		Großhandelsleistungen des Kernbereichs (27,0%)	Geräte für E-Health (0,5%)	E-Health (2,8%)	

Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014

Abbildung 7: Veränderung des Konsums, 2008 – 2014

		Erster Markt	Zweiter Markt	Gesamt
Kernbereich Gesundheitswirtschaft (KGW)	2014	273 Mrd. EUR +26,0%	31 Mrd. EUR +16,6%	304 Mrd. EUR +25,0%
	2008	217 Mrd. EUR (+4,3 p.a.)	27 Mrd. EUR (+2,8 p.a.)	244 Mrd. EUR (+4,2 p.a.)
Erweiterte Gesundheitswirtschaft (EGW)	2014	28 Mrd. EUR 3,3%	45 Mrd. EUR +27,5%	73 Mrd. EUR +16,9%
	2008	27 Mrd. EUR (0,5 p.a.)	35 Mrd. EUR (+4,6 p.a.)	63 Mrd. EUR (+2,8 p.a.)
Gesamt	2014	301 Mrd. EUR +23,5%	76 Mrd. EUR +22,8%	378 Mrd. EUR +23,3%
	2008	244 Mrd. EUR (+3,9 p.a.)	62 Mrd. EUR (+3,8 p.a.)	306 Mrd. EUR (+3,9 p.a.)

Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014

Eine weitere Möglichkeit zur Differenzierung bietet die Unterscheidung zwischen dem „Ersten Markt“ und dem „Zweiten Markt“. Leistungen im „Ersten Markt“ sind solche, die von Krankenversicherungen erstattet werden. Der „Zweite Markt“ hingegen wird durch private Konsumausgaben finanziert. Abbildung 7 stellt die Veränderung der Konsumausgaben in beiden Segmenten sowie gegliedert nach Kern- und Erweitertem Bereich dar. Dabei ist ersichtlich, dass das größte Wachstum im „Zweiten Markt“ für Waren und Dienstleistungen der erweiterten Gesundheitswirtschaft erzielt wurde, also für Leistungen mit Gesundheitsbezug, die nicht von den Kassen erstattet werden.

Berechnung des Gesundheitsvermögens

Die Gesundheitsversorgung trägt maßgeblich zur Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung bei: Eine verbesserte Lebensqualität, höhere Lebenserwartung und Verringerung krankheitsbedingter Fehlzeiten bei der erwerbstätigen Bevölkerung wirken sich positiv auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung aus. Gemessen in Erwerbstätigkeitsjahren konnten im Zeitraum 2002 bis 2012 durch weniger Sterblichkeit, Invalidität und

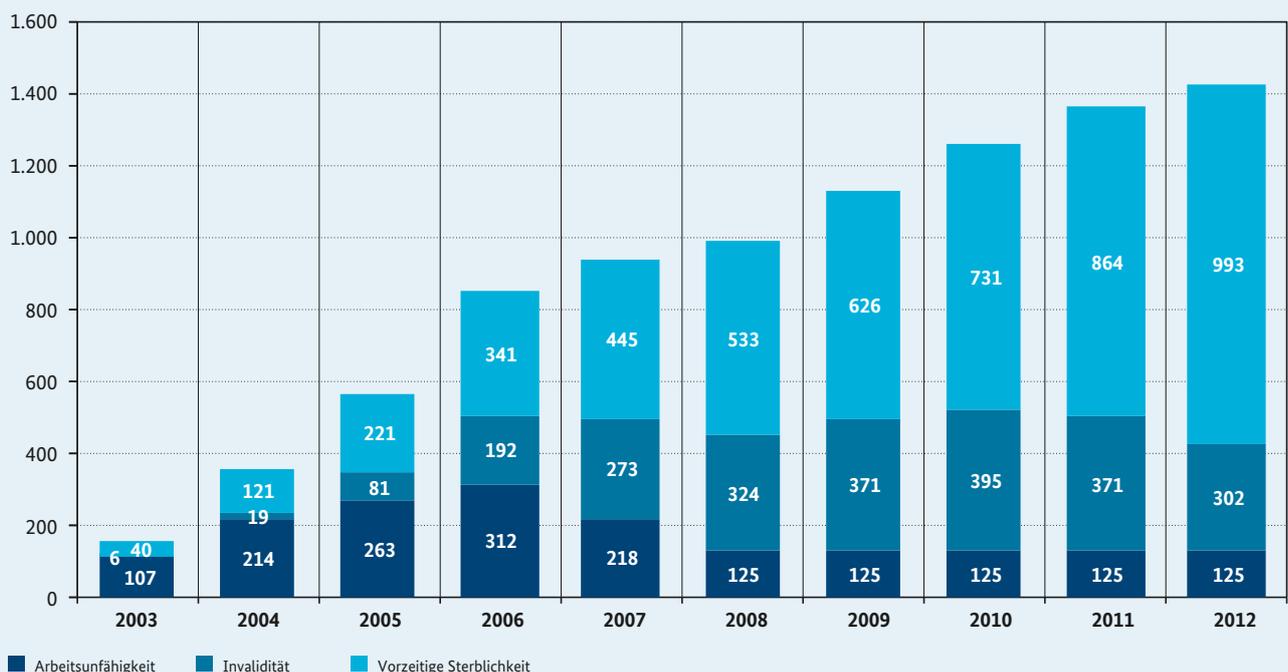
Arbeitsunfähigkeit insgesamt 1,3 Millionen Jahre gewonnen werden.

Ökonomischer Fußabdruck der Gesundheitswirtschaft

Zusätzlich zur Analyse der direkten gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Gesundheitswirtschaft ermöglicht die Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung auch eine Schätzung der indirekten volkswirtschaftlichen Effekte dieser Branche. Mit ihrer Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus anderen Wirtschaftsbereichen (den Vorleistungen) trägt die Gesundheitswirtschaft weiter zu Wertschöpfung und Einkommen in anderen Wirtschaftszweigen bei. Auf diese Weise entstehen zusätzlich zur (direkten) Wertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft indirekt Arbeitsplätze und Einkommen in Unternehmen anderer Branchen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass zu jedem im Jahr 2010 im Gesundheitswesen erwirtschafteten Euro zusätzlich 0,9 Euro in der Gesamtwirtschaft generiert wurden und dass für jeden Arbeitsplatz in der Gesundheitswirtschaft weitere 0,7 Arbeitsplätze in anderen Branchen entstehen.

Abbildung 8: Kumulierte gewonnene Erwerbstätigkeitsjahre, 2003 – 2012

Gewonnene Erwerbstätigkeitsjahre in 1.000 Jahren, kumuliert



Quelle: Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung 2000 – 2014



Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen, dass die Produktion und der Konsum von Gütern und Dienstleistungen der Gesundheitswirtschaft den Arbeitsmarkt und die Produktion in anderen Wirtschaftszweigen stärken. Die Gesundheitswirtschaft ist somit keineswegs ein „Kostenfaktor“, sondern ein essenzieller Baustein für nachhaltigen und stabilen Wohlstand.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beabsichtigt, die Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über die nächsten Jahre fortzuführen und dadurch frühzeitig relevante Entwicklungen in der Gesundheitswirtschaft zu identifizieren.

Eine Zusammenfassung des BMWi-Forschungsprojekts zur gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland finden Sie online unter:



http://bit.ly/BMWi_GGr_2015

Kontakt: Dr. Toni Glaser
Referat: Gesundheitswirtschaft

Gesundheit – made in Germany

„Exportinitiative Gesundheitswirtschaft“ – Für bessere Geschäftschancen auf Auslandsmärkten

Die Gesundheitswirtschaft ist ein Sektor der deutschen Volkswirtschaft mit wachsender Bedeutung. Die Unternehmen dieser konjunkturunabhängigen Branche weisen – mit hoher Wertschöpfung und Beschäftigung in den traditionellen Industriezweigen der Medizintechnik und Pharmazeutika – auch ausgezeichnete Exportzahlen auf. Allerdings gibt es im Bereich neuer Dienstleistungen und Produkte noch erhebliche Potenziale zur Steigerung der Exporte: Das gilt u. a. in den Bereichen Versorgungsmanagement oder E-Health und bei so genannten Systemlösungen, wie z. B. bei der Krankenhausinfrastruktur.



Um die vielversprechenden Auslandsmärkte zu erschließen, fehlen insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der deutschen Gesundheitsbranche oftmals die erforderlichen Kontakte und notwendigen Informationen. Hier setzt die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie an. Um die Exportchancen zu verbessern, hat die Initiative in den vergangenen vier Jahren eine Reihe passgenauer Maßnahmen entwickelt und umgesetzt – im In- und Ausland, aber auch im Internet.

Die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft wurde aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags im Jahr 2011 ins Leben gerufen und ist bei der Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing der Bundesregierung, der Germany Trade & Invest (GTAI), angesiedelt. Die Initiative vernetzt und bündelt Aktivitäten, die deutschen Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft dabei helfen, weltweit neue Absatzmärkte zu erschließen und ihr bestehendes Marktpotenzial zu erschließen und auszubauen. Dies

geschieht vor dem Hintergrund eines zunehmend schwierigeren Marktumfeldes, in welchem sowohl Industriestaaten als auch aufstrebende Volkswirtschaften den Marktzugang immer stärker erschweren. Die Exportinitiative ist in den Bereichen Medizintechnik, Pharma, medizintechnische Biotechnologie, Telemedizin und gesundheitsbezogene Dienstleistungen aktiv.

Besonders KMU profitieren von den Informationen und von den Maßnahmen der Initiative. Denn sie verfügen nicht über die Markterschließungswerkzeuge, die großen Unternehmen zur Verfügung stehen. Sie werden gezielt von der Exportinitiative durch detaillierte, aktuelle Informationen über neue Märkte und durch fokussierte Maßnahmen in den Zielländern unterstützt. Damit trägt die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung auch am Wirtschaftsstandort Deutschland bei. Die Verbesserung der Exportchancen vor allem für die KMU der Gesundheitswirtschaft liegt im besonderen Interesse des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Abbildung 1: Die Struktur der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft

Die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft wird von insgesamt 14 Fachverbänden getragen, die sich zu vier Arbeitskreisen zusammengeschlossen haben. Die einzelnen Arbeitskreise erarbeiten branchenspezifische Maßnahmen und setzen diese um.



Die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft konzentriert sich auf die Bereiche, in denen bislang kein anderer Akteur tätig ist und in denen die Unterstützung durch eine staatliche Stelle sinnvoll und zielführend ist. Die Initiative ergreift Maßnahmen, welche die Unternehmen nicht aus eigenem Antrieb umsetzen können und welche auch durch deren Fachverbände nicht durchgeführt werden können. Für die Vernetzung der relevanten Akteure und die Bündelung der Aktivitäten ist sie die moderierende und koordinierende Stelle.

Internetportal stellt Informationen über Wachstumsmärkte der Gesundheitswirtschaft zur Verfügung

Das zentrale Informations- und Serviceangebot der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft ist ein zweisprachiges Internetportal. Auf der deutschsprachigen Webseite www.exportinitiative-gesundheitswirtschaft.de werden regelmäßig aktuelle Marktstudien zu Ländern veröffentlicht, die besonders für den Export interessant sind. Aktuelle Meldungen, ein Veranstaltungskalender sowie eine Übersicht mit zahlreichen Kontaktdaten bieten zusätzliche Hilfe.

Veranstaltungen im In- und Ausland unterstützen Unternehmen

Darüber hinaus unterstützt die Exportinitiative deutsche Unternehmen der Gesundheitswirtschaft mit Veranstaltungen, Studien und Pressearbeit. In den Veranstaltungen der Exportinitiative in Deutschland informieren Experten aus den jeweiligen Zielländern über allgemeine und rechtliche Rahmenbedingungen, zur konkreten Marktsituation und zu Marktchancen, Trends, Handelsbedingungen, technischen Voraussetzungen und Verfahren. Bei Veranstaltungen im Ausland erhalten deutsche KMU die Möglichkeit, ihre Innovationen aus der Gesundheitstechnik „made in Germany“ zu präsentieren und Kontakte mit potenziellen Einkäufern aufzubauen.

Der Arbeitskreis Arzneimittel

Der Arbeitskreis Arzneimittel setzt sich aus dem Bundesverband der Arzneimittelhersteller e.V. (BAH), dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (BPI) und dem Verband forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa) zusammen. Folgende aktuelle Projekte und Maßnahmen stehen zurzeit im Fokus:

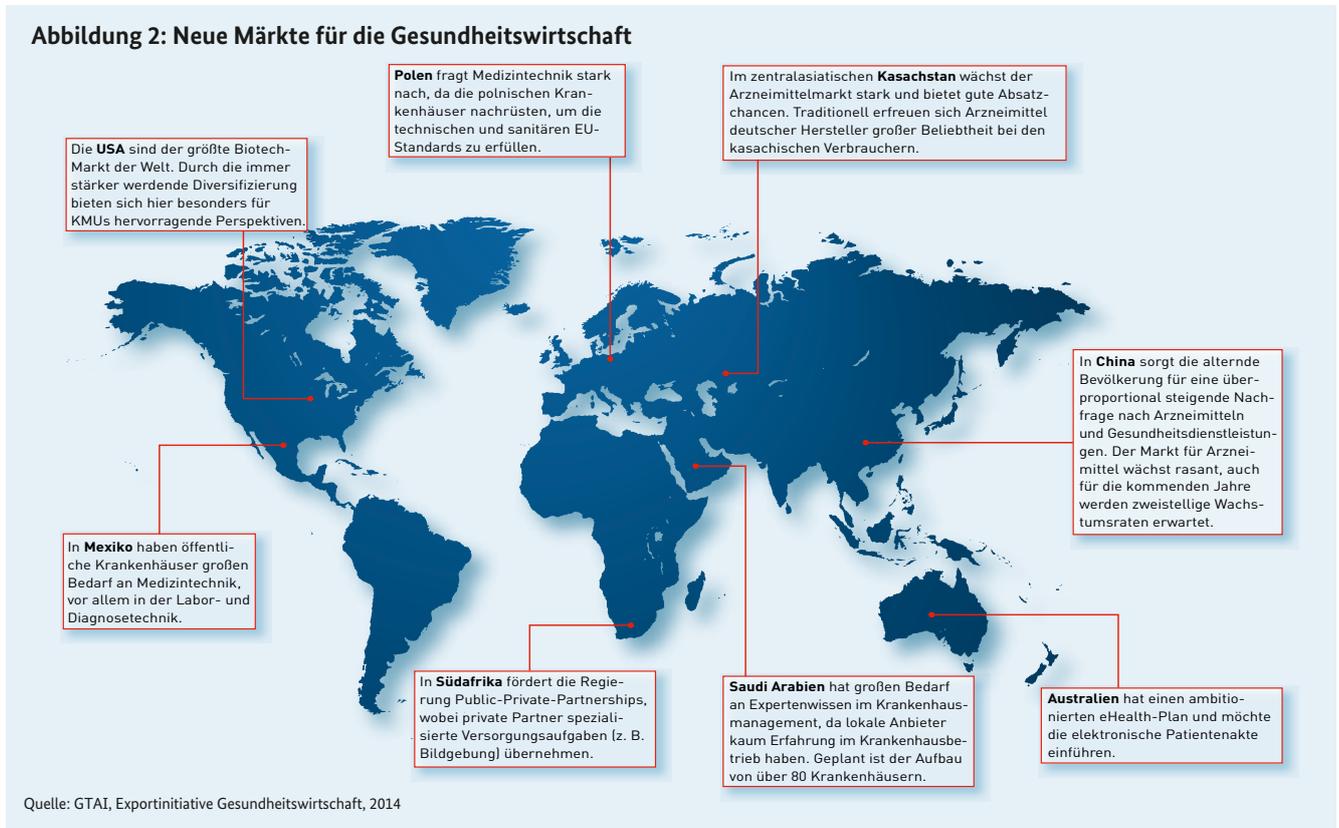
► Frühwarnsysteme Russland, Mexiko und Brasilien

Der russische Staat greift seit einiger Zeit vermehrt in den heimischen Pharmamarkt ein. In wichtigen Bereichen, wie etwa bei der Zulassung von Medikamenten, sind in kurzer Zeit eine Fülle an Verordnungen erlassen worden. Besonders KMU haben Schwierigkeiten, allein und zeitnah an alle nötigen Informationen zu gelangen, um sich auf diese Änderungen einzustellen. Deshalb versorgt die Exportinitiative sie regelmäßig mit den wichtigsten Angaben zu Veränderungen bei den Zulassungen für Arzneimittel in Russland. Aufgrund des großen Erfolgs dieses Frühwarnsystems wurden im Sommer 2015 zwei ähnliche Systeme für Mexiko und Brasilien geschaffen.

► Deutsch-Indischer Pharmadialog

Indien bietet großes Absatzpotenzial für deutsche Pharmaunternehmen. Aber protektionistische Maßnahmen der indischen Regierung und der Patentgerichte bremsen das Engagement deutscher Unternehmen. Einige Arzneimittel genießen in Indien keinen Patentschutz, obwohl dieser international anerkannt ist. Im Rahmen der Exportinitiative wurde deshalb ein Dialogformat mit indischen Entscheidungsträgern entwickelt. Auf diese Weise soll Vertrauen geschaffen und ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit von pharmazeutischen Innovationen vermittelt werden.

Abbildung 2: Neue Märkte für die Gesundheitswirtschaft



Der Arbeitskreis Medizintechnik

Der Arbeitskreis Medizintechnik besteht aus dem Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI), Spectaris – Deutscher Industrieverband für optische, medizinische und mechatronische Technologien e.V., dem Verband der Deutschen Dental-Industrie (VDDI) und der German Health Care Export Group e.V. (GHE). Folgende Projekte und Maßnahmen werden derzeit umgesetzt:

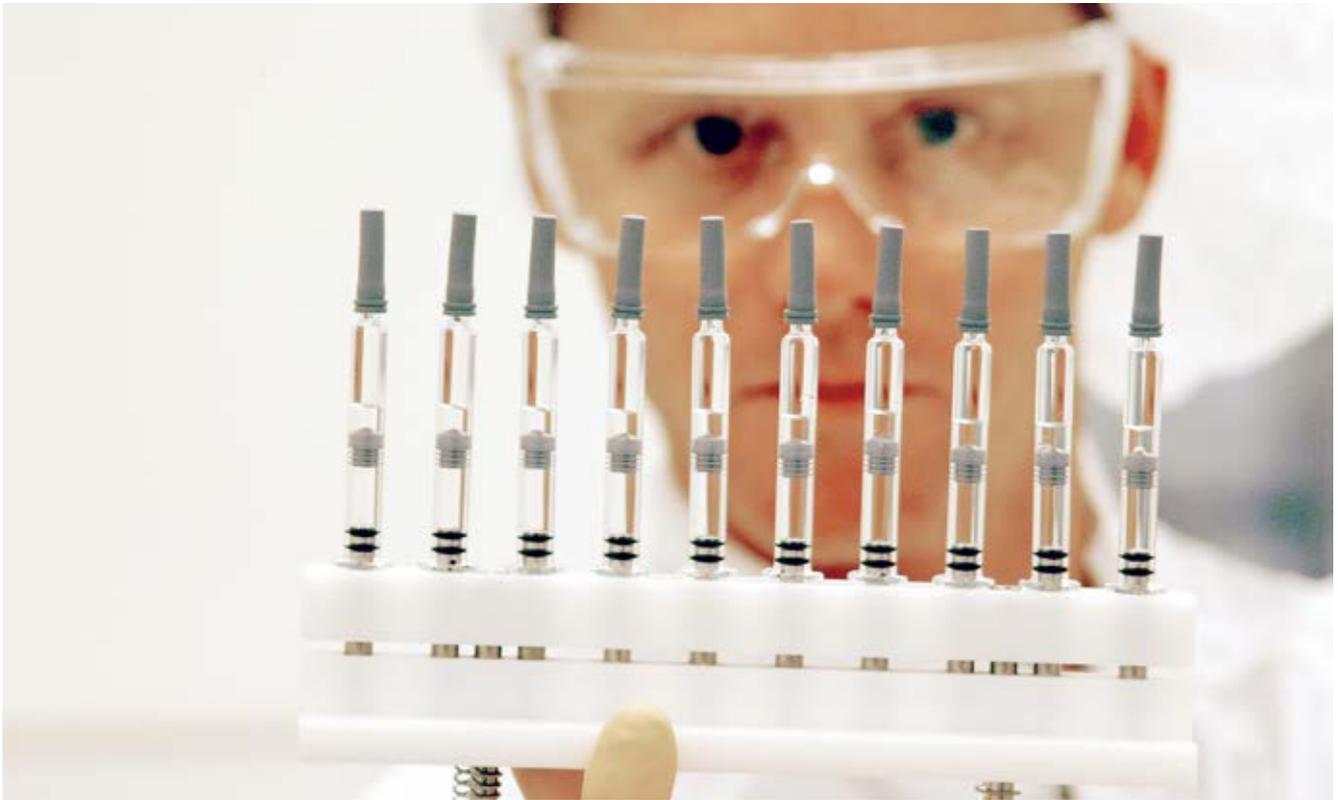
- ▶ **Marktzugangskampagne Medizintechnik**
Seit Beginn der Exportinitiative werden in den wichtigsten Märkten Lateinamerikas (Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko) Seminare und Lobbying-Aktivitäten für deutsche Medizintechnikunternehmen durchgeführt. Neben Informationen zu den einzelnen Märkten sowie zu regulatorischen Hürden erfolgt ein gezieltes Lobbying bei politischen Entscheidungsträgern und Institutionen.
- ▶ **Einbindung der diplomatischen Vertretungen in Berlin**
Diplomatische Vertreter in Berlin werden im Rahmen unterschiedlicher Formate über die Vorzüge gesundheitswirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland informiert. Anlässe dafür sind etwa der jährlich stattfindende Rundgang auf der MEDICA oder etablierte Botschafter-Frühstücke im Auswärtigen Amt.

▶ Mexiko-Konferenz

Mexiko ist nach Brasilien die zweitgrößte Wirtschaftsnation Lateinamerikas und wächst in beeindruckendem Tempo. Das gilt auch für den Medizintechnik- und Gesundheits-IT-Sektor. Auf Einladung der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft informieren sich bei einer jährlich stattfindenden Konferenz Betreiber von Krankenhäusern und Kliniken, Ärzte, Händler und sonstige wichtige Vertreter des Gesundheitssektors aus erster Hand über die Medizintechnik-Angebote deutscher Unternehmen. Die Veranstaltung dient insbesondere einer Kontaktaufnahme mit mexikanischen Entscheidungsträgern, die sich ansonsten schwierig gestaltet.

Der Arbeitskreis Medizinische Biotechnologie

Der Arbeitskreis Medizinische Biotechnologie setzt sich aus der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie e.V. (DIB), der Vereinigung Deutscher Biotechnologie-Unternehmen (VBU) und der Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland e.V. (Bio Deutschland) zusammen. Folgende aktuelle Projekte und Maßnahmen werden zur Zeit umgesetzt:



► Erstellen von Unternehmensverzeichnissen

Die deutschen Unternehmen der medizinischen Biotechnologie sind zu mehr als 90 Prozent KMU mit weniger als 50 Beschäftigten. Um die Wahrnehmung dieser deutschen Hightech-Branche im Ausland zu verbessern, hat die Exportinitiative wettbewerbsneutrale Unternehmensverzeichnisse zu folgenden Segmenten der Biotechnologie erstellt: Biomufacturing, biotechnologische Auftragsforschung sowie Unternehmen, die an der Schnittstelle zwischen „roter“ (medizinischer) und „weißer“ (industrieller) Biotechnologie tätig sind.

► Darstellung der deutschen Biotechnologieunternehmen

Die Exportinitiative stellt die Stärken der deutschen Biotechnologieunternehmen auf ausländischen Fachmessen gezielt dar. So werden etwa seit der Gründung der Initiative im Rahmen der weltgrößten Biotechnologiemesse „Bio International Conventions“ die besonderen Vorteile einer Zusammenarbeit mit deutschen Biotechnologieunternehmen beworben. Auch in Japan, Israel, Indien und Australien war und ist die Initiative aktiv und hilft so ausländischen Interessenten, deutsche Biotechnologieunternehmen zu identifizieren. Davon profitieren vor allem sehr kleine Unternehmen, die bislang in diesen Märkten nicht aktiv sind oder dort über kein Netzwerk verfügen.

Der Arbeitskreis Telemedizin und gesundheitsbezogene Dienstleistungen

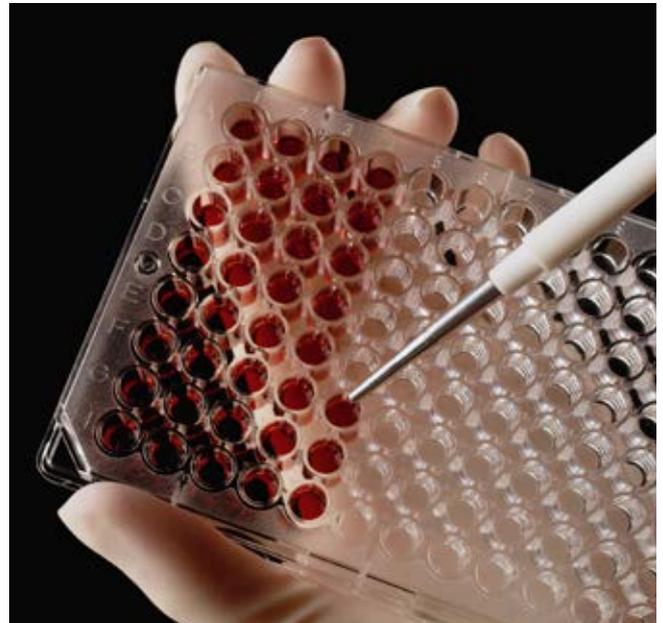
Der Arbeitskreis Telemedizin und gesundheitsbezogene Dienstleistungen besteht aus der Deutschen Krankengesellschaft e.V. (DKG), dem Netzwerk für eHealth-Systeme und Telemedizin e.V. (Nest), dem Verband beratender Ingenieure e.V. (VBI) und dem Bundesverband Gesundheits-IT e.V. (bvitg). Folgende Projekte und Maßnahmen stehen derzeit im Fokus:

► Elektronische Vernetzung in Gesundheitseinrichtungen

Die Exportinitiative Gesundheitswirtschaft stellte eine deutsche Lösung für die Vernetzung von Gesundheitseinrichtungen in der Golfregion vor. Diese beinhaltet auch Systemlösungen deutscher Unternehmen im Bereich Telemedizin zur Versorgung der Bevölkerung in entlegenen Gebieten. Weitere Schwerpunkte waren die Nutzung von Big Data für die Gesundheitswirtschaft sowie die Ausrüstung von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen mit Patient-Management-Systemen.

► Deutsche Gesundheitsprodukte und Dienstleistungen für Australien

Der australische Markt für Gesundheitswirtschaft ist in den letzten Jahren überproportional gewachsen. Der rechtssichere und hochpreisige Markt ist für viele deutsche Unternehmen zwar interessant, aber aufgrund der weiten Entfernung schwer zu erschließen. Das Augenmerk der Exportinitiative liegt hier darauf, die Informationslage der deutschen Unternehmen zu verbessern und bereits vor Ort aktiven Unternehmen durch eine Vernetzung zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen. Dies geschieht jährlich durch zwei Seminare in Sydney und Melbourne mit wechselnden Schwerpunkten. So wird beispielsweise in diesem Jahr im Dezember ein besonderer Schwerpunkt auf Kostenersparnis im Krankenhaus durch Innovationen „made in Germany“ gesetzt.



Eine Initiative mit Potenzial

Das wettbewerbsneutrale und auf individuelle Teilbereiche der Gesundheitswirtschaft ausgerichtete Konzept der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren als richtiger und zukunftsweisender Ansatz erwiesen. Dabei können alle Aktivitäten nur durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Verbänden und einzelnen Unternehmen der deutschen Gesundheitswirtschaft zum Erfolg führen. Entscheidend für die künftige Arbeit der Exportinitiative Gesundheitswirtschaft wird es sein, ihr Profil stets schnell den sich verändernden Rahmenbedingungen in den für die deutsche Gesundheitswirtschaft wichtigen Exportländern anzupassen und die Maßnahmen daraufhin abzustimmen.



Weitere Informationen stehen Ihnen unter den Webseiten www.exportinitiative-gesundheitswirtschaft.de und www.health-made-in-germany.de zur Verfügung.

Kontakt: Dr. Tilo Mandry
GTAI
und Jochen Puth-Weißenfels
Referat: Gesundheitswirtschaft

Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union

Am 19. Mai 2015 hat die Europäische Kommission umfangreiche Maßnahmen vorgestellt, mit denen sie die bessere Rechtsetzung und den Bürokratieabbau vorantreiben will. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Deregulierung, sondern darum, wie die politischen Ziele am wirksamsten erreicht werden können, ohne Bürger und Unternehmen unnötig zu belasten. Zuvor hatte der Europäische Rat im Juni 2014 seine Erwartungen klar formuliert: Der Effizienz der Rechtsetzung solle weiterhin Vorrang bei den Tätigkeiten der Organe der Europäischen Union (EU) eingeräumt werden.



Bessere Rechtsetzung 2014: zentrale Ansatzpunkte für die neue Kommission

Bessere Rechtsetzung, Bürokratieabbau: Noch vor gut einem Jahrzehnt waren dies eher Schlagworte und vereinzelte Ansätze, aber kein umfassendes politisches Konzept. Seither hat sich viel getan, in Deutschland und vielen weiteren Mitgliedstaaten ebenso wie in der EU selbst.¹

Einen wichtigen Schritt stellte in dieser Hinsicht die Einführung des so genannten „REFIT-Programms“ durch die Europäische Kommission im Dezember 2012 dar. Mit diesem Programm zur REGulatorischen FITness- bzw. Eignungsprüfung werden bestehende EU-Rechtsvorschriften kontinuierlich und systematisch auf Verwaltungslasten, Unstimmigkeiten, Lücken oder wirkungslose Maßnahmen hin untersucht. Gleichzeitig werden entsprechende Verbes-

serungsmöglichkeiten ermittelt. Das REFIT-Programm ist seither fester Bestandteil insbesondere der jährlichen Arbeitsprogramme der Kommission.

In diesem Ziel wird die Europäische Kommission durch den Europäischen Rat unterstützt. Im Sinne einer „Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit“ haben die Staats- und Regierungschefs im Juni 2014 ihre Erwartungen für die Zukunft der besseren Rechtsetzung deutlich gemacht: Erforderlich seien „ein klares Bekenntnis zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften und Verringerung der Belastung im Rahmen der Gesetzgebungstätigkeit und eine bessere Nutzung von Folgenabschätzungen und Ex-post-Bewertungen in allen Phasen der Rechtsetzung auf EU- und nationaler Ebene“. Damit sind zugleich zentrale Ansatzpunkte der besseren Rechtsetzung beschrieben.

¹ Siehe zu Deutschland den Artikel „Versprochen – gehalten“ in dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik; zur Entwicklung in der EU bis 2012 den Beitrag „Bessere Rechtsetzung in der EU“ in der August-Ausgabe 2012.

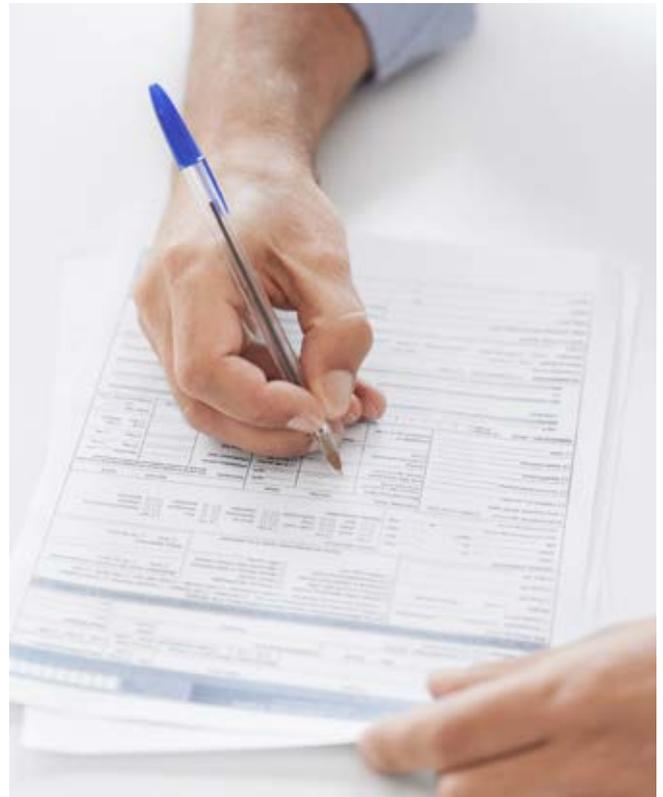
Hierauf aufbauend forderte der Wettbewerbsfähigkeitsrat (der EU-Ministerrat in seiner für die bessere Rechtsetzung zuständigen Formation) im Dezember 2014 die Kommission auf, insbesondere die (Ex-ante-) Folgenabschätzungen und Ex-post-Evaluierungen weiter zu stärken. Ferner verlangte er die Einführung konkreter Abbauziele in Bereichen, in denen der Verwaltungsaufwand vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) besonders groß ist. Existierende Schutzstandards seien dabei zu wahren.

Bessere Rechtsetzung ab 2015: die Beschlüsse der Europäischen Kommission

Gut drei Wochen nach dem Europäischen Rat vom Juni 2014, der mit seiner strategischen Agenda für die EU die Prioritäten der nächsten fünf Jahre beschlossen hatte, legte der damals bereits designierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker seine politischen Leitlinien für die neue Europäische Kommission vor. Hierin kündigte er an, die Arbeiten an einer besseren Rechtsetzung fortsetzen und weiter ausbauen zu wollen. Gerade mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Rückgrat der europäischen Wirtschaft sollten gemeinsam mit Rat und Europäischem Parlament die Möglichkeiten für einen schnellen Bürokratieabbau ermittelt werden.

Mit der Zuständigkeit für diesen Aufgabenbereich betraute Präsident Juncker den neuen Ersten Vizepräsidenten und vormaligen niederländischen Außenminister Frans Timmermans. Als eine erste wesentliche Aufgabe erhielt er den Auftrag, innerhalb eines Jahres den bisherigen Ansatz der Kommission zur besseren Rechtsetzung zu bewerten und Vorschläge für dessen Weiterentwicklung zu erarbeiten. Dieses Ziel bekräftigte die Kommission in ihrer Mitteilung über eine Investitionsoffensive für Europa vom 26. November 2014: Sie werde der besseren Rechtsetzung, einer ihrer Hauptprioritäten für diese Amtszeit, im Jahr 2015 „neuen Schwung verleihen“.

Am 19. Mai 2015 legte sie in einer Mitteilung („Bessere Ergebnisse durch bessere Rechtsetzung – Eine Agenda der EU“) die Ergebnisse ihrer Überprüfung und Konzepte zur weiteren Stärkung der besseren Rechtsetzung vor, deren Kernpunkte im Folgenden dargelegt sind. Begleitet wurde diese Mitteilung durch umfangreiche Dokumente, u. a. über Stand und Ausblick des REFIT-Programms und über die neuen Leitlinien zur



besseren Rechtsetzung. Ferner legte die Kommission einen Vorschlag für eine überarbeitete interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtsetzung vor, die sie mit dem Rat und dem Europäischen Parlament abschließen möchte.²

Mehr Mitsprache für mehr Offenheit und Transparenz

Um den Betroffenen (und ihren Interessenvertretern) mehr Mitsprache in der europäischen Gesetzgebung zu ermöglichen, kündigt die Kommission einen erheblichen Ausbau ihrer Konsultationsverfahren an. So sollen Konsultationen künftig über den gesamten „Lebenszyklus“ einer politischen Initiative erfolgen. Künftig können Betroffene bereits zu Fahrplänen („Roadmaps“) von Kommissionsvorhaben und zu den neuen „Folgenabschätzungen in der Anfangsphase“ („inception impact assessments“) der Kommission Stellung nehmen. Auch soll nach abschließender Vorlage eines Vorschlags durch die Kommission eine erneute Stellungnahme möglich sein.

2 Diese Dokumente sind, z. T. auf Deutsch, auf der zentralen Internetseite der Kommission zur besseren Rechtsetzung verfügbar: http://ec.europa.eu/smart-regulation/index_en.htm (s. unter „Key documents“).



Mehr Offenheit und Transparenz soll es auch zu Rechtsakten ohne Ratsbeschluss geben. Angesprochen sind damit die so genannten „delegierten Rechtsakte“ bzw. die „Durchführungsrechtsakte“ der Kommission. Hierzu sind künftig nicht nur die Experten der Mitgliedstaaten systematischer als bislang einzubeziehen, sondern auch öffentliche Konsultationen durchzuführen.

Um die Betroffenen besser in die Gesetzgebung einzubinden, wird künftig jeder Kommissionsvorschlag von einer verbesserten Zusammenfassung begleitet werden. Diese Zusammenfassung wird neben dem Zweck des jeweiligen Vorhabens auch die betrachteten Lösungsoptionen darstellen, ihre wichtigsten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen aufzeigen und die Ergebnisse der Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfung abbilden.

Darüber hinaus stellt die Kommission unter dem Titel „Lighten the Load – Have Your Say“ eine neue Internetseite zur Verfügung. Über sie sind auch außerhalb von konkreten Konsultationen allgemeine Stellungnahmen, etwa zu bestehenden Rechtsvorschriften und Initiativen der EU, möglich.³

Das „Handwerkszeug“: die neuen einheitlichen Leitlinien zur besseren Rechtsetzung

Folgenabschätzungen, Ex-post-Evaluierungen und Konsultationen stellen die zentralen Instrumente für eine bessere Rechtsetzung dar. Um zu belastbaren – und vergleichbaren – Ergebnissen zu gelangen, bedarf es eines geeigneten Instrumentariums.

Dies liegt jetzt in Form von neuen Leitlinien vor. Damit vereinheitlicht und erweitert die Kommission ihre bisherigen Leitlinien etwa zu Folgenabschätzungen. Sie gelten künftig insbesondere auch für Ex-post-Evaluierungen und Konsultationen. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, dass die wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen sowie Auswirkungen auf Grundrechte bei allen Analysen der Kommission gleichermaßen Berücksichtigung finden. Bei der Rechtsetzung sollen sowohl gesetzgeberische als auch nicht-gesetzgeberische Möglichkeiten in Betracht gezogen und alle Möglichkeiten digitaler Lösungen genutzt werden. Der Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ soll bei der Ausgestaltung und Evaluierung von Maßnahmen noch stärker berücksichtigt und es sollen weniger strenge Regelungsmöglichkeiten erwogen werden.

3 Diese Seite ist unter folgender Adresse verfügbar (bislang nur auf Englisch): http://bit.ly/EC_LightenTheLoad

Die neuen Leitlinien werden von einer umfangreichen so genannten „Toolbox“ mit insgesamt 59 „Werkzeugen“ begleitet. Dort finden sich detailliertere Anleitungen, beispielsweise zur Analyse der Wirkungen eines Vorhabens auf Konsumenten oder KMU.

Um eine hohe Qualität der Folgenabschätzungen und Evaluierungen sicherzustellen, bedarf es einer möglichst unabhängigen Kontrolle. Diese Aufgabe wird künftig der neue Ausschuss zur Regulierungskontrolle („Regulatory Scrutiny Board“) wahrnehmen. Dieser Ausschuss setzt sich aus einer Vorsitzenden, drei hochrangigen Beamten der Kommission und darüber hinaus drei externen Mitgliedern zusammen. Die externe Besetzung soll seine Unabhängigkeit gegenüber dem bisherigen rein kommissionsinternen Ausschuss für Folgenabschätzungen stärken.

Einfachere und wirksamere Rechtsvorschriften: das REFIT-Programm

Keine einmalige Überprüfung, sondern Daueraufgabe für ein einfaches und wirksames EU-Regelwerk: Unter dieser Prämisse legt die Kommission auch dar, wie sie ihr REFIT-Programm stärken will. Hierbei stellt sie ausdrücklich klar, dass REFIT nicht auf Deregulierung, sondern auf bessere Rechtsetzung abzielt. Es geht also keineswegs darum, die politischen Ziele eines bestimmten Vorhabens in Frage zu stellen. Vielmehr sollen die für richtig erkannten politischen Ziele auf möglichst einfache Weise erreicht werden – und somit zugleich unnötige Bürokratie abgebaut und Kosten gesenkt werden. Einen Überblick über den derzeitigen Stand der REFIT-Maßnahmen gibt die Kommission in ihrem zweiten so genannten „REFIT-Fortschrittsanzeiger“. Dort sind 164 Maßnahmen aus insgesamt 18 Politikbereichen dargestellt.

Künftig soll das REFIT-Programm zielgerichteter auf besonders ineffiziente und bürokratische Regelungen ausgerichtet sein. Ferner will die Kommission Kosten und Nutzen jedes REFIT-Vorschlags quantifizieren und diese Schätzung nach Annahme des Vorschlags durch den Rat und das Europäische Parlament aktualisieren. Konkrete Abbauziele sieht die Kommission hingegen bislang nicht ausdrücklich vor. Das REFIT-Programm soll ferner in die politische Entscheidungsfindung eingebettet werden und im jährlichen Arbeitsprogramm und im politischen Dialog der Kommission mit den anderen EU-Organen vor und nach der Annahme des Arbeitsprogramms einen „herausragenden Platz“ einnehmen.



Um diese Arbeit zu begleiten und zu unterstützen, richtet die Kommission eine so genannte „REFIT-Plattform“ unter dem Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten Timmermans ein. Sie soll konkrete Vereinfachungsvorschläge insbesondere von Betroffenen sammeln, bewerten und den zuständigen Kommissionsdienststellen bzw. den Behörden in den Mitgliedstaaten unterbreiten. Die Plattform wird sich aus zwei Gruppen zusammensetzen: der Gruppe der Interessenträger, die aus bis zu 20 hochrangigen Vertretern der Wirtschaft, Sozialpartner und Zivilgesellschaft bestehen wird, und der Gruppe der Regierungsvertreter, in die jeder Mitgliedstaat ein hochrangiges Mitglied der Verwaltungsebene entsendet. Deutschland wird in dieser Gruppe durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vertreten sein, das für die bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene innerhalb der Bundesregierung federführend ist.

Fazit: ein guter Schritt voran

Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau spielen eine Schlüsselrolle für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in Europa. Die Bundesregierung hat sich daher stets für ehrgeizige Maßnahmen auch auf EU-Ebene ausgesprochen. Vor diesem Hintergrund stellen die vorgeschlagenen Maßnahmen der Kommission in vielerlei Hinsicht einen guten Fortschritt dar. Dies betrifft vor allem die erweiterten Möglichkeiten der Betroffenen, sich in die EU-Gesetzgebung einzubringen.



Dabei hat die Bundesregierung – ebenso wie die Kommission – unmissverständlich klargestellt, dass es hierbei nicht um Deregulierung geht, sondern um eine möglichst einfache und wirksame Erreichung der politischen Ziele. Die Mitgliedstaaten stimmen insgesamt überein, dass bei der besseren Rechtsetzung und beim Bürokratieabbau einem angemessenen Schutz der Verbraucher, der Gesundheit, der Umwelt und der Beschäftigten stets Rechnung zu tragen ist (Schlussfolgerungen des Wettbewerbsfähigkeitsrats vom Dezember 2014).

Die Kommission hat jedoch nicht alle Forderungen der Bundesregierung und anderer Mitgliedstaaten umgesetzt. Dies betrifft etwa die auch vom Ministerrat geforderte Einführung von Abbauzielen in Bereichen, in denen eine besonders hohe Belastung mit Bürokratiekosten zu verzeichnen ist. Für solche Abbauziele wird sich die Bundesregierung weiterhin mit Nachdruck einsetzen – etwa auf dem Wettbewerbsfähigkeitsrat, der sich am 1. Oktober 2015 mit der neuen Agenda der Kommission zur besseren Rechtsetzung befassen wird.

Zu Recht betont die Kommission, dass bessere Rechtsetzung eine gemeinsame Verantwortung aller betroffenen EU-Organen ist. Daher wird die Bundesregierung weiterhin darauf drängen, dass auch der Rat seinen Verpflichtungen gerecht wird. Zwar hat es in den vergangenen Jahren, auch dank des Einsatzes der Bundesregierung, spürbare Fortschritte gegeben, indem sich der Rat systematischer mit den Folgenabschätzungen der Kommission auseinandersetzt. Die Folgen eigener wesentlicher Änderungen von Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission schätzt der Rat bislang jedoch, anders als das Europäische Parlament, nicht ab. Hier besteht Nachholbedarf, wenngleich die Forderung der Kommission, jede wesentliche Änderung abzuschätzen, unverhältnismäßig ist und damit deutlich über das Ziel hinausschießt. Diese Aufgabe kann jedoch nur mit Hilfe geeigneter Unterstützungsstrukturen im Rat umgesetzt werden – das Europäische Parlament kann hierfür seit dem Jahr 2012 auf eine eigene Abteilung zurückgreifen.

Kontakt: Joachim Smend
Referat: Zukunft der EU, Justiz und Inneres,
Bessere Rechtsetzung

„Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland

Als das Bundeskabinett im Dezember 2014 insgesamt 21 „Eckpunkte zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie“ beschloss, war dies mit der Ankündigung verbunden, bis zum darauf folgenden Sommer erste Erfolge zu präsentieren. Von Beginn an legte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel Wert darauf, dass der Bürokratieabbau rasch und vor allem spürbar bei der mittelständischen Wirtschaft ankommt. Jetzt, im Sommer 2015, kann man sagen: Versprochen – gehalten. Denn viele der Eckpunkte sind bereits umgesetzt oder die Umsetzung ist auf einem guten Weg. Mit Blick in die Zukunft gilt es vor allem, Vereinfachungen im Steuerrecht anzugehen – der mit Abstand größten Quelle von Bürokratie für Unternehmen. Für Deutschland gilt dabei das Gleiche wie für Europa: Bürokratieabbau steht nicht für Deregulierung, sondern für eine effiziente Verwaltung und einen modernen, schlanken Rechtsrahmen.

Dezember 2014: Neue Impulse für den Bürokratieabbau

Bereits seit dem Jahr 2006 setzt die Bundesregierung erfolgreich ein eigenes Arbeitsprogramm mit der Überschrift „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ um: Ausgehend von Reformimpulsen aus einigen Ländern, wie zum Beispiel den Niederlanden, und von internationalen Organisationen, wie beispielsweise der OECD, wurde eine verpflichtende Schätzung der Bürokratiekosten für neue Gesetze eingeführt. Ergänzt wurde dies im Jahr 2011 um die Schätzung des so genannten Erfüllungsaufwandes. Dadurch werden die Kosten staatlicher Regulierung für den Gesetzgeber, wie auch für Bürger, Unternehmen und Verbände, offengelegt. Zudem wurde mit dem Nationalen Normenkontrollrat ein unabhängiges Gremium geschaffen, das als Methodenwächter und Ideengeber wirkt. Durch zahlreiche Vereinfachungen konnten so genannte Informationspflichten im Umfang von gut zwölf Milliarden Euro eingespart werden.

Die Arbeit speist sich aus der Einsicht, dass eine unternehmensfreundliche Verwaltung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft unverzichtbar ist. Im europäischen und auch internationalen Vergleich gilt Deutschland mittlerweile als Vorreiter beim Thema Bürokratieabbau.¹

Im Dezember 2014 erhielten die laufenden Arbeiten auf Initiative von Bundesminister Gabriel neue Impulse. Auf seinen Vorschlag beschloss das Kabinett 21 „Eckpunkte zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie“.² Die Eckpunkte enthalten unterschiedlichste Maßnahmen. So werden die elektronische Rechnung gestärkt, das Vergaberecht modernisiert oder auch der so genannte Einheitliche Ansprechpartner neu ausgerichtet. Eine Reihe von Maßnahmen wurde zur Umsetzung im Bürokratieentlastungsgesetz gebündelt und schon am 25. März 2015 im Kabinett beschlossen. Insbesondere handelt es sich dabei um Maßnahmen, die der mittelständischen Wirtschaft, Start-ups und schnell wachsenden Unternehmen zugutekommen.

1 Siehe auch Artikel „Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union“ zum EU-Paket für bessere Rechtsetzung in dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik.

2 Siehe zu den Eckpunkten: http://bit.ly/Eckpunkte_Entlastung_Bürokratie

Sommer 2015: Beratungen in Bundestag und Bundesrat zum Bürokratieentlastungsgesetz zügig und erfolgreich beendet

Am 2. bzw. 10. Juli 2015 haben Bundestag und Bundesrat das Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen. Die Verkündung im Bundesgesetzblatt (Nr. 32 aus 2015, Seite 1400 ff.) folgte am 28. Juli 2015. Die wichtigsten Änderungen können somit wie geplant zum 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Insgesamt wird die mittelständische Wirtschaft mit dem Gesetz durch Aufhebung bzw. Vereinfachung von Informationspflichten im Umfang von 744 Millionen Euro entlastet. Das bedeutet umgerechnet: mehr als 20 Millionen Arbeitsstunden, die die deutsche Wirtschaft künftig nicht mehr für Statistiken und Standardschreiben aufwenden muss. Diese Zeit steht stattdessen für Arbeit an Investitionen, Innovationen und Wertschöpfung zur Verfügung.

Die wesentlichen Elemente des Bürokratieentlastungsgesetzes sind bereits in der April-Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik vorgestellt worden. Unter anderem werden mehr kleine Unternehmen als bisher von bestimmten Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreit. Dafür wurden die einschlägigen Grenzbeträge für Umsatz und Gewinn im Handelsgesetzbuch bzw. der Abgabenordnung erhöht. Außerdem enthält das Gesetz erste Schritte zum Abbau der Steuerbürokratie. Ein Beispiel: Bislang haben Banken und Genossenschaften jedes Jahr Millionen von

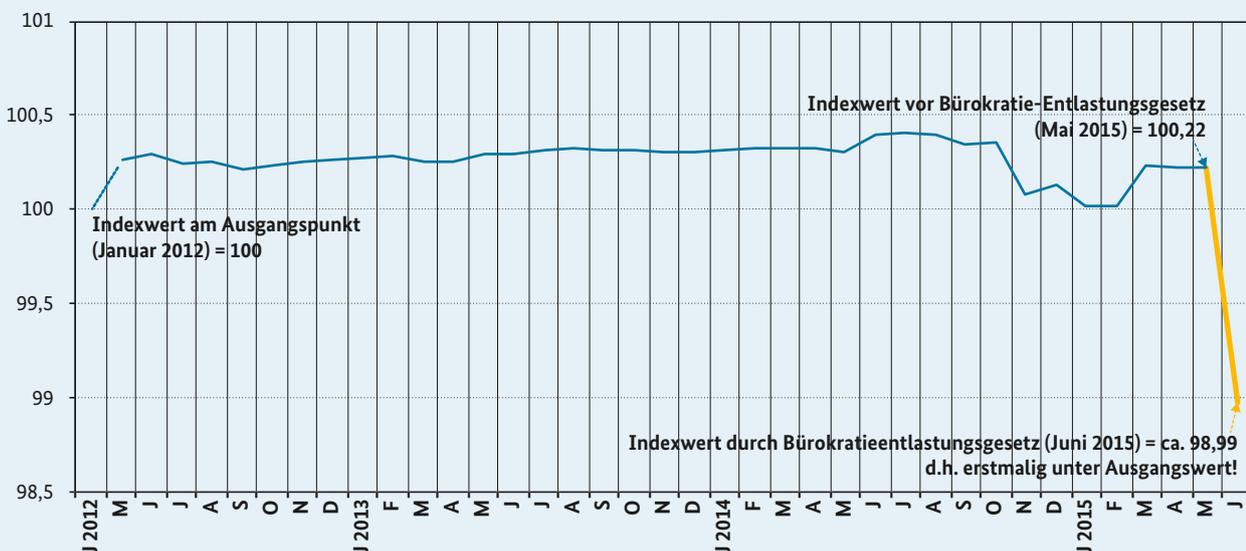
Standardschreiben verschickt, in denen sie über einen Abruf des Religionsmerkmals beim Bundeszentralamt für Steuern informiert haben; die Briefe wurden dann in der Regel ungelesen abgehakt. Künftig wird es ausreichen, den Kunden einmal zu informieren.

Der federführende Wirtschaftsausschuss des Bundestages hat die Beratungen zum Bürokratieentlastungsgesetz genutzt, um am 17. Juni 2015 Experten der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft öffentlich anzuhören. Die Ergebnisse sind auf der Homepage des Wirtschaftsausschusses dokumentiert. Deutlich wurde bei der Anhörung, dass das Ziel – Abbau unnötiger Bürokratie sowie Entlastung bei der Erfüllung notwendiger Bürokratie – von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Bürokratieabbau zeigt Wirkung: Bürokratiekostenindex deutlich gesunken

Dass die Arbeit der Bundesregierung beim Bürokratieabbau auch tatsächlich Früchte trägt, hat im Juli 2015 das Statistische Bundesamt (StBA) bestätigt. Das StBA veröffentlicht regelmäßig den so genannten Bürokratiekostenindex (BKI), welcher die Belastung der deutschen Wirtschaft mit so genannten Informationspflichten wiedergibt: je niedriger der Indexwert, desto geringer die Belastung. Im Juli 2015 konnte dank des Bürokratieentlastungsgesetzes erstmals der Ausgangswert von 100, auf den der Index 2012 gesetzt wurde, unterschritten werden.

Abbildung 1: Entwicklung des Bürokratiekostenindex ab 2012 bis heute



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der vom StBA veröffentlichten Werte

Ausblick

Das Bürokratieentlastungsgesetz ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer effizienten Verwaltung und einem modernen, schlanken Rechtsrahmen. Doch ist der Prozess damit längst nicht beendet; Bürokratieabbau ist eine Daueraufgabe.

Die noch fehlenden Eckpunkte müssen rasch und vollständig umgesetzt werden. Einiges ist bereits auf den Weg gebracht worden: Das Bundeskabinett hat beispielsweise im Juli 2015 den Entwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) für eine umfassende Modernisierung des Vergaberechts beschlossen (Eckpunkt Nr. 17). Mit der größten Reform des Vergabewesens seit zehn Jahren sollen öffentliche Aufträge in das digitale Zeitalter gebracht werden. Ebenso findet das einheitliche ZUGFeRD-Datenformat für elektronische Rechnungen (Eckpunkt Nr. 6) immer mehr Anwender. Die stärkere Nutzung der elektronischen Rechnung bietet erhebliche Vereinfachungspotenziale, gerade für kleinere Unternehmen. Außerdem laufen die Arbeiten zur Reform des Einheitlichen Ansprechpartners (Nr. 7) sowie zur Vorbereitung des zentralen Registers für die Energiewirtschaft (Nr. 10) auf Hochtouren.

Daneben muss sich die Bundesregierung der Herausforderung stellen, die „Bürokratiebremse“ („one in, one out“-Regel, Eckpunkt Nr. 1) wirksam umzusetzen. Durch „one in, one out“ werden neue Belastungen durch Vereinfachungen an anderer Stelle ausgeglichen. Die Bundesregierung hat sich damit eine ambitionierte Zielmarke gesetzt, die einen echten Mentalitätswechsel erfordert.

Weitere Projekte für die nächsten Monate sind die Reform des so genannten KMU-Tests in der Gesetzgebung und die vertiefte Auseinandersetzung mit den Folgekosten europäischer Gesetzesprojekte (so genannte EU Ex-ante-Verfahren). Beide sind für das BMWi als Mittelstands- und Europaministerium wichtige Vorhaben.



Die größte Stellschraube liegt aber darin, neue Vereinfachungspotenziale zu erschließen. Dabei steht insbesondere das Steuerrecht im Fokus. Das kommt beispielsweise in der Ende Juli 2015 vom BMWi und den drei Wirtschaftsverbänden BDI, DIHK und ZDH unterzeichneten gemeinsamen Erklärung zur Zukunft des Mittelstandes in Deutschland zum Ausdruck. In der Erklärung wird insbesondere dazu aufgerufen, die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen steuerlicher Unterlagen und die Anhebung der Grenze für die sofortige Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern anzugehen. Letzteres – die Abschreibungsmöglichkeiten für so genannte geringwertige Wirtschaftsgüter – war auch eine zentrale Frage bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Bundestages zum Bürokratieentlastungsgesetz. Es wurde deutlich, dass breite Unterstützung für diese Maßnahme besteht. Zweifellos ruht in einer Anhebung des derzeitigen, seit den 1960er Jahren nicht mehr angehobenen Schwellenwertes großes Vereinfachungs- und Entlastungspotenzial. Deswegen hat auch der Bundesrat in seiner Entschließung zum Bürokratieentlastungsgesetz die Bundesregierung aufgefordert, Vorschläge für weitere Vereinfachungen bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern vorzulegen. Diese Arbeiten sind bereits angestoßen.

Kontakt: Joachim Schmitz
Referat: Bessere Rechtsetzung

Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie legt Weißbuch zum Strommarktdesign vor

Die Energieversorgung muss auch bei einem wachsenden Anteil von Wind- und Sonnenstrom zuverlässig, umweltverträglich und kosteneffizient bleiben. Die zentrale Frage lautet dabei: Wie soll das zukünftige Marktdesign für den Stromsektor aussehen, um dies zu gewährleisten? Welche Stellschrauben sind die richtigen, um die beste Architektur für den Strommarkt der Zukunft zu finden? Als Antwort auf diese Fragen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) am 3. Juli 2015 ein Weißbuch zum Strommarktdesign vorgelegt.

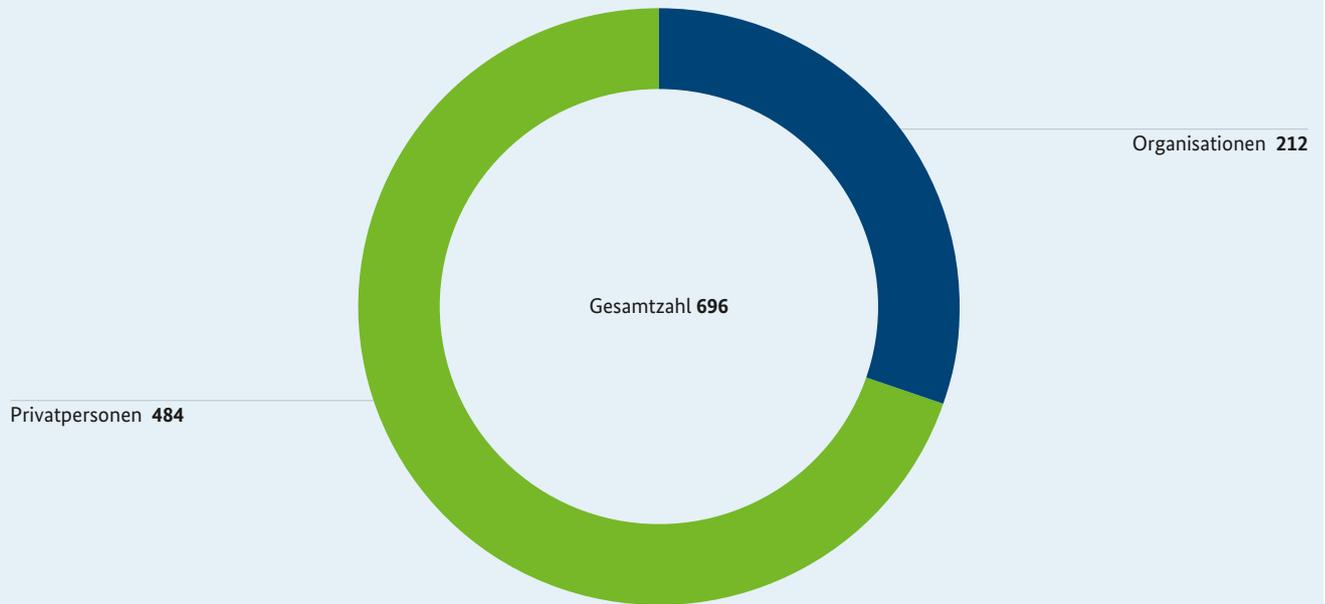


Das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gibt die Richtung der deutschen Energiepolitik vor. Die Energieversorgung soll umweltverträglicher werden und dabei sicher und kosteneffizient bleiben. Der konkrete Umbau der Energieversorgung erfolgt auf der Grundlage des Energiekonzeptes der Bundesregierung von 2010 und der Energiewendebeschlüsse des Deutschen Bundestages von 2011. Bis zum Jahr 2050 sollen die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 und der Primärenergieverbrauch um 50 Prozent gegenüber 2008 zurückgehen. Dazu soll auch eine Verringerung des Stromverbrauchs beitragen. Gleichzeitig soll der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf mindestens 80 Prozent steigen. Diese Ziele stellen den Strommarkt vor eine Herausforderung. Das Weißbuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie liefert Antworten.

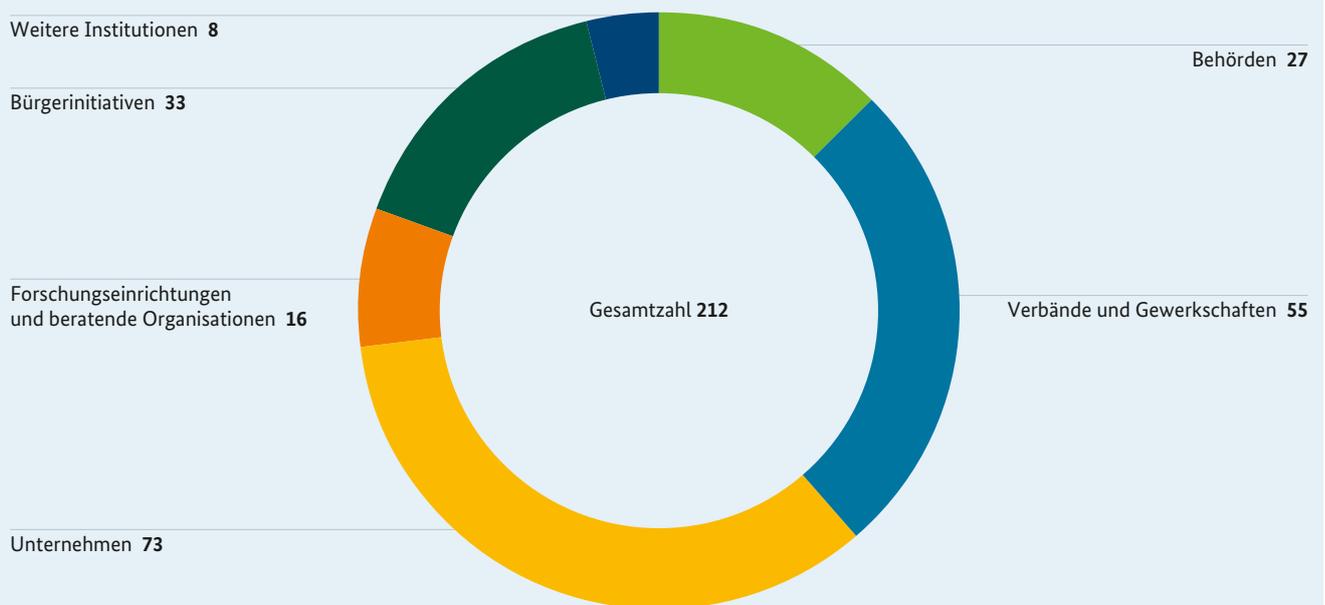
Transparenter Diskussionsprozess

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Oktober 2014 das Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ veröffentlicht. Das Grünbuch war der Auftakt einer strukturierten Diskussion über das zukünftige Strommarktdesign. Es stellt Aufgabe und Funktionen des Strommarktes vor und zeigt Optionen auf, wie diese zukünftig sicher erfüllt werden können. Dabei gelten drei übergeordnete Ziele: Die Stromversorgung soll sicher, kosteneffizient und umweltverträglich erfolgen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine breite Konsultation des Grünbuchs durchgeführt. Im Fokus stand die Frage, welches Strommarktdesign auch bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Versorgung mit Strom gewährleisten kann. Die öffentliche Konsultation lief bis März 2015. Das transparente Verfahren ist auf sehr großes Interesse gestoßen: Verbände, Gewerkschaften, Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Behörden und Bürgerinnen und Bürger haben sich an der Konsultation beteiligt. Insgesamt sind rund 700 Stellungnahmen eingegangen.

Abbildung 1: Teilnahme der Privatpersonen und Organisationen an der Konsultation zum Grünbuch

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 2: Art der teilnehmenden Organisationen

Quelle: Eigene Darstellung

Das BMWi hat die Konsultation umfassend ausgewertet. Das Weißbuch legt diese detaillierte Auswertung der Konsultation vor. Die Beiträge lassen klare Trends erkennen: Die Teilnehmer äußern breite Zustimmung zu den im Grünbuch vorgeschlagenen Sowieso-Maßnahmen und der Kapazitätsreserve. Bei der Grundsatzentscheidung über einen zusätzlichen Kapazitätsmarkt beziehen die Konsultationsteilnehmer unterschiedliche Positionen. Sie teilen aber drei Anliegen: Das zukünftige Strommarktdesign soll Versorgungssicherheit gewährleisten, Kosten begrenzen sowie Innovationen und Nachhaltigkeit ermöglichen.

Grundsatzentscheidung für einen Strommarkt 2.0

Das Grünbuch hat eine Grundsatzentscheidung vorbereitet. Dabei geht es um die Frage, ob die Preissignale des Strommarktes die richtigen Anreize setzen, damit ausreichende Kapazitäten vorgehalten werden. Das Grünbuch skizziert zwei Optionen für das zukünftige Strommarktdesign: einen weiterentwickelten Strommarkt (Strommarkt 2.0) oder einen zusätzlichen Markt, der ausschließlich die Vorhaltung von Kapazität vergütet (Kapazitätsmarkt).

Die Grundsatzentscheidung: Strommarkt 2.0 oder Kapazitätsmarkt

Das Grünbuch hat eine grundsätzliche Frage aufgeworfen: Setzen wir auf den liberalisierten Strommarkt oder wollen wir regulatorisch einen zweiten Markt schaffen, auf dem Unternehmen für das Vorhalten von Kapazitäten zusätzliche Einkommensströme erhalten?

Die Antwort auf diese Frage ist richtungsweisend.

Der Strommarkt 2.0 unterscheidet sich erheblich von einem Stromversorgungssystem mit zusätzlichem Kapazitätsmarkt. Denn auf Kapazitätsmärkten wird ausschließlich die Vorhaltung von Kapazität (Leistung) vergütet. Hierfür entstehen Kosten zusätzlich zu den Kosten der Beschaffung des Stroms am Strommarkt. Die Stromversorger tragen die Kosten und legen sie auf die Verbraucher um. Im Strommarkt 2.0 wird Leistung implizit an den Strommärkten und explizit zum Beispiel an Regelleistungsmärkten und in Optionsverträgen vergütet (für eine Übersicht siehe Tabelle 1¹).

Tabelle 1: Die Funktionsweisen des Strommarktes 2.0 und des Kapazitätsmarktes unterscheiden sich

OPTION Strommarkt 2.0 <i>„Ein optimierter Strommarkt gewährleistet Versorgungssicherheit“</i>	OPTION Kapazitätsmarkt <i>„Der Staat muss handeln, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten“</i>
Funktionsweise <ul style="list-style-type: none"> • Der <u>Strommarkt</u> reizt die Vorhaltung von Kapazitäten an. Die notwendige Vorhaltung von Kapazitäten <u>refinanziert</u> sich über den Strommarkt. • Der Staat setzt die Marktregeln. Die <u>Stromkunden</u> bestimmen in eigener Verantwortung über ihre Nachfrage das Kapazitätsniveau. • Leistung wird <u>implizit</u> am Strommarkt und <u>explizit</u> z. B. am Regelleistungsmarkt und in Options- und Lieferverträgen vergütet. 	Funktionsweise <ul style="list-style-type: none"> • Der <u>Kapazitätsmarkt</u> reizt die Vorhaltung von Kapazitäten an. Die notwendige Vorhaltung von Kapazitäten <u>refinanziert</u> sich über einen zusätzlichen Kapazitätsmarkt. • Der <u>Staat</u> sorgt für ein höheres Kapazitätsniveau als der Strommarkt. • Leistung wird <u>explizit</u> am Kapazitätsmarkt vergütet.

Quelle: Eigene Darstellung

1 Eine detailliertere Darstellung beider Optionen befindet sich im Grünbuch des BMWi „Ein Strommarkt für die Energiewende“, Kapitel 9.

Abbildung 3: Strommarkt 2.0 auf einen Blick

Im Weißbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“, das am 3. Juli dieses Jahres veröffentlicht wurde, spricht sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie klar für eine Weiterentwicklung des Strommarktes und gegen die Einführung eines Kapazitätsmarktes aus. Grundlage dieser politischen Richtungsentscheidung sind die vorliegenden Gutachten, die Konsultation des dem Weißbuch vorhergehenden Grünbuchs und zahlreiche Gespräche mit Ländern, Bundestagsfraktionen, Nachbarländern, der Europäischen Kommission sowie Unternehmen und Verbänden, unter anderem in der Plattform Strommarkt.

Mit dieser Entscheidung für den Strommarkt 2.0 bekennt sich das BMWi ausdrücklich zum liberalisierten, europäischen Strommarkt. Drei Gründe motivieren diese Entscheidung: Der Strommarkt 2.0 gewährleistet erstens Versorgungssicherheit, ist zweitens kostengünstiger und ermöglicht drittens Innovationen und Nachhaltigkeit. Damit erfüllt er die Anliegen der Konsultationsteilnehmer. 20 Maßnahmen sollen den derzeitigen Strommarkt zum Strommarkt 2.0 weiterentwickeln.

Umsetzung des Strommarktes 2.0

Das Weißbuch enthält die Eckpunkte für diese 20 Maßnahmen, mit denen der Strommarkt 2.0 umgesetzt werden soll. Diese Maßnahmen stellen sicher, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland auch unter veränderten Bedingungen dauerhaft gewährleistet bleibt. Sie tragen zudem dazu bei, die Verbraucher wirtschaftlich effizient mit Strom zu versorgen. Zu den Maßnahmen gehören beispielsweise:

- ▶ **Freie Preisbildung garantieren:** Der Grundsatz der freien Preisbildung soll im EnWG verankert werden. Denn Preise senden wichtige Informationen an die Marktakteure. Nur so kann angezeigt werden, wie knapp der Strom zu einem Zeitpunkt ist.
- ▶ **Regelleistungsmärkte weiterentwickeln:** Um das System jederzeit stabil zu halten, nutzen die Übertragungsnetzbetreiber Regelleistung. Mehr Anbieter sollen nun Zugang zu den Regelleistungsmärkten bekommen. Dies erhöht den Wettbewerb auf diesen Märkten und senkt damit die Kosten.
- ▶ **Versorgungssicherheit überwachen:** Ein fortlaufendes Monitoring wird mit den neusten Methoden überwachen, ob die Versorgung tatsächlich sicher ist.
- ▶ **Kapazitätsreserve einführen:** Eine Kapazitätsreserve sichert die Stromversorgung gegen Extremsituationen ab.

Weiteres Verfahren

Um das Weißbuch mit den relevanten Akteuren zu diskutieren, lädt das BMWi zu einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Plattform Strommarkt noch im Sommer 2015 ein. Insbesondere die Maßnahmen für den Strommarkt 2.0 werden vertieft diskutiert. Die Plattform Strommarkt hat ihre Arbeit in der Vorbereitung auf das Grünbuch im Sommer 2014 begonnen. Sie umfasst vier fachspezifische Arbeitsgruppen und ein Plenum. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des BMWi.²

Das BMWi erörtert das Weißbuch mit den Bundestagsfraktionen, den Ländern, den Nachbarstaaten und der Europäischen Kommission. Der Dialog mit den Nachbarländern hat im Sommer 2014 in einer hochrangigen Arbeitsgruppe unter Leitung des zuständigen Staatssekretärs im BMWi begonnen. Bisher haben die Teilnehmer vor allem Fragen der Versorgungssicherheit behandelt und eine intensivere Kooperation auf regionaler Ebene vereinbart.

Auf das Weißbuch folgt die gesetzliche Umsetzung. Im Oktober soll der Entwurf des Strommarktgesetzes im Kabinett beschlossen werden. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren soll im Frühjahr 2016 abgeschlossen werden. Das Weißbuch (http://bit.ly/BMWi_Weißbuch_Strommarkt) und die Stellungnahmen zum Grünbuch (http://bit.ly/BMWi_Stellungnahmen_Grünbuch) sind auf der Webseite des BMWi abrufbar.

Weitergehende Informationen zur aktuellen Energiepolitik finden Sie im alle zwei Wochen erscheinenden Newsletter „Energiewende direkt“ des BMWi.

Kontakt: Sophie Müller-Godeffroy und Laure Kaelble
Referat: Grundsatz Strom und Versorgungssicherheit

2 http://bit.ly/BMWi_Plattform_Strommarkt

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Ohne Schwung.

Die Weltwirtschaft bewegt sich seit Frühjahr nach relativ schwachem Jahresbeginn ohne Schwung. Die weltweite Industrieproduktion hat sich zwar stabilisiert, aber bis einschließlich Mai noch nicht wieder Fahrt aufgenommen.¹ Dies gilt sowohl für Industrie- als auch für Schwellenländer. Auch das ifo Weltwirtschaftsklima signalisiert mit seinem Rückgang im dritten Quartal keine durchgreifende Dynamik. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien hat die Konjunktur gemessen an den Frühindikatoren der OECD etwas an Momentum eingebüßt und in Japan ging das BIP im zweiten Quartal um 0,4% zurück. Dagegen setzt sich die moderate konjunkturelle Erholung in der Eurozone fort. Die Volkswirtschaften der rohstoffexportierenden Schwellenländer wie Russland oder Brasilien leiden nach wie vor unter den niedrigen Rohstoffpreisen. Die chinesische Wirtschaft ist auf der Suche nach einer dynamischen, aber nachhaltigeren Entwicklung.

Unter dem Strich sorgen die niedrigen Ölpreise und die weltweit akkommodierende Geldpolitik in der Weltwirtschaft nach wie vor für Impulse. Im weiteren Verlauf sollte sich das globale Wirtschaftswachstum daher nach dem verhaltenen Jahresbeginn etwas beschleunigen. Der Internationale Währungsfonds geht für dieses Jahr von einem

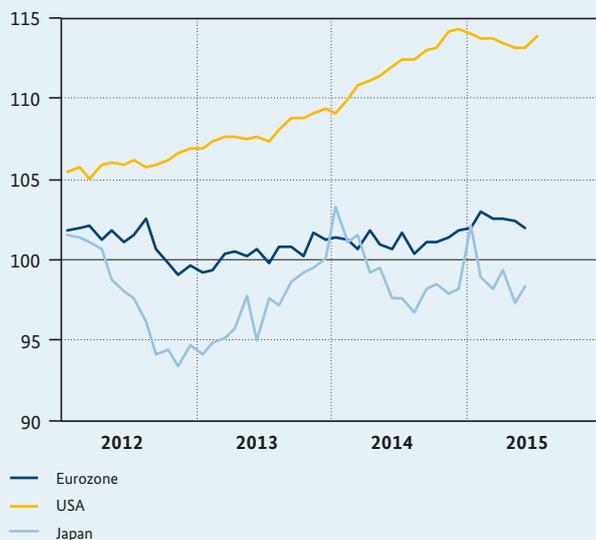
globalen Wachstum in Höhe von 3,3% aus. Für das kommende Jahr wird mit einem etwas höheren Wachstum in Höhe von 3,8% gerechnet. Allerdings kann in Zeiten der stark akkommodierenden Geldpolitik die Nervosität wieder an die Rohstoff-, Devisen- und Finanzmärkte zurückkehren – wie die Volatilität der Währungen in einigen Schwellenländern zuletzt gezeigt hat.

USA: Rückkehr zu normalem Wachstum.

In den Vereinigten Staaten hat sich die Industrieproduktion nach dem aufgrund des strengen Winters verhaltenen Jahresauftakt zuletzt etwas erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal 2015 nach vorläufigen Angaben um annualisiert 2,3% im Vergleich zum Vorquartal angestiegen. Das erste Quartal wurde zudem deutlich nach oben revidiert. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind im zweiten Quartal mit annualisiert 2,9% beschleunigt angestiegen. Hierfür waren die Zunahme der verfügbaren Einkommen und der Rückgang der Sparquote verantwortlich. Die Ausweitung der Anlageinvestitionen verlangsamte sich demgegenüber. Dies gilt für alle Bereiche (Ausrüstungen, Gewerbe- und Wohnungsbauinvestitionen). Die Exporte beschleunigten sich im zweiten Quartal kräftig. Dagegen fiel die Zunahme der Importe geringer aus als im Vorquartal. Insgesamt kam vom Außenhandel ein leicht positiver Wachstumsbeitrag.

Zu Beginn des dritten Quartals verlief die wirtschaftliche Entwicklung noch verhalten. Der nationale Einkaufsmanagerindex ISM für das Verarbeitende Gewerbe ist im Juli leicht gesunken. Die Markt-Einkaufsmanagerindizes für Industrie und Dienstleistungen haben sich dagegen leicht erhöht. Der Arbeitsmarkt setzt seine positive Entwicklung fort. Außerhalb der Landwirtschaft wurden 215.000 neue Stellen geschaffen und die Arbeitslosigkeit stagnierte. Das Konsumentenvertrauen trübte sich zuletzt etwas ein. Alles in allem scheint eine kaum beschleunigte Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums aus heutiger Sicht wahrscheinlich. Gestützt auf den starken Arbeitsmarkt und günstiges Öl könnte die US-Wirtschaft eine Zinswende verkraften und ein Wachstumsmotor in der Weltwirtschaft bleiben, auch wenn der starke Dollar die Exportwirtschaft weiter belastet. Der IWF erwartet für das Jahr 2015 ein Wirtschaftswachstum von 2,5%. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer Beschleunigung auf 3,0% aus.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 17. August 2015 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2
Euroraum	0,1	0,2	0,4	0,4	0,3
USA	1,1	1,1	0,5	0,2	0,6
Japan	-1,9	-0,3	0,3	1,1	-0,4

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	11,2	11,1	11,1	11,1	-
USA	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3
Japan	3,4	3,3	3,3	3,4	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	März	April	Mai	Juni	Juli
Euroraum	-0,1	0,0	0,3	0,2	0,2
USA	-0,1	-0,2	0,0	0,1	-
Japan	2,3	0,6	0,5	0,4	-

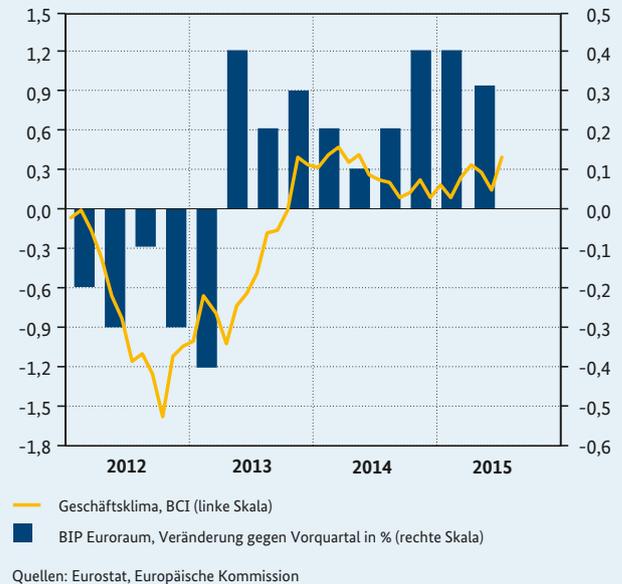
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Zahme Expansion.

Nach einer Schwächephase im Sommerhalbjahr 2014 hat sich die japanische Wirtschaft im Winterhalbjahr wieder erholt. Im zweiten Quartal gab es auch als Reaktion auf das starke erste Quartal einen spürbaren Dämpfer. Das BIP ging um 0,4% zurück. Schwache Exporte und ein Rückgang bei den privaten Konsumausgaben haben dazu beigetragen.

Die Industrieproduktion erhöhte sich nach einem Rückgang im Vormonat im Juni saisonbereinigt um 1,2%. Die Auftragseingänge sind im Juni nach drei Zunahmen in Folge zurückgegangen. Die Unternehmen erwarten laut TANKAN-Bericht der Zentralbank für das dritte Quartal 2015 eine Beschleunigung der industriellen Dynamik. Der Markt-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe ist im Juli leicht gestiegen und befindet sich seit Mai durchgehend oberhalb der Expansionsschwelle. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Juni weiter fort, die Arbeitslosenquote nahm jedoch etwas zu. Insgesamt dürfte die japanische Wirtschaft im zweiten Halbjahr weiter wachsen, wenn auch eher mit moderater Dynamik. In seinem Update zum World Economic Outlook vom Juli erwartet der IWF für 2015 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 0,8%. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer Beschleunigung auf 1,2% aus.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Allmähliche, aber gefestigte Erholung.

Im Euroraum schreitet die wirtschaftliche Erholung moderat voran. Die wirtschaftliche Aktivität ist im zweiten Quartal mit 0,3% etwas schwächer als im Vorquartal (+0,4%) gestiegen. Von den großen Mitgliedstaaten konnte Spanien das Wachstumstempo im zweiten Quartal nochmals auf +1,0% beschleunigen. Frankreich enttäuschte dagegen nach einem sehr guten Jahresstart mit einer Stagnation. In Italien nahm die Wirtschaftsleistung nach der Rezession mit +0,2% im zweiten Quartal nun zweimal in Folge wieder zu. Auch Portugal (+4,0%) und Zypern (+0,5%) konnten solide Zuwächse verzeichnen. Die griechische Wirtschaft ist überraschend kräftig um 0,8% gewachsen. In allen Mitgliedstaaten des Euroraums, außer Finnland mit einem erneuten Rückgang von 0,4%, hat das BIP im zweiten Quartal zugenommen.

Im Eurogebiet nahm die Industrieproduktion im zweiten Quartal zuletzt zwei Monate in Folge ab. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im Juni auf 10,7% zurück. Der Economic Sentiment Surveys Index stieg im Juli deutlich auf ein Niveau über dem des Jahresbeginns. Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich daher im Verlauf des Jahres weiter festigen. Hierzu tragen auch der niedrige Ölpreis und der schwache Wechselkurs bei. Der IWF hat für das Jahr 2015 zuletzt ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,5% erwartet. Für das Jahr 2016 geht der IWF von einer leichten Beschleunigung auf 1,7% aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die Konjunktur bleibt aufwärtsgerichtet.

Die Konjunktur in Deutschland ist im Sommer weiterhin solide aufwärtsgerichtet.² Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich im zweiten Quartal weiter spürbar um 0,4%.³ Vor allem vom Außenhandel kamen im zweiten Quartal Impulse. Gestützt durch die moderate Erholung im Euro-Raum und die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit wurden die Ausfuhren sehr viel stärker ausgeweitet als die Einfuhren. Ein Teil dieser Nachfrage wurde aus dem Lagerbestand bedient. Eine verlässliche konjunkturelle Stütze blieb der private Konsum. Der solide Arbeitsmarkt und die gute reale Einkommensentwicklung sorgten für ein freundliches Konsumumfeld. Die Investitionstätigkeit im Inland insbesondere in Bauten war hingegen zurückhaltend. Vor allem im Bereich der Dienstleistungen wird die wirtschaftliche Leistung kontinuierlich ausgeweitet. In der Industrie entwickelt sich die Produktion trotz einer Abschwächung im Juni in der Tendenz moderat positiv. Demgegenüber war die Erzeugung im Baugewerbe in den vergangenen Monaten rückläufig. Die Stimmung in den Unternehmen ist weiterhin gut und stabil. Unsicherheitsfaktoren wie etwa der

Fortgang der Krise in Griechenland oder die Volatilität des chinesischen Aktienmarkts haben keinen Stimmungsumschwung ausgelöst. Insgesamt erscheint der Aufschwung der deutschen Wirtschaft im Sommer gefestigt.

2. Produzierendes Gewerbe

Die Perspektiven für die Industriekonjunktur bessern sich. Wichtige Impulse kommen aus dem Ausland.

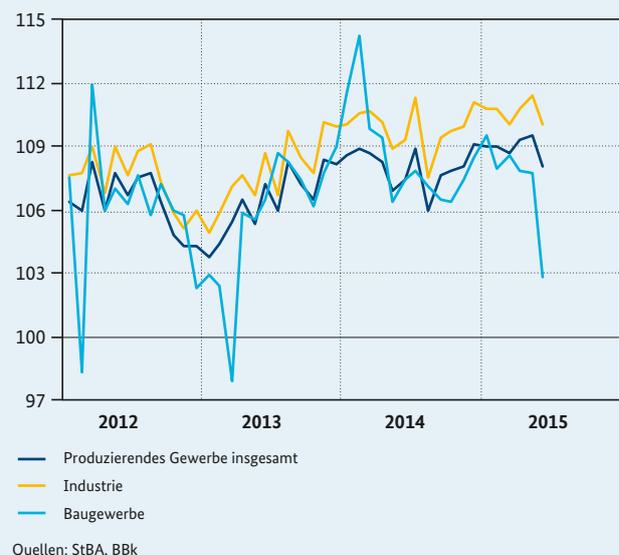
Die Dynamik im Baugewerbe hat sich vorübergehend abgeschwächt. Die Rahmenbedingungen bleiben gut.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe fiel im Juni (-1,4%) deutlich geringer aus als im Vormonat. Sowohl in der Industrie als auch im Baugewerbe wurde weniger produziert. Zum Teil war dies auf Brückentagseffekte zurückzuführen. Insgesamt deuten die Indikatoren aber weiterhin auf eine Fortsetzung der moderaten Aufwärtsentwicklung des Produzierenden Gewerbes hin.

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 14. August 2015 vorlagen.

³ Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zum BIP im zweiten Quartal vom 14. August 2015. Detaillierte Ergebnisse für das zweite Quartal werden am 25. August veröffentlicht.

Die Industrieproduktion ging im Juni um 1,3% spürbar zurück. Aufgrund der deutlichen Zuwächse in den Monaten April und Mai erhöhte sich das Produktionsniveau der Industrie im zweiten Quartal insgesamt im Vergleich zum Vorquartal um 0,2%. Ein leichter Rückgang bei den Vorleistungsgütern wurde durch Zuwächse bei den Investitions- und Konsumgütern kompensiert.

Industrie

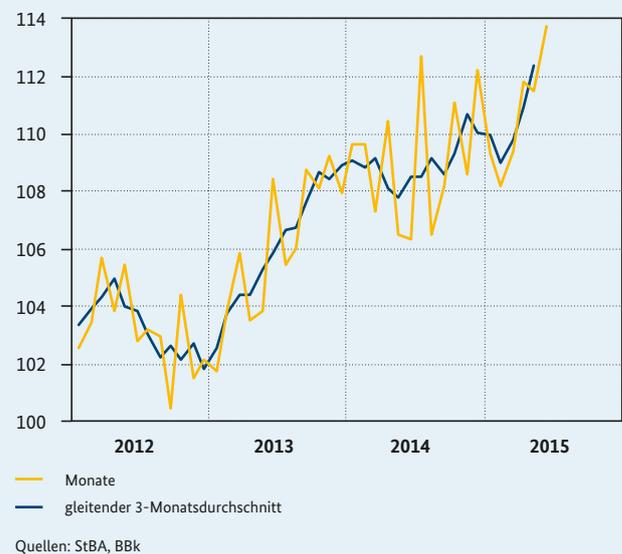
Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Produktion					
Insgesamt	0,3	0,2	0,7	0,5	-1,3
Vorleistungsgüter	0,3	-0,4	0,5	-0,2	-0,3
Investitionsgüter	0,3	0,5	1,5	0,7	-2,6
Konsumgüter	-0,2	1,0	-0,8	2,2	-0,2
Umsätze					
Insgesamt	0,6	0,7	1,4	0,8	-2,1
Inland	0,8	0,1	0,0	1,0	-0,9
Ausland	0,4	1,5	2,7	0,6	-3,3
Auftragseingänge					
Insgesamt	-1,4	3,0	2,2	-0,3	2,0
Inland	1,0	-0,7	-2,3	-0,9	-2,0
Ausland	-3,3	6,0	5,7	0,3	4,8
Vorleistungsgüter	-1,7	0,9	-0,2	1,2	-0,4
Investitionsgüter	-1,6	4,4	3,5	-1,2	3,7
Konsumgüter	0,7	3,3	3,8	0,2	-0,6

Quellen: StBA, BBk

Die Umsätze in der Industrie gingen im Juni um 2,1% gegenüber dem Vormonat zurück. Aufgrund der Zuwächse im April und Mai nahmen die Industrieumsätze dennoch stärker als die Produktion um 0,7% gegenüber dem Vorquartal zu. Dies deutet auf einen Lagerabbau hin. Zu dem Anstieg im zweiten Quartal hat im Wesentlichen das Auslandsgeschäft beigetragen.

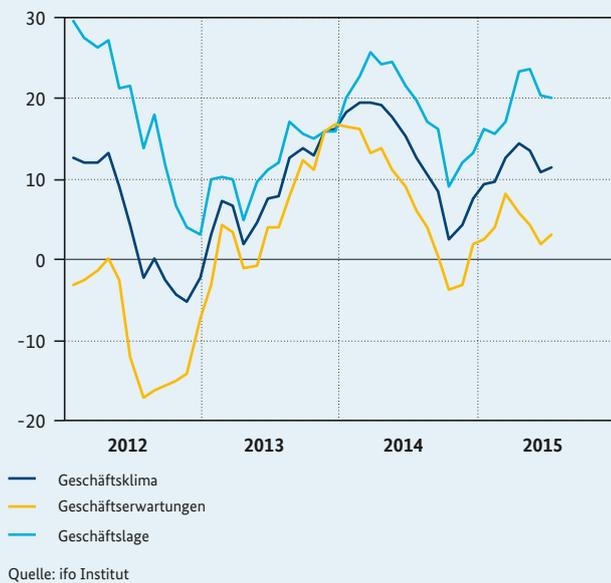
Auftragseingang in der Industrie (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Bestelltätigkeit befindet sich weiter auf einem hohen Niveau und spricht für eine Belebung der Industrieproduktion. Nach bereits kräftigen Zuwächsen in den Vormonaten nahm das Volumen der Auftragseingänge im Juni um weitere 2,0% zu. Im Bereich der Investitionsgüter konnte ein deutlicher Anstieg an Auftragseingängen verzeichnet werden. Hierzu trug ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen bei. Insbesondere in der Kfz-Branche legte das Auftragsvolumen erneut deutlich zu (+4,4%). Insgesamt ergab sich damit für das zweite Quartal 2015 ein recht kräftiger Anstieg der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe von 3,0%. Dies war auf steigende Auslandsbestellungen sowohl aus dem Euroraum als auch aus Ländern außerhalb des Euroraums zurückzuführen. Die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stieg kräftig. Die insgesamt positive Entwicklung spiegelt sich auch in einer guten Auftragslage wider. Der Bestand an fest akzeptierten Aufträgen im Verarbeitenden Gewerbe lag im Mai um 4,9% über dem Wert des Vorjahres und entspricht einer Reichweite von fünf Monaten.⁴

4 Das Statistische Bundesamt erfasst für das Verarbeitende Gewerbe seit Januar 2014 das neue Merkmal „Auftragsbestand“. Seit Juni 2015 werden monatlich Daten zum Auftragsbestand und zur Reichweite veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie auf den Seiten des Statistischen Bundesamts.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe (saisonbereinigt, Salden)



Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	1,1	-2,3	-0,6	-0,1	-4,5
Bauhauptgewerbe	1,1	-0,7	-0,9	0,6	-2,5
Ausbaugewerbe	1,2	-4,2	-0,3	-0,9	-6,8

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	-0,1	8,6	-2,2	-5,2	5,0
Hochbau	3,8	3,2	-1,7	-3,8	2,8
Wohnungsbau*	15,4	6,4	3,0	-8,5	2,1
Gewerblicher*	-2,9	-2,7	-3,8	0,3	7,4
Öffentlicher*	-2,3	17,5	-8,3	-3,0	-10,0
Tiefbau	-4,4	15,2	-2,8	-6,7	7,7
Straßenbau*	-3,1	17,6	-20,9	-5,0	7,4
Gewerblicher*	-2,5	13,8	8,8	-10,1	14,1
Öffentlicher*	-8,4	13,9	15,3	-4,6	-0,2
Öffentlicher Bau insg.	-4,9	16,2	-8,6	-4,4	1,4

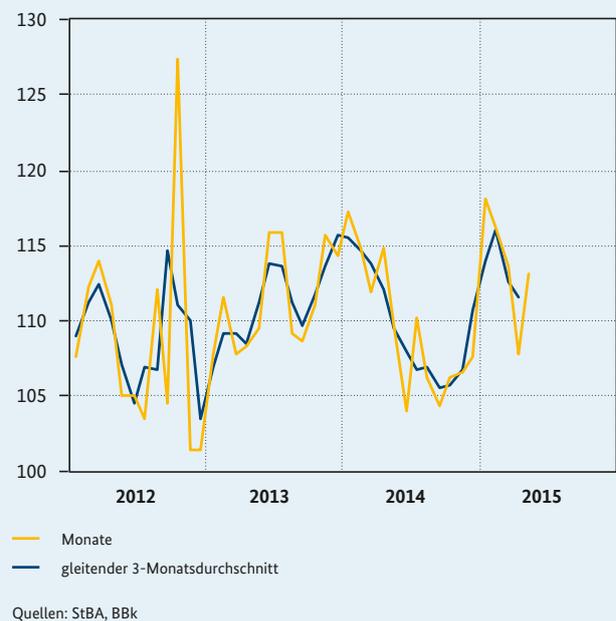
Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Stimmung in der Industrie ist weiterhin gut. Nach leichten Rückgängen in den Vormonaten hat sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe im Juli wieder verbessert. Insbesondere die Erwartungen hellten sich auf. Die Fortschritte bei der Griechenlandkrise mögen zu dieser Stimmungverbesserung beigetragen haben.

In der Baubranche konnte die Dynamik des ersten Quartals nicht gehalten werden. Im Juni nahm die Produktion im Baugewerbe um 4,5% ab. Bereits in den beiden Vormonaten waren Rückgänge zu verzeichnen. Somit ging die Bauproduktion im zweiten Quartal insgesamt um 2,3% gegenüber dem Vorquartal zurück. Hintergrund war die schwache Entwicklung im Ausbaugewerbe, während die Erzeugung im Bauhauptgewerbe vergleichsweise stabil blieb. Die Daten für das Ausbaugewerbe sind allerdings sehr revisionsanfällig.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Nachdem die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in den Vormonaten deutlich zurückgegangen sind, nahmen sie im Mai mit einem Zuwachs von 5,0% recht kräftig zu. Insbesondere die gewerblichen Auftraggeber weiteten ihre Aufträge deutlich aus. Dennoch liegen die Auftragseingänge insgesamt weiterhin unter dem Niveau des ersten Quartals.

Die Stimmung in der Baubranche hat sich trotz der rückläufigen Produktion seit dem Frühjahr aufgehellt. Im langjährigen Vergleich befindet sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe auf einem sehr hohen Niveau. Die weiteren Aussichten für den Baubereich sind angesichts der guten Rahmenbedingungen positiv. Die langfristigen Zinsen sind niedrig und die Einkommensperspektiven der privaten Haushalte bleiben gut. Hinzu kommt die zunehmende Investitionstätigkeit der öffentlichen Haushalte, die für eine weitere Belebung im laufenden Jahr spricht. Nach der schwachen Frühjahrsbelebung, die nach dem milden und produktionsreichen Winter nicht ungewöhnlich ist, dürfte die Bauproduktion daher wieder anziehen.

3. Privater Konsum

Der private Konsum bleibt eine wichtige Triebfeder der Konjunktur.

Die Anschaffungsneigung und die Einkommenserwartungen sind hoch.

Der private Konsum hat auch im zweiten Quartal merklich zur positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen. Sein Beitrag ist allerdings weniger stark ausgefallen als in den vorherigen drei Quartalen, in denen die privaten Konsumausgaben die wichtigste Stütze der Konjunktur waren.

Deutlich wird dies an den Umsätzen im Einzelhandel. Nach Zuwächsen im April und Mai fielen die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz) im Juni um 1,8% geringer aus als im Vormonat. Insgesamt lagen die Einzelhandelsumsätze im Durchschnitt des zweiten Quartals damit um 0,2% unter dem – allerdings sehr hohen – Niveau des ersten Vierteljahres. Die Umsätze im Kfz-Handel entwickeln sich demgegenüber weiterhin dynamisch und stiegen im Mai bereits den sechsten Monat in Folge merklich an.

Das Umfeld für den privaten Konsum bleibt günstig. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich solide und die Einkommen steigen. Die Einkommenserwartungen der Konsumenten erreichten sogar ein neues Rekordniveau. Neben der guten Lohnentwicklung tragen hierzu auch die Erhöhung der Renten und anderer Sozialleistungen bei. Durch den moderaten Preisniveaustieg nehmen auch die realen Einkommen spürbar zu. Die Anschaffungsneigung der privaten

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Haushalte ging gemäß der Umfrage der GfK zwar zuletzt etwas zurück, blieb im langfristigen Vergleich jedoch hoch. Dies spiegelt sich auch in der Stimmung der Einzelhändler wider. Das entsprechende ifo Geschäftsklima signalisiert bei leichten Schwankungen am aktuellen Rand weiterhin Optimismus. Insgesamt bleiben die Aussichten für den privaten Konsum sehr positiv.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

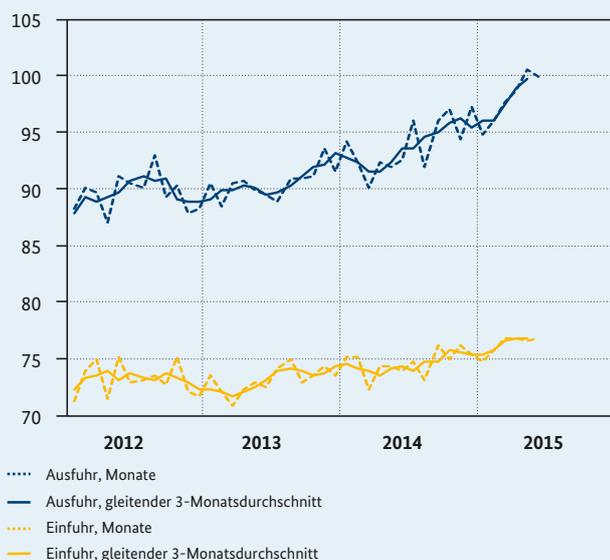
Die Ausfuhren expandierten im zweiten Quartal kräftig.

Der Ausblick für die Exporte bleibt verhalten positiv.

Der Beitrag des Außenhandels zum Wirtschaftswachstum ist im zweiten Quartal 2015 hoch ausgefallen. Die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik haben im zweiten Quartal saisonbereinigt kräftig um 3,4% zugenommen. Ausschlaggebend war die Expansion der Warenausfuhren und weniger die der Dienstleistungsexporte. Die Ausfuhrpreise blieben nach einem kräftigen Anstieg zu Beginn des Jahres weitgehend unverändert, sodass sich auch preisbereinigt ein deutlicher Zuwachs der Ausfuhren ergab. Insgesamt entwickelten sich die Warenausfuhren in den ersten Monaten des Jahres in Staaten außerhalb der Eurozone deutlich dynamischer als in die Eurozone. Die mit der Euroabwertung verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte hierzu beigetragen haben. Zuletzt waren aber die Ausfuhren in das Eurogebiet lebhafter. Auch die Auftragseingänge und Umsätze aus dem Eurogebiet haben überdurchschnittlich zugenommen.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen entwickelten sich im zweiten Quartal ebenfalls positiv, aber deutlich weniger dynamisch als die Ausfuhren. In jeweiligen Preisen wurden saisonbereinigt 1,6% mehr Waren und Dienstleistungen eingeführt als im Vorquartal. Die Einfuhrpreise waren erst zum Ende des zweiten Quartals aufgrund der Entwicklung der Preise für Rohstoffe und Halbwaren rückläufig.

Insgesamt ergab sich daraus im zweiten Quartal rechnerisch ein deutlich positiverer Impuls auf das Wirtschaftswachstum. In jeweiligen Preisen erhöhte sich der Überschuss im Handel mit Waren und Dienstleistungen im zweiten Quartal 2015 saisonbereinigt um 7,0 Mrd. Euro auf 59,7 Mrd. Euro. Die Salden der Primär- und Sekundäreinkommen in der Leistungsbilanz waren hingegen rückläufig. Daher fiel das Plus des saisonbereinigten Leistungsbilanzüberschusses im zweiten Quartal mit 1,2 Mrd. Euro (auf 62,9 Mrd. Euro) geringer aus als der Anstieg des Handelsüberschusses.

Außenhandel*

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	0,6	3,4	0,4	2,0	-0,3
Einfuhr	0,0	1,6	0,2	-0,4	0,6
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,3	8,6	7,6	4,5	13,7
Eurozone	3,0	6,4	3,3	5,0	11,0
EU Nicht-Eurozone	7,4	9,6	6,7	7,9	14,2
Drittländer	6,4	10,0	11,9	2,4	15,8
Einfuhr	1,8	4,2	3,3	2,9	6,4
Eurozone	0,6	4,1	3,3	5,5	3,6
EU Nicht-Eurozone	1,9	4,3	0,3	4,4	8,4
Drittländer	3,3	4,2	5,1	-1,3	8,9

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

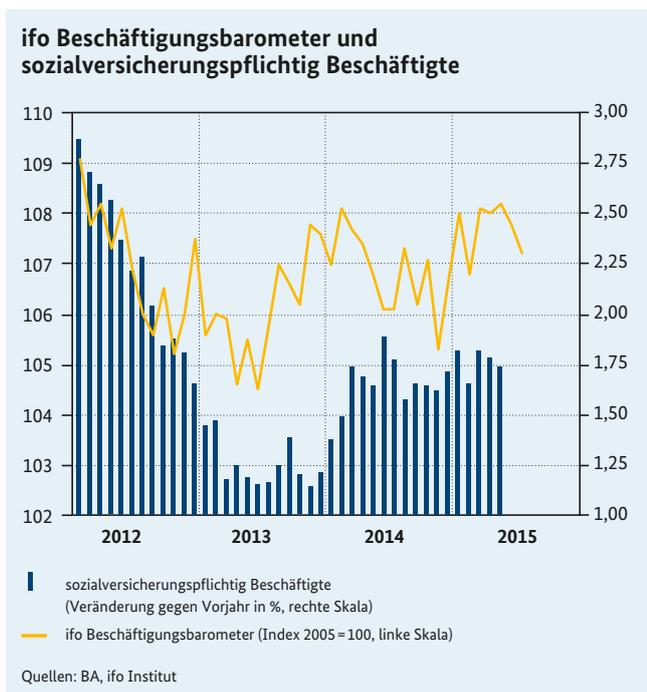
Die Bestellungen aus dem Ausland waren im zweiten Quartal deutlich höher als im Durchschnitt des Vorquartals. Die Auslandsumsätze sind ebenfalls deutlich angestiegen. Die Ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe gingen dagegen vier Monate in Folge zurück. Damit bleiben die Indikatoren verhalten positiv. Die Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld sind weiterhin größer als gewöhnlich. Insgesamt rechnet der IWF aber mit einer leicht zunehmenden

den weltwirtschaftlichen Dynamik. Diese sollte zusammen mit der Wechselkursabwertung die Exportaussichten weiter moderat unterstützen.

5. Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin positiv, zuletzt jedoch mit etwas verlangsamttem Tempo.

Die günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzten sich mit leicht gebremster Dynamik fort. Saisonbereinigt nahm die Erwerbstätigkeit im Juni weiter leicht zu. Auch der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hielt an. Die Arbeitslosigkeit stieg im Juli dennoch saisonbereinigt etwas. Die Unterbeschäftigung ging hingegen leicht zurück. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ging somit auch auf einen geringeren Umfang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurück. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten lag im Mai spürbar unter dem Niveau des Vorjahres. Mit der Einführung des Mindestlohns dürfte ein Teil dieser Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt worden sein. Insgesamt deuten die Indikatoren auf eine etwas verlangsamte Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt für die nächsten Monate hin.



Das Gesamtbild, das die Frühindikatoren im August für den Arbeitsmarkt zeichnen, ist weiterhin positiv. Das ifo Beschäftigungsbarometer ging in den letzten beiden Monaten zwar leicht zurück, bewegt sich jedoch immer noch deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) blieb im Juli stabil und deutet auf eine leicht rückläufige Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten hin. Der BA-X Stellenindex signalisiert eine deutliche Aufwärtstendenz bei der Stellennachfrage und lag im Juli auf Höchstniveau.

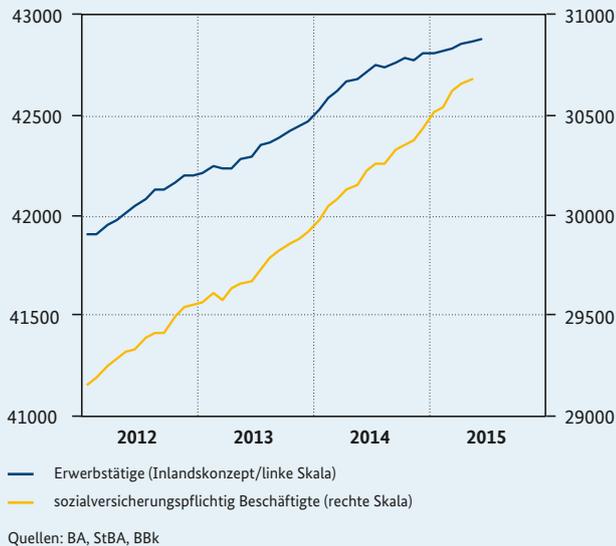
Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen hat sich im Juli saisonbereinigt um weitere 10.000 Stellen erhöht. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 589.000 Stellen, was einem Anstieg um 87.000 gegenüber dem Vorjahresmonat entsprach. Ein Teil der Mehrnachfrage ist allerdings auch auf die normale Fluktuation bei knapperem Fachkräfteangebot und die zunehmende Bedeutung flexibler Beschäftigungsformen zurückzuführen.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erreichte in Ursprungszahlen knapp 43,0 Mio. Personen. Auch saisonbereinigt war mit einem Plus von 10.000 Erwerbstätigen eine Fortsetzung des positiven Trends zu beobachten, wenngleich das Tempo sich etwas verlangsamt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 157.000

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Personen (Ursprungszahl). Die günstige Entwicklung der Erwerbstätigkeit wurde insbesondere durch den anhaltenden Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gespeist.

Ihr kontinuierlicher Aufbau entwickelt sich weiterhin mit höherer Dynamik als bei der Erwerbstätigkeit. Hierzu trug in den vergangenen Monaten bei, dass ein Teil der Minijobs, die mit der Einführung des Mindestlohns wegfielen, offenbar in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt wurde. Saisonbereinigt nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Mai um 22.000 Personen zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte damit 30,65 Mio. Personen (Ursprungszahl). Dies entsprach einem Plus von 523.000 gegenüber dem Vorjahr.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im Juli gegen ihren bisherigen Trend saisonbereinigt um 9.000 Personen zu. Nach dem milden Winter dürfte eine abgeschwächte Frühjahrsbelebung hierzu ebenso beigetragen haben wie der geringere Umfang an entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Nach Ursprungszahlen erhöhte sich die Arbeitslosigkeit im Juli etwas mehr als saisonüblich um 61.000 auf 2,773 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 99.000 Personen. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,3%.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,993	2,772	2,762	2,711	2,773
gg. Vorjahr in 1.000	-116	-114	-120	-122	-99
gg. Vorperiode in 1.000*	-45	-26	-4	1	9
Arbeitslosenquote	6,9	6,3	6,3	6,2	6,3

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio.	42,5	42,8	42,7	42,9	43,0
gg. Vorjahr in 1.000	243	175	185	182	157
gg. Vorperiode in 1.000*	32	42	20	7	10

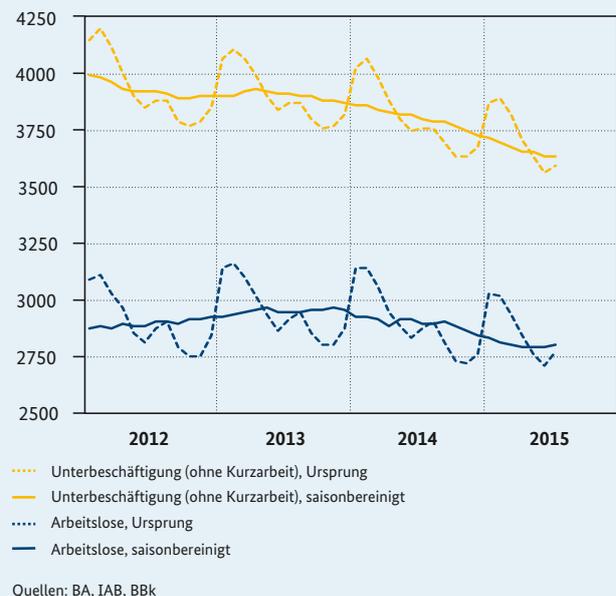
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio.	30,6	30,3	30,5	30,6	30,6
gg. Vorjahr in 1.000	205	-227	543	535	523
gg. Vorperiode in 1.000*	109	172	81	32	22

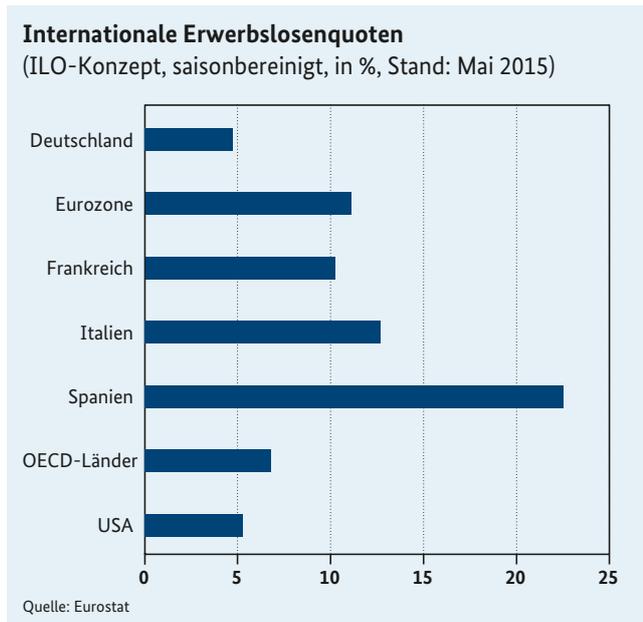
Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Die nach dem ILO-Konzept berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote verblieb im Juni auf dem Vormonatswert von 4,7%. Im internationalen Vergleich verzeichnet Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten unter den Industrieländern.



Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Juni auf 3,59 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 166.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 3.000 Personen ab. Die positive Entwicklung der Vormonate setzte sich somit leicht gebremst fort.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sinken in der Tendenz weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Zuwanderung und eine zunehmend gestiegene Erwerbsneigung gegenwärtig die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial noch überkompensieren. Auch werden mit dem voranschreitenden Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

6. Preise

Das ruhige Preisklima hält dank der niedrigen Energiekosten an.

Der Rohölpreis ist im Juli deutlich gesunken.

Das Preisklima in Deutschland bleibt entspannt, auch wenn die Preisniveaumentwicklung im zweiten Quartal insgesamt wieder etwas an Fahrt gewonnen hat. Nach wie vor wird das Preisniveau von den niedrigen Ölpreisen geprägt. Anfang August fiel der Preis der Sorte Brent wieder unter die 50-Dollar-Marke und notierte Mitte August mit rund 49 US-Dollar je Barrel ca. 16% unter Vormonatsniveau. Die Einigung mit dem Iran im Atomstreit und die schwächeren Wachstumsaussichten der chinesischen Wirtschaft haben dämpfend gewirkt. Gegenüber den Höchstständen vor einem Jahr lag der Preis je Barrel um ca. 57% niedriger. In Euro gerechnet wird der Rückgang durch die Wechselkursentwicklung etwas gebremst; der Ölpreis hat sich gegenüber den Höchstständen aber immer noch mehr als halbiert. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar von Juli 2014 bis Juli 2015 betrug knapp 19%.

Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)



Die Einfuhrpreise gingen weiter leicht zurück. Von Mai auf Juni verringerten sich die Preise für Importprodukte um 0,5%. Auf Jahressicht gingen die Einfuhrpreise im Juni mit -1,4% wieder etwas stärker zurück, nach -0,8% im Mai. Nach wie vor prägen die kräftigen Preisniveaurückgänge bei Erdöl und Erdgas (-25,5%) die Importpreisentwicklung. Die Einfuhrpreise ohne Energie lagen dagegen um 2,6% über dem Vorjahresniveau.

Die Ausfuhrpreise gingen im Juni gegenüber dem Vormonat etwas weniger stark zurück als die Einfuhrpreise (-0,1%). Binnen Jahresfrist konnten die deutschen Exporteure angesichts des schwachen Wechselkurses merkliche Preiserhöhungen in Euro durchsetzen. Die Exportpreise stiegen im Vergleich zum Juni 2014 um 1,3%. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich gegenüber dem Vormonat und lag im Juni um 2,7% über dem Vorjahreswert.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die industriellen Erzeugerpreise verringerten sich im Juni geringfügig um 0,1% gegenüber dem Vormonat. Bei leicht rückläufigen Energiepreisen (-0,4%) stagnierten die Preise bei Vorleistungsgütern. Auf Jahressicht lagen die Preise für Industrieprodukte um 1,4% tiefer als ein Jahr zuvor. Während die Energiepreise deutlich (-4,4%) und die Preise für Vorleistungs- und Konsumgüter etwas weniger stark nachgaben (-0,4% bzw. -1,0%) verteuerten sich Investitionsgüter moderat (+0,7%).

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Insgesamt	-0,1	0,2	0,3	0,2
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,0	0,4	1,0	1,0
Nahrungsmittel	-0,5	-0,7	1,0	0,4
Energie	-0,5	-0,5	-5,9	-6,2
Haushaltsenergie	-0,5	-1,0	-4,9	-5,7
Strom	0,0	-0,1	-0,9	-1,0
Gas	-0,1	-0,3	-1,4	-1,7
Heizöl	-2,6	-4,8	-19,2	-22,4
Feste Brennstoffe	-0,4	-0,1	1,1	1,1
Zentralheizung, Fernwärme	-0,7	-0,8	-5,2	-5,9
Kraftstoffe	-0,3	0,5	-7,8	-7,1
Dienstleistungen	0,1	0,9	0,9	1,1
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,1	0,0	-	-

Quellen: StBA, BBk

Die Verbraucherpreise sind von Juni auf Juli um 0,2% gestiegen. Insbesondere Kraftstoff- und Heizölpreise verbilligten sich. Die jährliche Teuerungsrate sank im Juli auf 0,2%, nach 0,3% im Juni. Der Rückgang der Energiepreise (-6,2%) wirkte wie in den Vormonaten stark dämpfend auf die Jahresrate. Bei Dienstleistungen, die etwas mehr als die Hälfte des Gesamtindex ausmachen, mussten die Verbraucher allerdings Preiserhöhungen von 1,1% hinnehmen. Die Kerninflation (Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel) lag im Juli wie im Vormonat bei 1,0%.

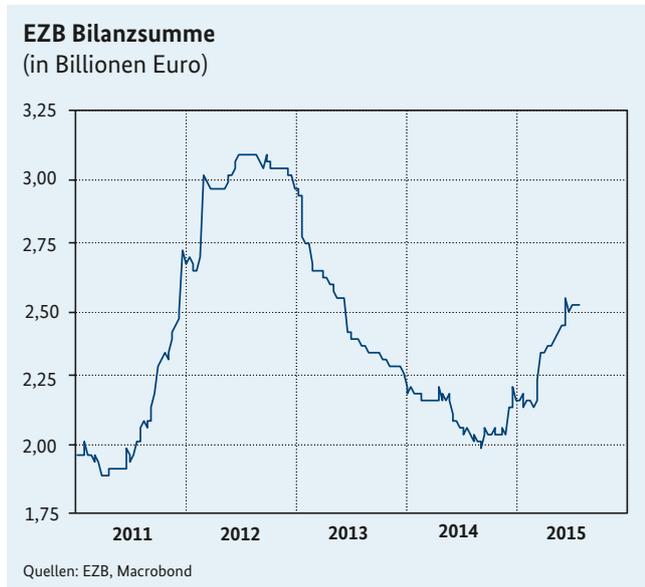
In der zweiten Jahreshälfte dürfte das Verbraucherpreisniveau weiterhin moderat zunehmen. Die Bundesregierung prognostiziert für das Jahr 2015 einen durchschnittlichen Anstieg des Verbraucherpreisindex von 0,5%.

7. Monetäre Entwicklung

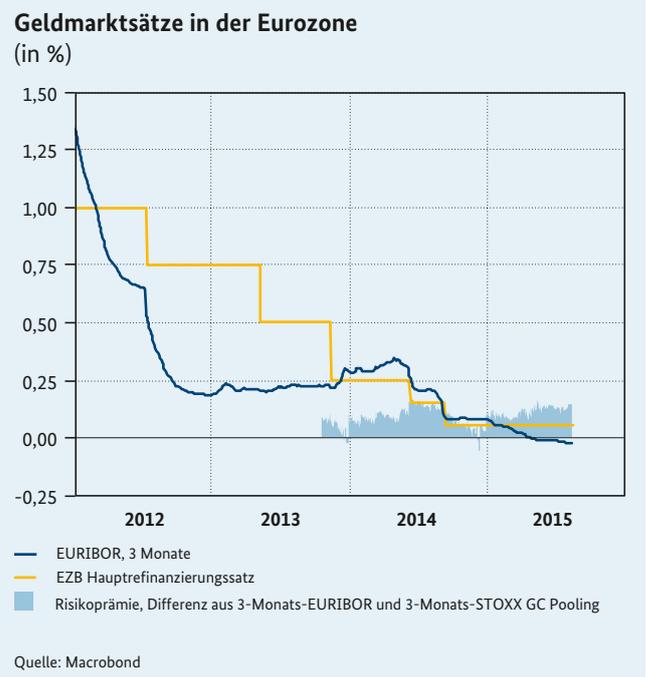
Die europäischen Aktienmärkte kühlen sich auf hohem Niveau ab.

Die chinesische Zentralbank hat den Yuan abgewertet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05 %. Die Einlagenfazilität liegt mit -0,20 % im negativen Bereich. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (*Expanded Asset Purchase Programme, EAPP*) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm mit einem monatlichen Umfang von rund 60 Mrd. Euro soll bis mindestens September 2016 fortgesetzt werden. Die EZB hat durch die Ankaufprogramme ihre Bilanzsumme seit vergangenem Dezember von 2,03 auf 2,53 Bio. Euro ausgeweitet.

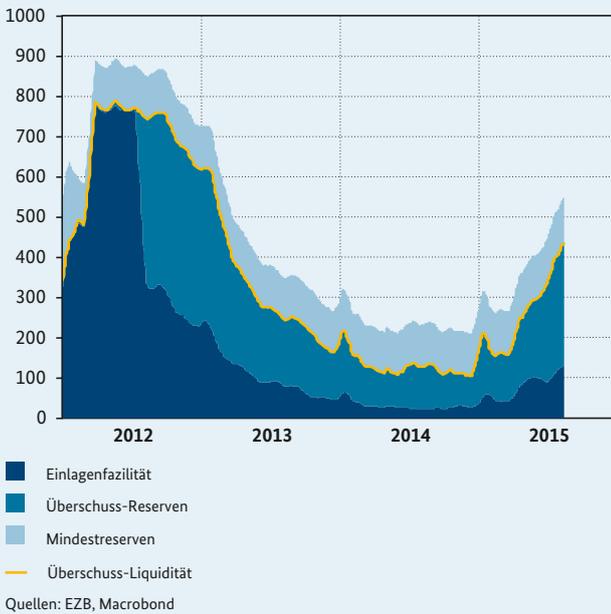


Die amerikanische Geldpolitik bleibt ebenfalls expansiv ausgerichtet. Seit Ende 2008 hält die US-Notenbank den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Es zeichnet sich bereits seit einiger Zeit eine allmähliche Normalisierung der Geldpolitik ab. Einzelne Mitglieder des Offenmarktausschusses gaben an, dass ein Zinsanstieg im September wahrscheinlich ist.



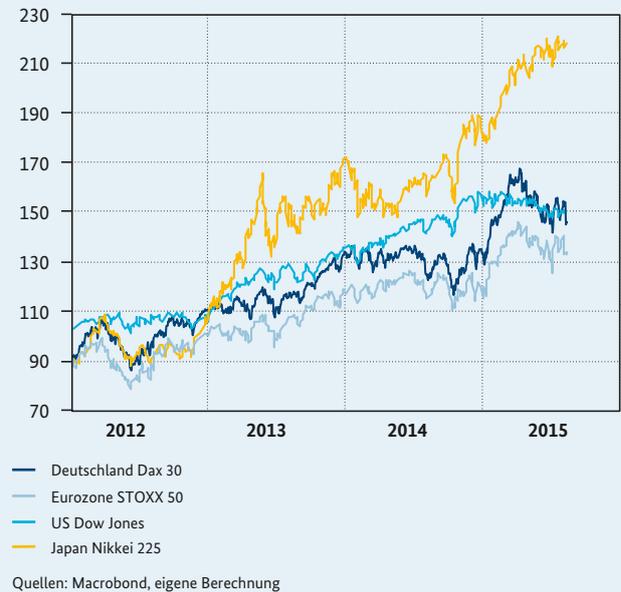
Der allmähliche Erholungsprozess am europäischen Interbankenmarkt setzt sich langsam fort. Die unbesicherte Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten konnte sich im Juli weiter etwas erholen, liegt jedoch niedriger als noch zu Jahresbeginn. Der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankkredite war weitgehend stabil. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität, die sich seit Mitte 2012 deutlich rückläufig entwickelt hatte, stieg seit vergangenem November von 107 Mrd. Euro auf 408 Mrd. Euro im Juli.

Liquidität im Eurobankensystem (in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



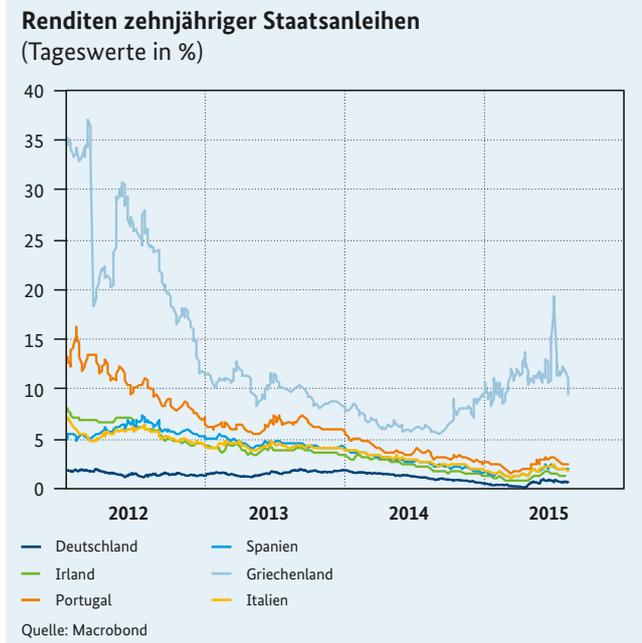
Die globalen Aktienmärkte waren deutlich durch die Unsicherheit um die chinesische Wirtschaft belastet. Der europäische STOXX 600 ging im Berichtszeitraum⁵ um 4,5%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum um 5,0% zurück. Der deutsche DAX 30 gab 6,2% nach. Auch der US-amerikanische S&P 500 nahm um 1,4% ab. Der japanische Nikkei-Index konnte sich allerdings stabil halten. Der chinesische Aktienmarkt hat sich, nach deutlichen Kursverlusten im Juni, stabilisiert und ist gegenüber dem Vormonat lediglich um 3,7% gestiegen.

Aktienindizes (Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)

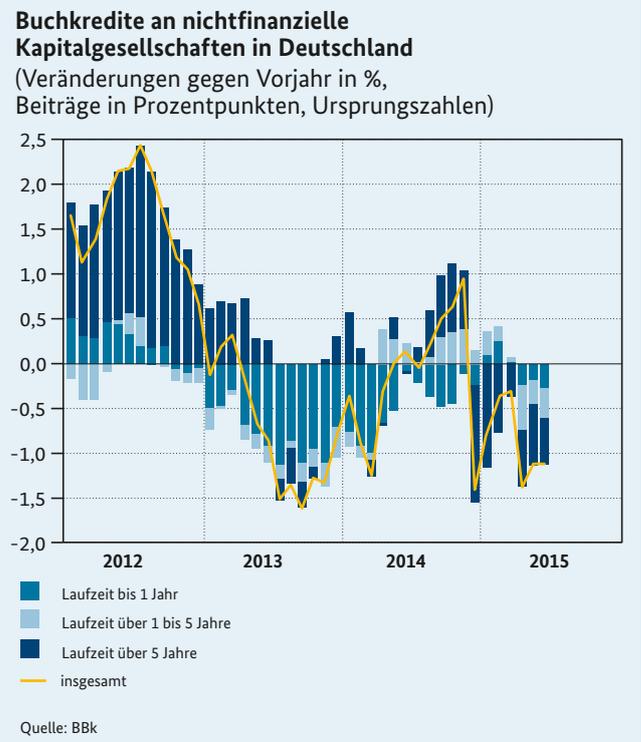


Der Euro hat trotz zwischenzeitlicher Abschwächung gegenüber dem Vormonat um 2,8% aufgewertet. Mitte August lag er bei 1,12 US-Dollar. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmonat um 2,4% auf. Im Fokus der Öffentlichkeit stand allerdings die Wechselkurspolitik der chinesischen Zentralbank. Diese ließ den Wechselkurs des Yuan gegenüber dem US-Dollar um ca. 3,0% abwerten. In Euro fiel die Abwertung gegenüber dem Yuan mit 5,8% noch stärker aus. Trotz der aktuellen Entwicklung war es der Euro, der im Jahresvergleich gegenüber dem Yuan um ca. 13% abwertete.

Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07% erreicht. Im Juni erzielten die zehnjährigen Bundesanleihen wieder ein Zinsniveau von bis zu 1,0%. Im Zuge fallender Ölpreise und gesunkener Inflationserwartungen sind die Renditen wieder auf 0,7% gefallen. Die Renditen von Staaten wie Portugal (2,4%), Spanien (2,0%) oder Italien (1,8%) sind deutlich höher. Im Zuge der fallenden Rendite für Staatsanleihen nahmen auch die Zinsen für Unternehmensanleihen im Euroraum wieder ab.



Der Umfang der in Deutschland vergebenen Unternehmenskredite lag im Juni 1,1% unter dem Niveau des Vorjahres. Mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit über einem Jahr bis fünf Jahre haben sich auf Jahresfrist am stärksten verringert. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 2,0% zu. Die Wachstumsrate hat sich hier deutlich erhöht. Wichtigste Triebfeder blieb die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,4%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.



Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich etwas verlangsamt. Die Jahresrate liegt nun im Juni bei 5,0%. Damit setzte sich das seit April 2014 anhaltende kontinuierliche Geldmengenwachstum weiter fort. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 11,8% gestiegen ist. Dies spiegelt neben der Liquiditätspräferenz und den geringen Kosten für Geldhaltung auch die konjunkturelle Erholung des Euroraums wider. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

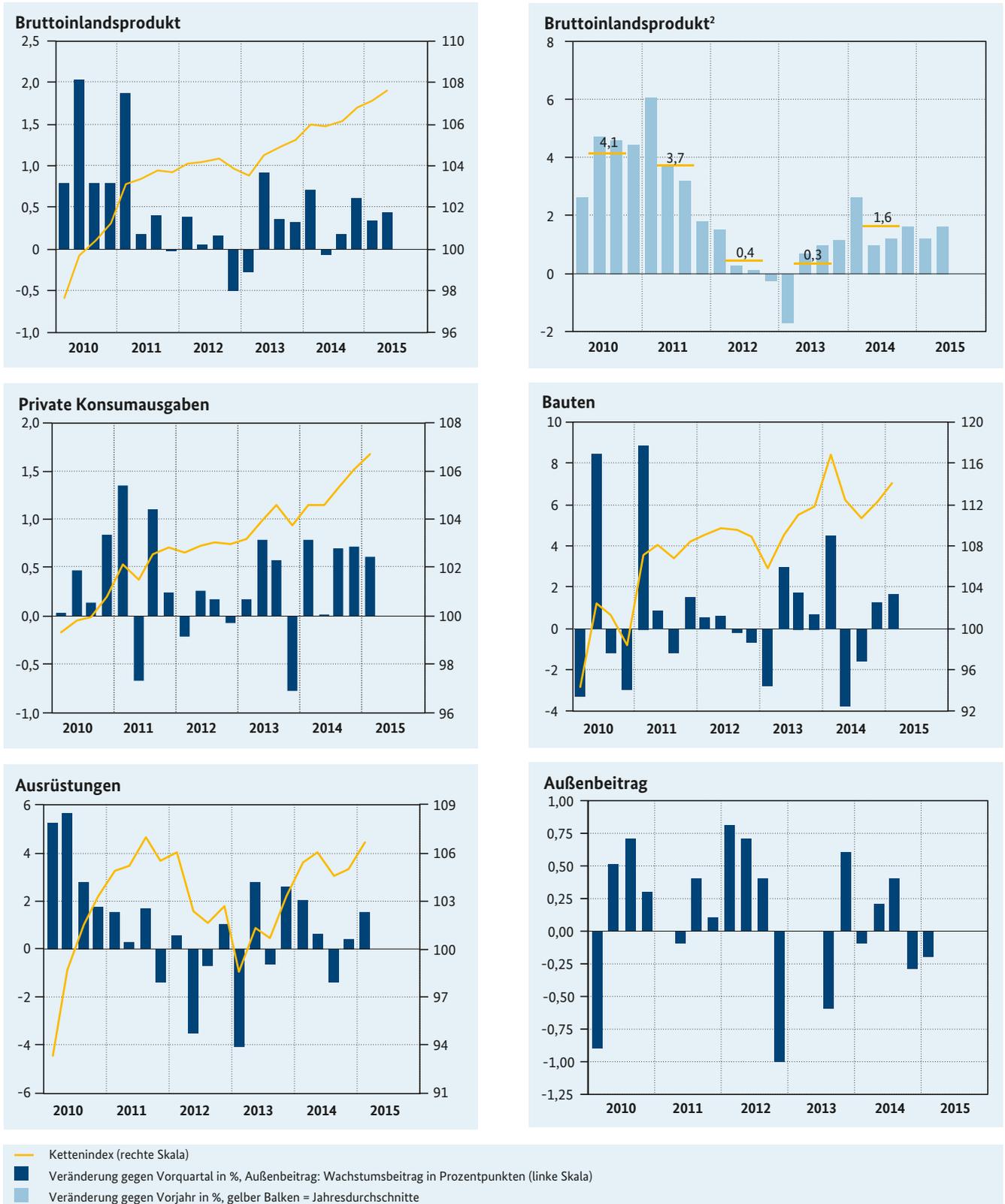
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2012		2013			2014			2015		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4
Inländische Verwendung	+ 0,6	- 0,5	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1	+ 0,9	- 0,3	- 0,3	+ 1,1	+ 0,5	-
Private Konsumausgaben ³	- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,8	+ 0,8	0,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	0,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7	-
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 3,0	- 1,7	- 1,2	+ 0,8	+ 1,5	-
Ausrüstungen	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	- 1,4	+ 0,4	+ 1,5	-
Bauten	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,5	- 3,7	- 1,5	+ 1,3	+ 1,7	-
Sonstige Anlagen	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	-
Exporte	- 2,0	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,8	-
Importe	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,5	-
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,5	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	- 0,4	+ 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	-
Ausrüstungen	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	-
Bauten	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,5	0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 0,3	-
Außenbeitrag	- 1,0	0,0	0,0	- 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,3	- 0,2	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
							2014		2015		
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,1	-
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,3	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	- 0,2	-
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 4,3	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,4	+ 1,5	-
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,4	+ 1,5	- 0,1	+ 1,0	- 1,9	-
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	-
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,8	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,3	-
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 4,0	+ 5,0	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2012		2013			2014				2015	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	- 0,7	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	- 0,6	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,2	-
Baugewerbe	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 4,0	- 3,2	- 1,6	0,0	+ 1,8	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,9	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,2	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,0	- 0,2	+ 0,7	- 0,6	+ 0,4	-
Unternehmensdienstleister	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,9	0,0	+ 0,4	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	-

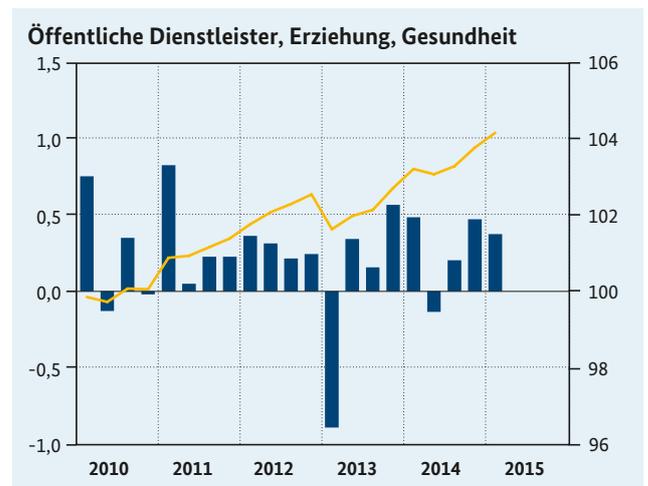
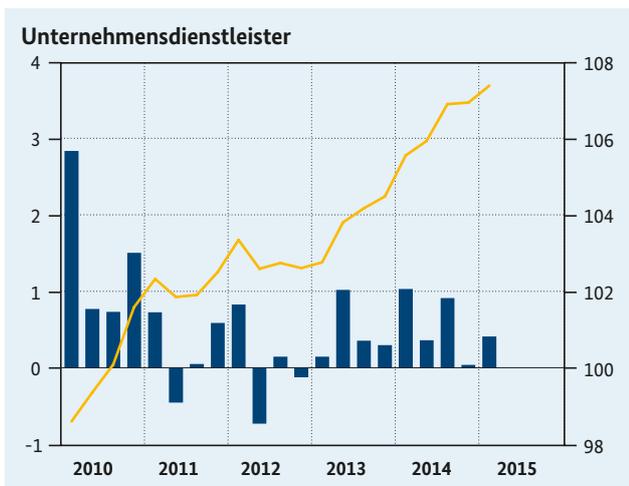
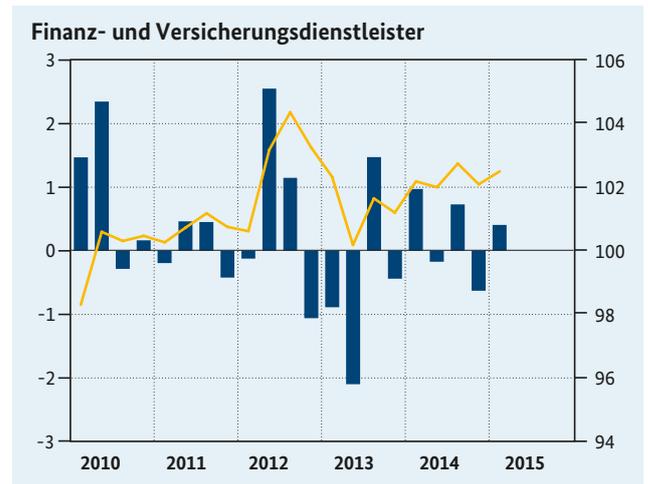
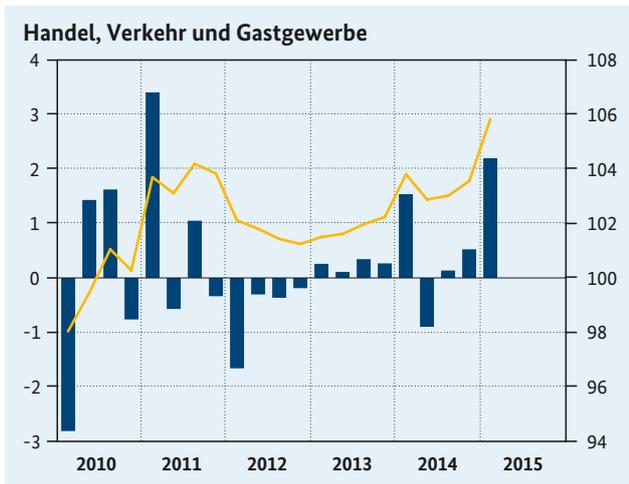
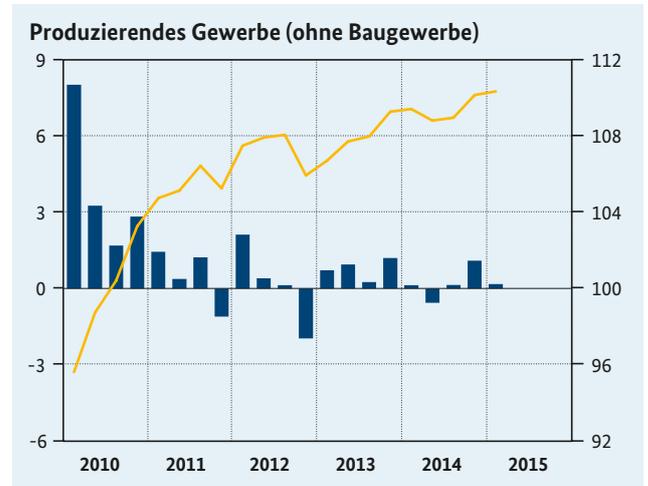
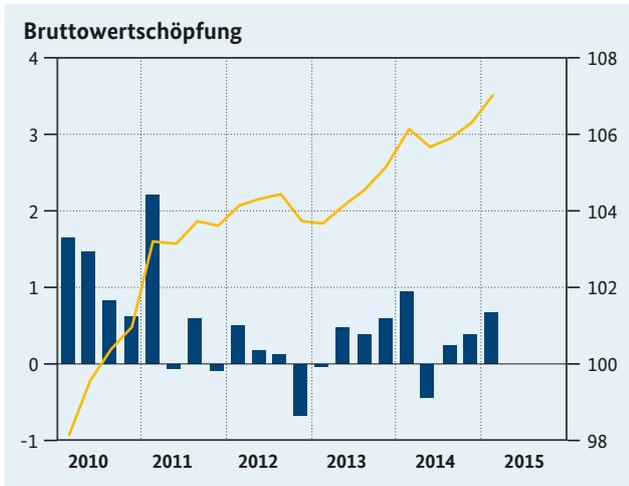
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2014						2015				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7	-
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	-
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,5	-
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	-
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	-
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,1	-
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,9	-

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2015	(+ 1,6) ^a	(+ 1,7) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2015	+ 1,8	+ 1,9
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	06/2015	+ 1,9	+ 1,7
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2015	+ 1,9	+ 1,8
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2015	+ 1,8	+ 2,1
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	06/2015	+ 1,8	+ 1,7
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2015	+ 1,8	+ 2,4
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2015	+ 1,8	+ 1,9
EU	Europäische Kommission	05/2015	+ 1,9	+ 2,0
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2015	+ 1,8	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2015	+ 2,1	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012		2013			2014				2015		
	2011	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,7	- 0,5	+ 0,1	+ 1,3	0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Japan	- 0,5	+ 1,7	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	- 0,2	+ 1,1	- 1,9	- 0,3	+ 0,3	+ 1,1	- 0,4
USA	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,1	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,7

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2011	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Deutschland	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,5	+ 7,6	+ 7,4	+ 6,6	+ 6,3	+ 6,4	+ 5,9	+ 7,5	+ 7,3	+ 6,9	+ 8,2	+ 8,0	+ 8,3	+ 8,3
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,2	-
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,2	-
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,6	- 2,6	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,6	-
China	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5

					2014		2015										
	2012	2013	2014	2015	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Arbeitslosenquoten⁵	in %																
Deutschland	5,4	5,2	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,3	12,0	11,6	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,1	11,1	11,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,9	10,2	10,2	10,1	10,1	10,0	10,0	9,9	9,8	9,7	9,7	9,6	9,6	9,6	9,6	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,7	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,4	3,4	-
USA	8,1	7,4	6,2	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	-
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

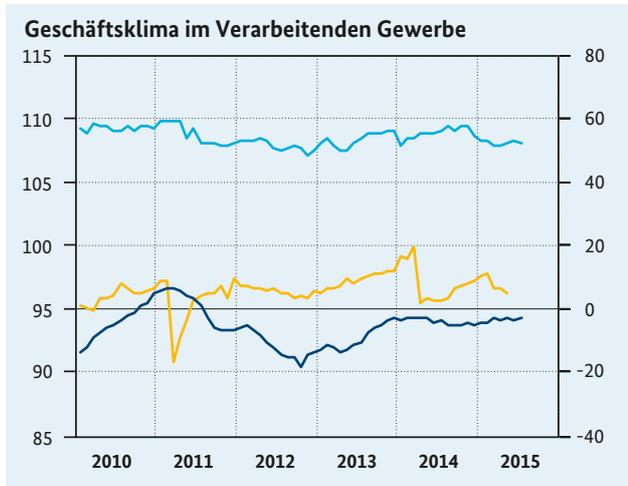
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014		2015		2015					
	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,8	100,0	100,0	100,0	99,9	99,6	99,4	99,6	99,5	99,4	99,4	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	119,3	122,2	126,4	126,6	127,8	128,2	-	128,3	128,3	128,1	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,3	131,8	136,1	137,2	138,9	137,1	-	136,9	136,6	135,1	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	4759	3936	3047	3203	2967	3295	3230	3226	2771	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-11,6	-9,1	-3,9	-4,6	-4,5	-4,0	-3,2	-2,9	-3,2	-3,0	-3,4	-2,9	-
Industrieproduktion ⁴	102,0	101,3	103,1	102,8	103,4	104,3	104,5	104,4	104,7	104,8	103,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	1,8	1,5	1,0	1,3	0,9	0,9	1,3	1,6	-	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-22,0	-18,7	-10,1	-10,0	-11,3	-6,3	-5,3	-3,7	-4,6	-5,6	-5,6	-7,1	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,7	53,8	55,7	56,9	56,9	52,6	52,6	51,5	51,5	52,8	53,5	52,7	-
Industrieproduktion ⁷	100,0	101,9	105,7	106,3	107,5	107,5	106,9	107,4	107,1	106,8	106,9	107,5	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,5	2,3	2,0	2,2	2,0	1,9	2,2	2,4	2,3	-
Konsumentenvertrauen ⁸	67,1	73,2	86,9	90,9	92,7	101,3	96,2	101,4	94,3	94,6	99,8	90,9	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	96,4	97,3	97,0	96,1	97,1	97,4	-	96,6	96,7	96,2	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,6	97,0	99,1	97,4	98,2	99,8	98,3	98,2	99,3	97,2	98,4	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,5	0,4	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4
Konsumentenvertrauen ¹¹	40,0	43,6	39,3	40,5	38,9	40,7	41,5	41,7	41,5	41,4	41,7	40,3	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,8	50,7	51,3	50,4	49,9	50,2	50,1	50,1	50,2	50,2	50,0	-
Industrieproduktion ¹³	+10,8	+9,7	+8,3	+8,0	+7,6	+6,2	+6,3	+5,6	+5,9	+6,1	+6,8	+6,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,2	3,7	3,5	3,5	3,6	3,4	3,6	3,6	3,5	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	102,4	101,2	104,4	104,5	104,9	107,5	107,7	107,1	107,6	109,9	105,5	-	-

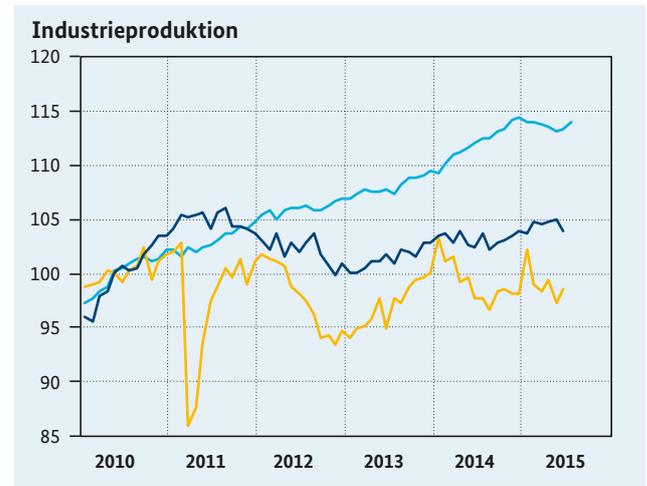
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

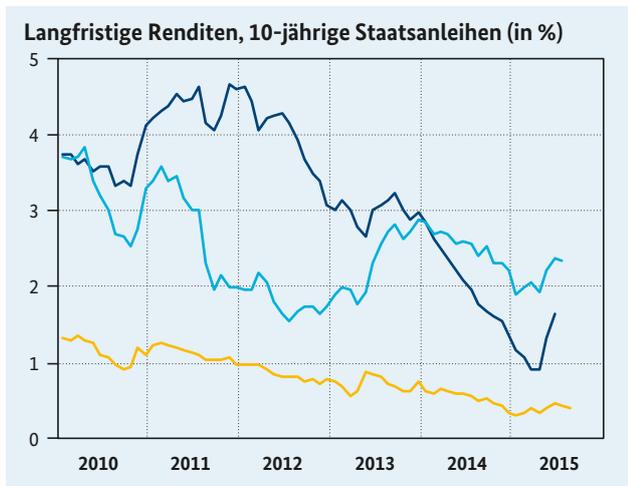
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



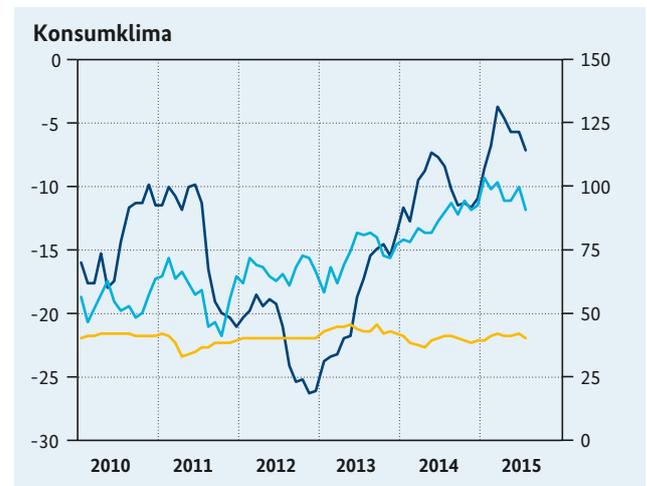
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

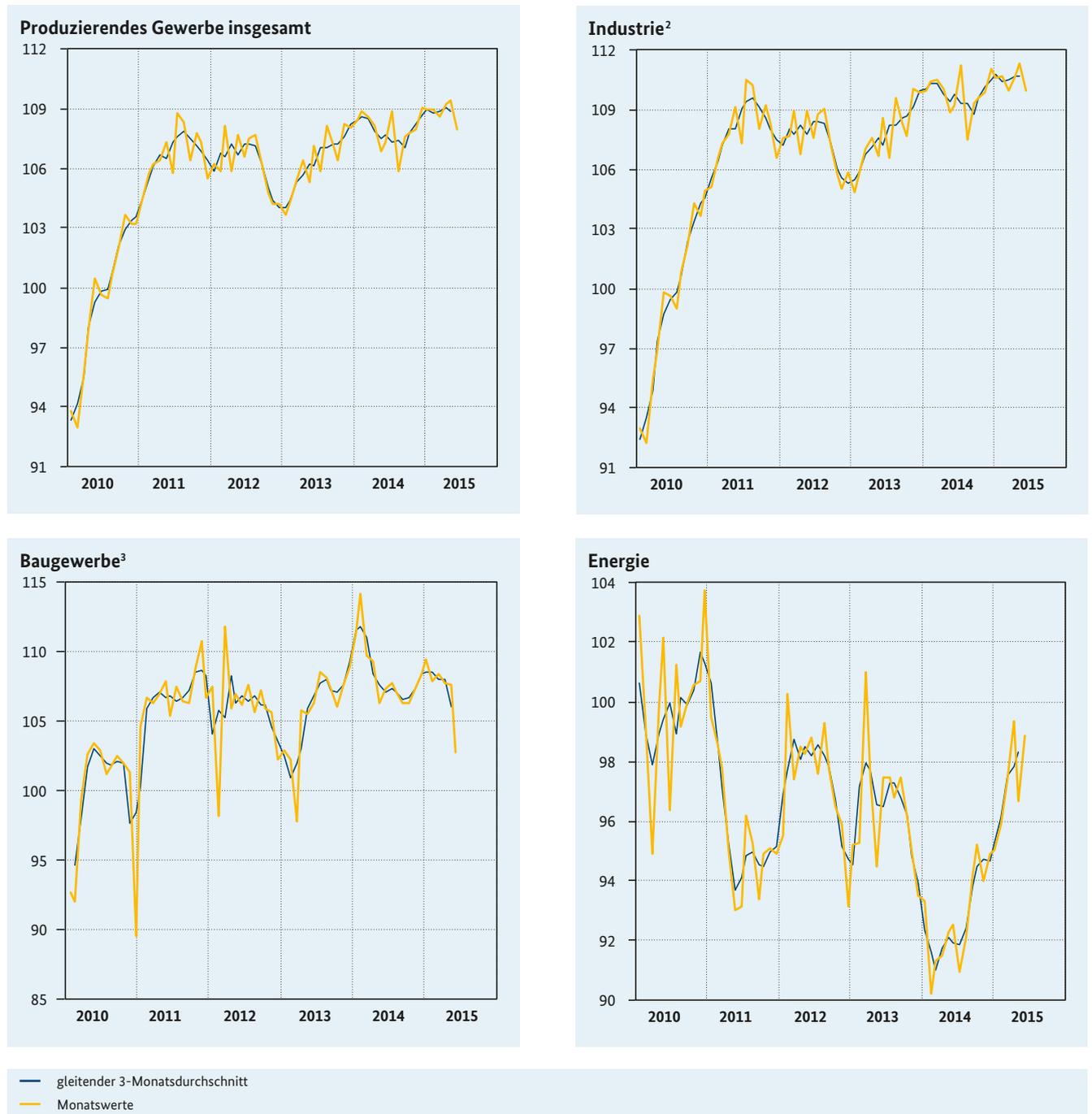
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,3	106,4	108,0	107,5	108,3	108,9	108,9	109,0	109,0	108,6	109,3	109,5	108,0
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	0,0	0,7	0,6	0,0	-0,1	0,0	-0,4	0,6	0,2	-1,4
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	0,6	0,5	0,2	1,4	0,4	0,2	0,1	1,1	2,4	0,6
Industrie²	Index	107,5	107,8	109,9	109,4	110,2	110,5	110,7	110,7	110,8	110,0	110,8	111,4	110,0
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	0,0	0,7	0,3	0,2	-0,4	0,1	-0,7	0,7	0,5	-1,3
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	1,3	0,8	0,1	1,2	0,6	0,4	-0,5	0,6	2,2	0,6
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,4	106,3	105,6	106,3	106,6	106,2	106,9	106,9	105,9	106,4	106,2	105,9
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	-0,4	0,7	0,3	-0,4	-0,6	0,0	-0,9	0,5	-0,2	-0,3
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	1,1	0,0	-0,6	0,1	0,2	-0,7	-1,3	-0,8	1,0	0,3
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,6	116,3	117,3	117,7	118,3	117,9	118,3	117,0	118,8	119,6	116,5
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	0,3	0,9	0,3	0,5	-0,1	0,3	-1,1	1,5	0,7	-2,6
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,7	1,5	0,9	2,0	1,2	1,6	-0,1	2,6	2,9	0,6
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	101,9	101,5	102,2	102,0	103,0	101,9	101,6	102,4	101,6	103,8	103,6
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	-0,3	0,7	-0,2	1,0	-1,1	-0,3	0,8	-0,8	2,2	-0,2
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	0,9	0,5	-0,3	1,1	-0,1	-0,6	-0,1	-1,4	3,3	1,7
Baugewerbe	Index	105,9	105,6	108,5	107,1	107,4	108,6	106,1	109,5	107,9	108,5	107,8	107,7	102,8
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	-0,6	0,3	1,1	-2,3	1,0	-1,5	0,6	-0,6	-0,1	-4,5
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	-0,9	-0,3	-3,4	-1,4	-2,5	-7,0	-1,0	-1,4	1,1	-3,9
Bauhauptgewerbe ³	Index	111,5	113,8	119,8	118,2	119,8	121,1	120,3	122,3	119,2	121,9	120,8	121,5	118,5
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	0,4	1,4	1,1	-0,7	1,2	-2,5	2,3	-0,9	0,6	-2,5
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	0,0	1,8	-2,4	2,0	-0,6	-8,2	1,0	1,7	4,7	-0,2
Ausbaugewerbe	Index	100,9	98,3	98,2	97,0	96,1	97,3	93,2	97,9	97,7	96,3	96,0	95,1	88,6
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,6	-0,1	-1,6	-0,9	1,2	-4,2	0,8	-0,2	-1,4	-0,3	-0,9	-6,8
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	-1,8	-2,3	-4,5	-5,7	-4,5	-5,9	-3,3	-5,4	-3,1	-8,5
Energie⁴	Index	97,4	96,5	92,7	92,4	94,7	96,1	98,3	95,0	95,9	97,4	99,4	96,7	98,9
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	0,3	2,5	1,5	2,3	0,1	0,9	1,6	2,1	-2,7	2,3
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-4,9	-0,1	4,7	6,9	1,5	6,3	6,8	8,8	4,7	7,1
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,9	105,8	108,6	108,1	109,4	110,1	110,9	110,5	110,1	109,6	111,1	112,0	109,6
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	0,1	1,2	0,6	0,7	0,4	-0,4	-0,5	1,4	0,8	-2,1
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	2,0	1,7	1,0	2,7	0,8	1,4	1,1	2,4	4,6	1,2
Inland	Index	104,8	103,2	104,5	103,8	104,3	105,1	105,2	105,7	104,7	104,8	104,8	105,8	104,9
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	-0,7	0,5	0,8	0,1	0,6	-0,9	0,1	0,0	1,0	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	0,0	0,1	-0,4	0,7	0,0	-0,4	-0,6	-1,0	2,6	0,4
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	111,0	110,5	112,2	113,0	113,4	114,7	112,7	111,7	112,5	114,2	113,4
	gg. Vp. in %	0,6	-1,7	3,2	0,4	1,5	0,7	0,4	2,0	-1,7	-0,9	0,7	1,5	-0,7
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	2,2	2,9	1,7	2,9	4,1	2,0	-0,2	1,7	4,3	2,8
Ausland	Index	107,0	108,5	113,0	112,7	114,9	115,4	117,1	115,7	115,8	114,8	117,9	118,6	114,7
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	4,1	0,9	2,0	0,4	1,5	0,3	0,1	-0,9	2,7	0,6	-3,3
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	4,0	3,5	2,5	4,7	1,7	3,0	2,8	6,0	6,4	2,0
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	102,0	102,1	103,8	105,4	107,1	105,2	106,0	104,9	106,9	106,8	107,7
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	0,8	1,7	1,5	1,6	-0,7	0,8	-1,0	1,9	-0,1	0,8
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	5,5	4,2	4,4	5,8	4,5	4,7	4,0	4,7	6,1	6,7
		2012		2013		2014			2015					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	82,9	81,9	82,4	81,7	83,0	83,7	84,0	83,9	83,8	84,1	84,5	84,3	84,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	109,1	110,6	109,0	112,3	109,3	108,2	109,4	111,8	111,5	113,7
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	1,3	1,4	-1,4	3,0	-2,6	-1,0	1,1	2,2	-0,3	2,0
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,2	2,1	0,2	4,4	-0,3	-1,3	2,0	1,3	4,5	7,2
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	101,9	104,0	105,0	104,3	103,4	103,5	108,1	105,6	104,7	102,6
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	-1,4	2,1	1,0	-0,7	-1,6	0,1	4,4	-2,3	-0,9	-2,0
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	-1,3	1,0	0,7	1,0	-1,1	-1,1	3,6	0,3	1,9	0,9
Ausland	Index	105,1	109,5	113,7	115,0	116,0	112,2	118,9	114,1	112,1	110,5	116,8	117,1	122,7
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	3,8	3,3	0,9	-3,3	6,0	-3,3	-1,8	-1,4	5,7	0,3	4,8
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	4,9	2,8	-0,1	6,8	0,4	-1,5	0,8	2,0	6,6	11,7
Eurozone	Index	95,6	98,9	101,7	102,7	104,9	100,6	108,9	101,1	98,9	101,7	108,8	107,7	110,2
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	2,8	3,0	2,1	-4,1	8,3	-5,2	-2,2	2,8	7,0	-1,0	2,3
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	2,6	4,6	1,9	1,2	9,2	1,6	-5,2	7,6	6,1	9,1	12,3
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,9	122,1	123,7	123,9	120,4	125,8	123,1	121,4	116,7	122,4	123,6	131,4
	gg. Vp. in %	3,1	4,7	4,4	3,6	0,2	-2,8	4,5	-2,2	-1,4	-3,9	4,9	1,0	6,3
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	5,1	3,5	-0,8	5,5	-0,3	0,9	-2,9	-0,2	5,2	11,4
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	101,1	102,8	101,1	102,0	101,4	100,5	101,5	101,3	102,5	102,1
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	-0,7	1,7	-1,7	0,9	-2,5	-0,9	1,0	-0,2	1,2	-0,4
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	0,9	0,6	-1,1	0,2	-0,9	-2,0	-0,5	-2,0	2,1	0,4
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	98,4	99,2	98,6	99,0	98,7	96,9	100,3	98,6	100,1	98,2
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,9	0,8	-0,6	0,4	-3,3	-1,8	3,5	-1,7	1,5	-1,9
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,5	-1,5	-2,5	-1,3	-2,7	-5,0	0,3	-3,0	0,5	-1,3
Ausland	Index	100,6	100,9	104,6	104,3	106,9	104,1	105,5	104,5	104,8	103,0	104,5	105,4	106,6
	gg. Vp. in %	-3,6	0,3	3,7	0,7	2,5	-2,6	1,3	-1,6	0,3	-1,7	1,5	0,9	1,1
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	3,9	2,9	0,4	1,8	1,2	1,6	-1,5	-0,8	4,0	2,2
Investitionsgüter	Index	105,8	110,6	114,3	115,2	116,6	114,7	119,7	115,2	113,6	115,2	119,2	117,8	122,2
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,3	2,9	1,2	-1,6	4,4	-3,0	-1,4	1,4	3,5	-1,2	3,7
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	3,1	3,2	1,0	7,0	0,6	-1,2	3,4	3,2	6,1	11,8
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	105,8	109,5	112,1	110,0	108,5	110,7	117,1	113,4	109,5	107,1
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	-1,0	3,5	2,4	-1,9	-0,2	2,0	5,8	-3,2	-3,4	-2,2
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	-1,3	3,5	3,2	3,0	0,4	2,3	6,6	3,3	2,6	3,0
Ausland	Index	107,3	114,1	118,4	121,0	121,1	116,3	125,7	119,3	115,4	114,1	122,8	122,9	131,5
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	3,8	5,2	0,1	-4,0	8,1	-4,6	-3,3	-1,1	7,6	0,1	7,0
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	5,6	3,1	-0,3	9,5	0,8	-3,1	1,5	3,2	8,2	16,7
Konsumgüter	Index	101,8	103,5	107,3	106,5	107,5	108,2	111,8	106,8	109,9	107,8	111,9	112,1	111,4
	gg. Vp. in %	-0,9	1,7	3,7	-1,0	0,9	0,7	3,3	0,4	2,9	-1,9	3,8	0,2	-0,6
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,7	2,1	0,7	0,5	4,0	-3,7	1,2	4,3	2,9	4,8	4,1
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	98,9	99,5	100,6	101,8	101,0	100,3	100,5	101,0	103,0	101,4
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	-0,7	0,6	1,1	1,2	-0,4	-0,7	0,2	0,5	2,0	-1,6
	gg. Vj. in %	-5,2	0,9	1,5	1,3	0,9	1,3	2,3	0,6	1,2	2,1	0,6	5,4	0,9
Ausland	Index	106,0	108,3	114,1	113,0	114,2	114,7	120,3	111,8	118,1	114,1	121,3	119,8	119,9
	gg. Vp. in %	2,7	2,2	5,4	-1,3	1,1	0,4	4,9	1,0	5,6	-3,4	6,3	-1,2	0,1
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,3	2,7	0,6	0,0	5,1	-6,7	1,2	6,0	4,7	4,3	6,4
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,4	105,0	108,4	107,6	110,4	109,1	111,7	109,9	109,3	108,1	111,9	111,5	111,8
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,2	0,4	2,6	-1,2	2,4	-1,3	-0,5	-1,1	3,5	-0,4	0,3
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	1,6	3,5	0,6	4,3	0,5	0,6	0,9	2,9	5,7	4,2

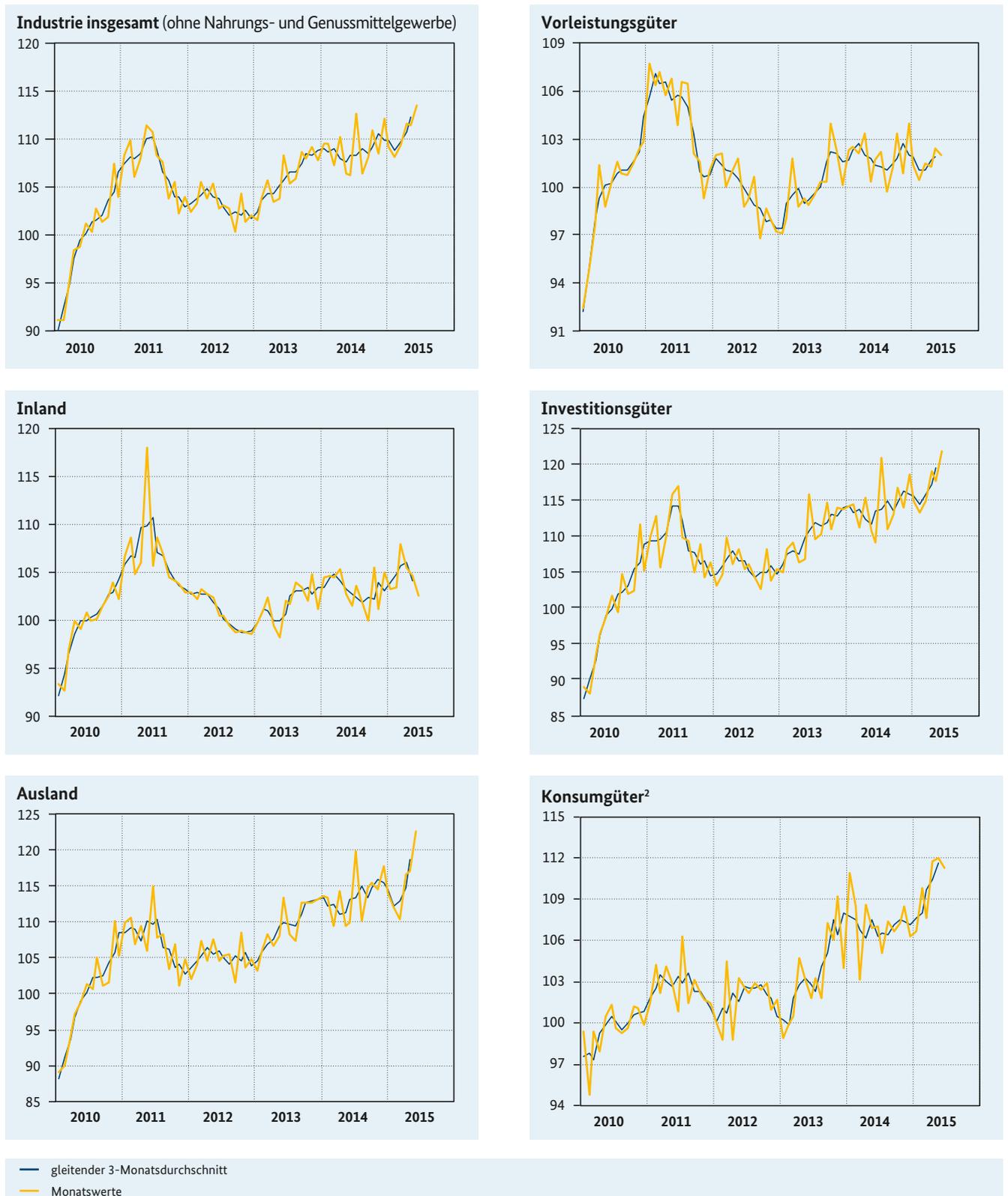
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

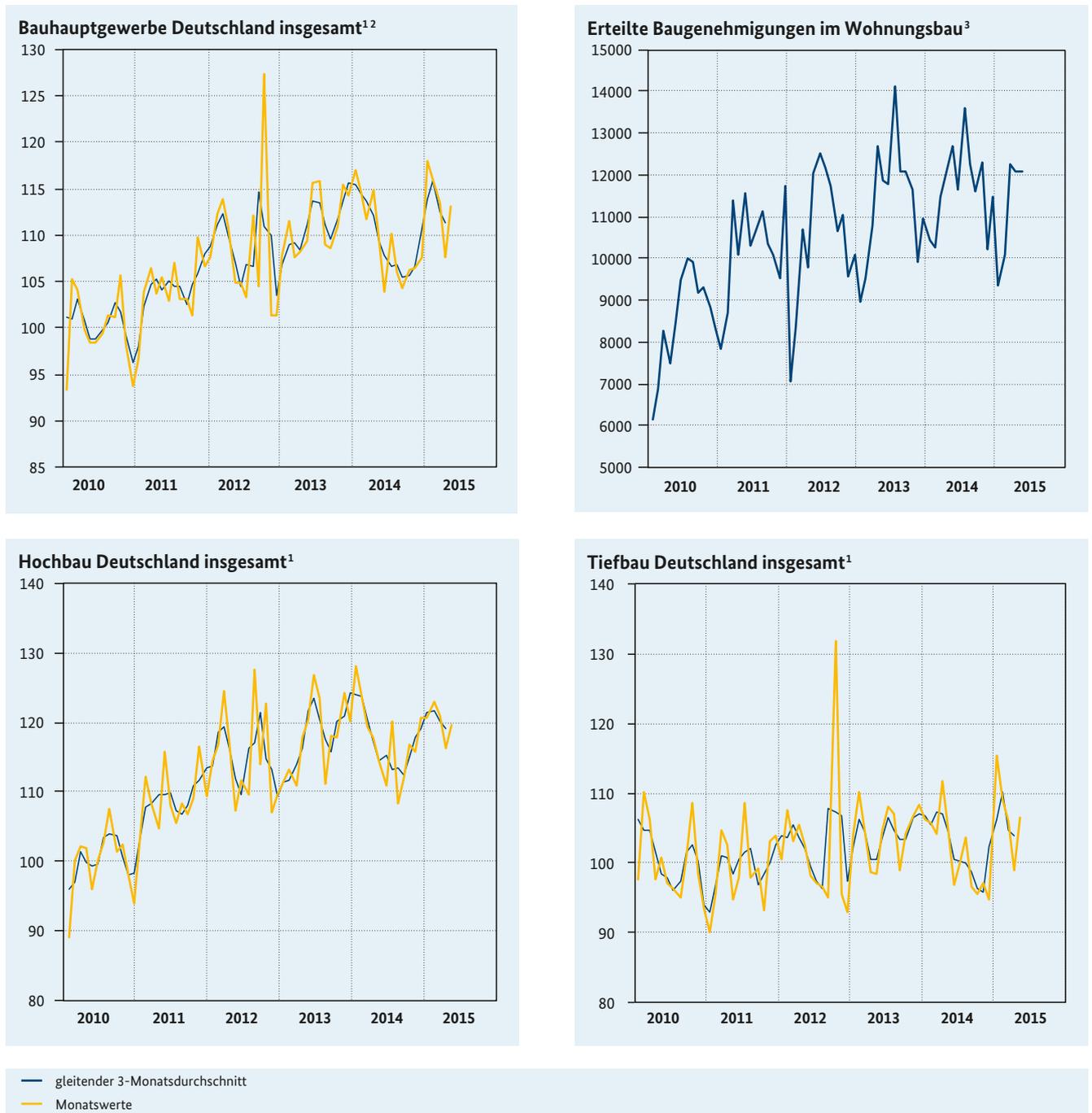
					2014			2015		2015					
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	108,7	111,3	109,4	109,5	106,9	106,8	116,0	107,6	118,1	116,2	113,6	107,7	113,1
		gg. Vp. in %	4,3	2,4	-1,7	-4,5	-2,4	-0,1	8,6	1,0	9,8	-1,6	-2,2	-5,2	5,0
		gg. Vj. in %	4,2	2,2	-1,8	-1,6	-4,4	-5,9	1,6	-5,5	1,4	1,6	1,7	-6,1	3,0
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	114,5	113,6	117,9	121,7	120,7	120,8	123,2	121,1	116,5	119,8
		gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	-7,6	-0,8	3,8	3,2	4,1	0,1	2,0	-1,7	-3,8	2,8
		gg. Vj. in %	5,7	2,4	-0,8	-5,9	-3,8	-2,5	-1,2	0,4	-5,5	-0,3	1,3	-1,1	4,3
Wohnungsbau		Index	126,1	131,0	135,1	134,9	122,7	141,6	150,6	150,8	148,8	149,2	153,7	140,6	143,5
		gg. Vp. in %	7,5	3,9	3,1	-4,4	-9,0	15,4	6,4	11,6	-1,3	0,3	3,0	-8,5	2,1
		gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	2,7	-9,3	7,3	7,8	11,3	7,3	1,1	13,6	-0,3	5,5
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,6	108,7	104,4	109,1	106,1	107,4	105,8	106,9	110,3	105,0	104,5	108,0
		gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-9,5	4,5	-2,7	1,2	-0,7	1,0	3,2	-4,8	-0,5	3,3
		gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-10,9	-0,4	-7,8	-6,5	-6,3	-12,3	-1,3	-6,1	-1,8	3,6
Tiefbau		Index	102,2	104,5	101,4	104,5	100,1	95,7	110,2	94,6	115,4	109,1	106,0	98,9	106,5
		gg. Vp. in %	2,9	2,3	-3,0	-0,9	-4,2	-4,4	15,2	-2,5	22,0	-5,5	-2,8	-6,7	7,7
		gg. Vj. in %	2,5	2,0	-2,8	3,3	-5,1	-10,3	4,9	-12,9	10,5	4,1	2,1	-11,2	1,6
Straßenbau		Index	98,2	103,4	99,6	100,8	95,3	92,3	108,5	91,8	96,9	127,7	101,0	96,0	103,1
		gg. Vp. in %	1,9	5,3	-3,7	-8,2	-5,5	-3,1	17,6	-2,2	5,6	31,8	-20,9	-5,0	7,4
		gg. Vj. in %	2,1	3,7	-3,3	0,2	-4,5	-12,3	-1,0	-14,0	-0,4	0,5	-2,2	-6,9	-1,6
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,6	105,1	102,5	106,7	103,0	97,7	111,2	96,3	126,6	97,9	109,1	100,6	108,6
		gg. Vp. in %	3,6	0,5	-2,5	3,9	-3,5	-5,1	13,8	-2,5	31,5	-22,7	11,4	-7,8	8,0
		gg. Vj. in %	2,9	1,0	-2,6	5,5	-5,5	-9,3	8,1	-12,5	14,3	6,6	4,9	-13,9	3,7
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	114,1	112,9	109,8	112,7	109,6	113,5	110,5	119,0	110,1	111,4	106,8	117,5
		gg. Vp. in %	2,5	1,3	-1,1	-8,2	2,6	-2,8	3,6	0,1	7,7	-7,5	1,2	-4,1	10,0
		gg. Vj. in %	2,8	1,2	-1,3	-6,0	0,0	-7,9	-4,7	-4,7	-6,7	-3,4	-4,0	-6,8	7,6
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	97,9	100,4	95,6	99,0	94,6	90,0	104,6	87,5	105,0	109,1	99,7	95,3	96,6
		gg. Vp. in %	5,0	2,6	-4,8	0,1	-4,4	-4,9	16,2	-4,0	20,0	3,9	-8,6	-4,4	1,4
		gg. Vj. in %	4,4	2,2	-4,5	1,0	-6,6	-11,1	6,2	-17,0	11,3	8,5	2,0	-8,9	-3,1
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	20209	21008	19330	17937	6501	5079	5701	7158	6669	6528
		gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	4,4	-3,6	3,4	0,6	4,4	-10,0	-3,0	13,4	-3,2	-5,7
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	12102	12507	11443	10703	3897	3141	3447	4115	4086	4092
		gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	5,5	1,2	7,4	2,8	10,1	-6,4	4,2	9,7	3,2	-2,3
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	8107	8501	7887	7234	2605	1938	2254	3042	2583	2436
		gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	2,7	-9,9	-1,9	-2,5	-3,2	-15,1	-12,4	18,7	-11,9	-10,9
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	6064	6526	5868	5088	1828	1399	1447	2242	2013	1931
		gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	3,7	-4,1	-1,6	-10,6	-12,5	-15,6	-27,9	10,8	-3,8	-9,3
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	2044	1975	2019	2146	776	539	806	800	570	506
		gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-0,2	-25,0	-2,8	24,0	29,4	-13,8	42,6	48,4	-32,0	-16,7
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	36,7	37,7	34,1	31,8	11,5	9,4	10,1	12,3	12,1	12,1
		gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	0,4	-2,0	4,5	-1,4	4,8	-10,5	-1,6	7,0	-0,7	-4,6
		gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	-2,9	-0,4	0,1	1,4	0,1	-0,4	3,5	0,5	-1,0	-1,0
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	78,6	77,7	62,5	73,4	59,3	61,5	68,9	74,2	77,2	78,8
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	3,0	4,0	38,3	12,3	51,0	45,0	27,0	8,0	2,0	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	6,4	2,6	7,4	9,4	6,8	8,9	10,3	10,0	8,0	9,0
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,5	11,6	7,7	12,6	16,5	11,9	13,2	17,0	17,5	15,1	16,5
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,3	-0,6	-2,3	2,4	2,6	1,8	4,6	3,8	2,8	1,1	1,7
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	10,5	4,7	10,5	12,9	9,6	12,6	14,3	13,6	10,9	11,3
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,8	17,7	11,4	16,2	22,3	15,5	17,0	23,2	23,5	20,2	20,0
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	3,5	-1,7	4,9	4,0	3,9	8,2	5,8	4,1	2,0	3,1
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	2,6	7,9	13,5	11,9	5,9	12,0	13,6	11,3	14,6	13,8	13,6	13,5	14,2
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	20,7	13,1	16,4	18,8	15,7	18,3	18,2	19,1	19,1	20,3
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	3,4	-1,0	7,7	8,5	7,0	11,0	9,4	8,2	8,0	8,3
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	11,9	3,6	10,8	11,1	8,7	12,9	12,8	11,1	9,3	8,3
Geschäftslage	Salden	23,0	14,7	20,4	19,5	8,8	15,0	23,8	13,6	15,2	25,2	25,8	20,5	16,8
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	4,6	-1,4	6,8	-0,9	3,8	10,7	1,0	-2,5	-1,3	0,2
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	5,6	8,7	7,6	5,8	2,4	6,9	10,8	6,3	9,5	12,3	14,9	5,2	9,0
Geschäftslage	Salden	13,3	16,2	14,4	11,1	11,0	17,5	21,9	16,4	21,0	24,0	23,1	18,5	21,2
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	0,7	-5,8	-3,2	0,3	-3,3	-1,5	1,2	7,0	-7,3	-2,6
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,2	-3,0	-3,9	-3,8	-6,3	-4,5	-5,7	-7,7	-5,0	-4,7	-3,7	-4,5
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-4,6	-4,5	-7,3	-4,6	-6,2	-9,4	-4,8	-4,2	-4,8	-7,0
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,3	-2,8	-3,1	-3,1	-5,4	-4,4	-5,3	-6,0	-5,2	-5,3	-2,6	-1,9
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	17,0	16,7	22,6	20,8	23,5	24,1	25,6	23,4	23,7	23,3	26,2	27,4	25,9
Geschäftslage	Salden	28,3	22,8	32,3	31,2	32,6	31,6	37,0	28,5	32,9	36,2	38,1	36,8	37,6
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	10,9	14,8	16,8	14,8	18,4	14,9	11,1	15,0	18,3	14,9
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	43,8	5,5	41,0	66,3	45,5	55,1	70,2	65,7	62,9	63,9
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	14,2	14,3	52,1	42,2	53,0	54,8	53,3	41,9	31,5	29,7

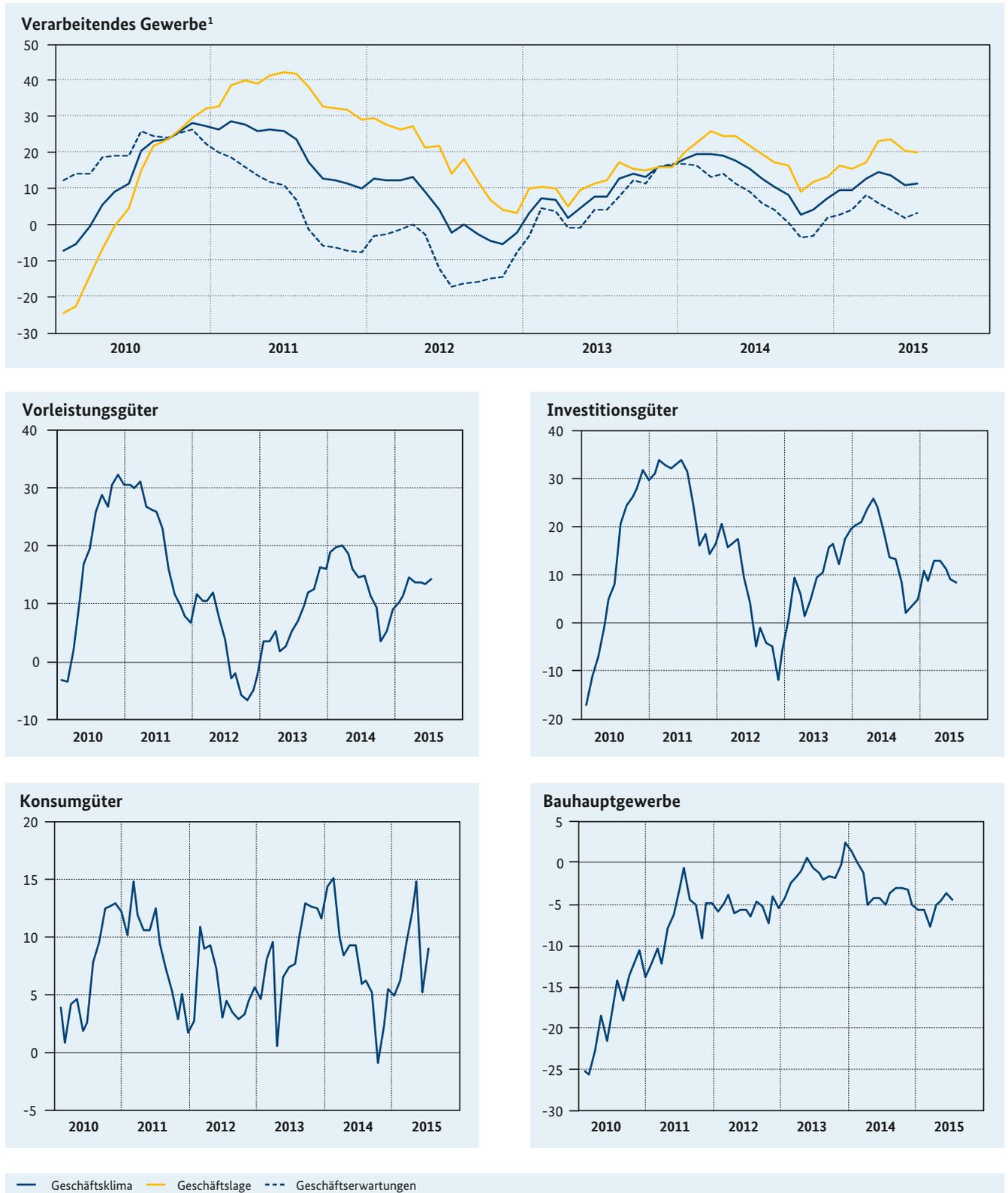
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

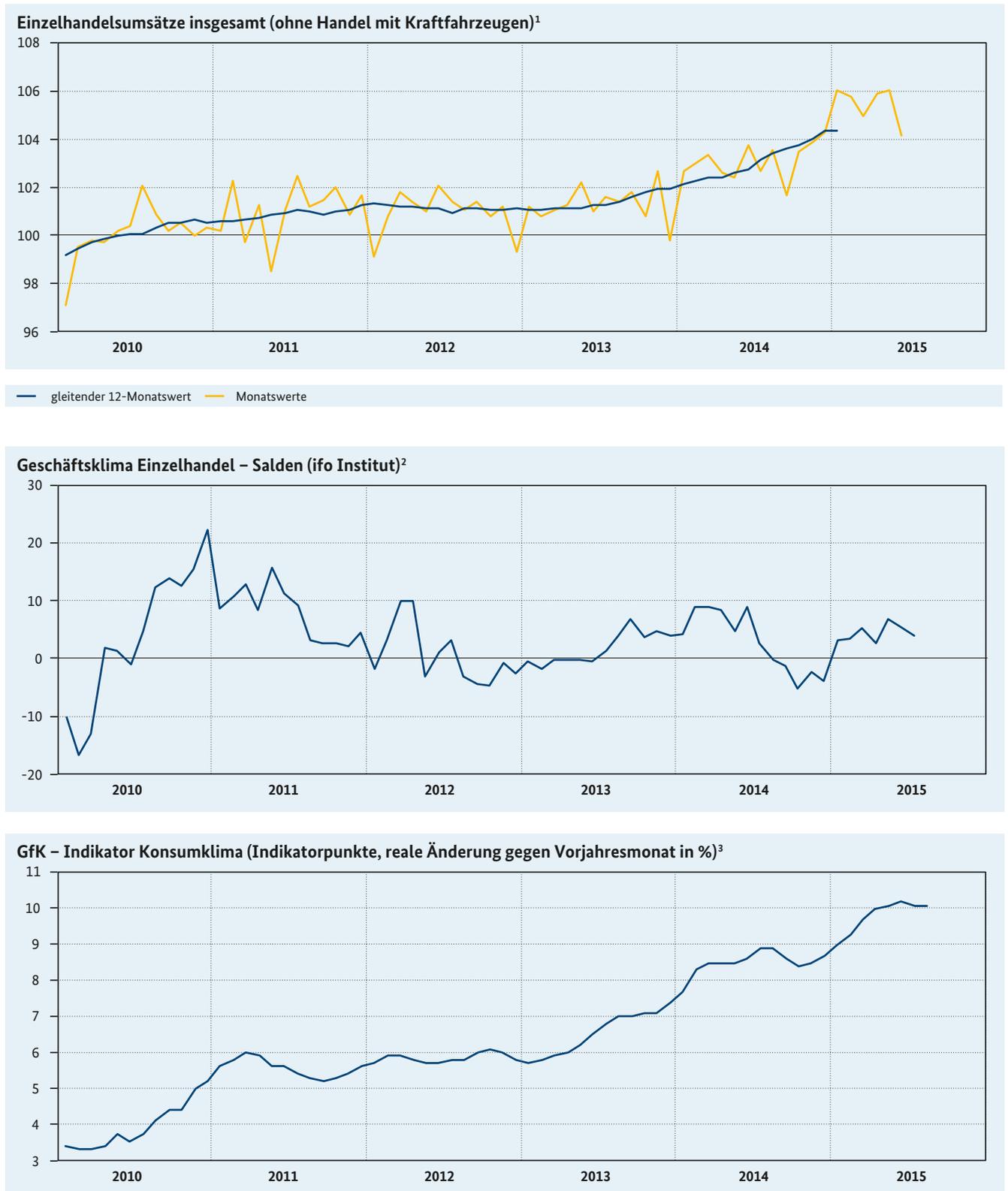
					2012	2013			2014				2015	
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,8	105,0	103,0	103,1	103,9	104,5	103,7	104,5	104,6	105,3	106,0	106,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,8	1,1	-0,1	0,2	0,8	0,6	-0,8	0,8	0,0	0,7	0,7	0,6
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	1,1	0,8	0,8	1,8	2,4
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1652	1681	1722	414	416	420	424	421	426	428	432	438	437
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,0	1,8	2,4	0,1	0,5	0,9	1,0	-0,7	1,2	0,4	0,9	1,4	-0,2
	gg. Vj. in %	2,0	1,8	2,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,4	2,2	1,9	3,3	3,1
Einzelhandelsumsätze¹														
		2012	2013	2014	2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Einzelhandel	Index	101,0	101,3	103,1	102,7	103,9	105,6	105,4	105,0	105,9	106,1	104,2	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	-0,1	0,3	1,8	-0,2	1,2	1,6	-0,2	-0,8	0,9	0,2	-1,8	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,8	1,0	2,7	2,7	2,4	1,7	3,2	3,5	0,5	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,6	102,2	103,4	104,1	104,4	103,2	104,7	105,5	103,1	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,3	-0,4	1,2	0,7	0,3	-0,6	1,5	0,8	-2,3	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,4	0,4	2,3	1,6	1,7	-0,3	1,8	4,2	-0,7	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,1	98,8	100,0	100,5	97,4	100,6	101,2	99,6	99,4	101,9	102,3	-	-
	gg. Vp. In %	-1,5	-0,3	1,2	1,6	-3,1	3,3	0,6	-2,9	-0,2	2,5	0,4	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,2	1,0	-0,1	-1,3	-2,2	2,6	-4,1	4,5	1,6	1,7	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,8	117,5	122,2	123,4	126,8	128,2	125,8	127,8	125,8	125,3	126,2	-	-
	gg. Vp. In %	6,4	1,5	4,0	1,6	2,8	1,1	-1,9	-1,5	-1,6	-0,4	0,7	-	-
	gg. Vj. in %	6,0	1,5	4,3	4,4	8,2	9,2	3,5	9,6	4,8	1,1	4,5	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,7	98,4	100,7	102,6	101,9	101,7	101,3	102,8	101,6	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	-3,0	0,0	-0,5	2,3	1,9	-0,7	-0,8	-0,4	1,5	-1,2	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	0,1	-1,4	1,8	1,8	3,1	0,9	2,2	5,2	2,0	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	103,3	102,1	104,6	104,1	105,6	109,9	-	110,8	111,2	111,9	-	-	-
	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,4	0,7	1,4	4,1	-	0,9	0,4	0,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,3	1,6	0,6	5,0	-	6,6	7,6	8,6	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,2	100,7	102,1	102,6	102,8	102,9	-	100,9	101,2	102,4	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-1,5	1,4	1,6	0,2	0,1	-	-3,3	0,3	1,2	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,4	1,0	1,8	0,7	-	-0,6	1,8	-0,4	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3083	2952	3037	743	755	758	861	323	291	256	314	290	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	4,1	2,7	6,4	4,2	9,0	6,3	-6,7	12,9	7,4	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	273	254	255	311	116	104	95	112	103	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-2,5	-3,6	-1,3	-0,6	4,6	-0,9	-7,1	5,9	-0,2	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	104,1	105,7	106,6	107,0	106,7	106,4	107,0	107,0	107,0	107,1	107,0	107,2	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	0,8	0,5	0,0	0,5	0,3	0,5	0,7	0,3	0,2	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	0,4	-0,2	-0,6	1,2	-0,1	1,1	1,4	1,0	0,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-0,8	-2,3	-4,8	-4,6	-4,2	-4,7	-4,3	-4,9	-5,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-0,7	-1,5	-3,4	-1,8	-2,0	-2,0	-1,3	-2,0	-1,8	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	0,6	1,8	2,9	0,4	-3,8	3,9	5,1	5,2	2,7	6,9	5,6	4,0	-
Geschäftslage	Salden	8,3	5,9	8,9	8,1	0,9	11,5	12,7	11,9	10,9	14,6	12,5	15,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,3	-2,9	-7,0	-8,4	-3,3	-2,2	-1,3	-5,2	-0,5	-1,0	-7,1	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,8	8,5	9,3	10,1	9,7	10,0	10,1	10,2	10,1	10,1
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	48,7	48,1	47,8	57,4	59,3	60,5	60,2	59,7	58,0	56,5	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	184	222	60	59	62	63	20,2	19,6	21,9	20,7	20,1	22,1
	gg. Vp. in %	15,7	-3,1	20,9	18,2	-1,1	4,7	1,9	0,5	-3,1	12,0	-5,6	-3,1	10,4
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	60	62	61	69	20,0	20,3	20,8	21,9	24,0	23,3
	gg. Vp. in %	23,2	5,9	10,2	10,2	3,9	-2,2	13,3	-8,6	1,6	2,4	5,3	9,7	-3,0
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	284	289	289	300	94,8	96,1	97,7	98,8	100,7	100,1
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	2,6	1,7	-0,1	3,8	-2,5	1,4	1,6	1,1	1,9	-0,5
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	224	227	228	230	74,9	75,9	76,9	76,9	76,7	76,9
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,7	1,1	0,4	1,2	-0,8	1,3	1,4	0,0	-0,3	0,2
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-40	-11	-12	-8	-9	-2,8	-2,9	-2,6	-3,4	-2,9	-3,1
	gg. Vp. in %	10,1	26,6	-9,5	17,8	12,6	-30,5	13,7	-32,0	2,5	-8,4	31,8	-16,3	5,9
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	53	55	56	18,3	18,1	18,9	18,3	18,8	19,0
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	-0,5	0,8	5,0	1,5	3,5	-0,7	4,4	-3,1	2,4	1,3
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	250	63	65	64	65	21,0	21,0	21,5	21,8	21,7	22,1
	gg. Vp. in %	7,7	7,9	1,8	2,2	2,8	-1,5	3,1	-3,2	-0,3	2,7	1,1	-0,6	1,9
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	58	67	18	17	18	15	5,8	5,3	6,5	6,2	3,9	5,1
	gg. Vp. in %	-4,9	-13,0	16,3	14,0	-3,5	1,3	-14,2	6,6	-8,2	21,2	-4,8	-36,5	29,2
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-40	-40	-36	-8	-9	-9	-12	-2,8	-3,2	-2,7	-3,9	-5,0	-3,1
	gg. Vp. in %	14,1	-1,3	-8,3	-26,9	12,4	-3,3	37,5	-10,3	13,9	-15,4	43,3	27,9	-36,8

Außenhandel nach Ländern²

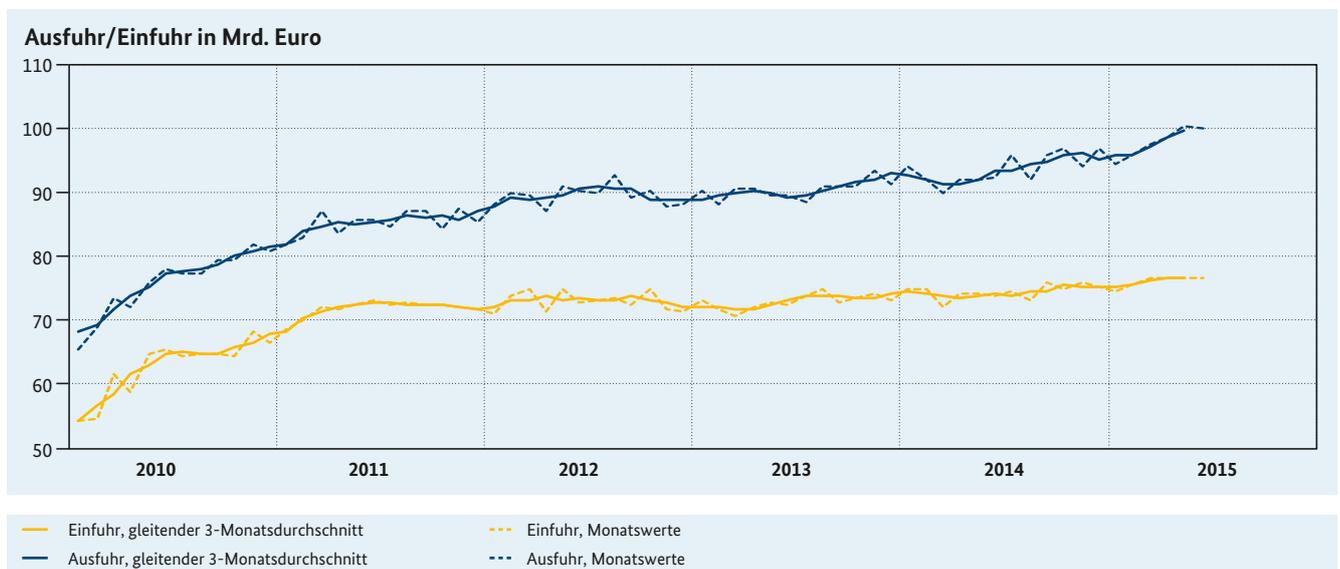
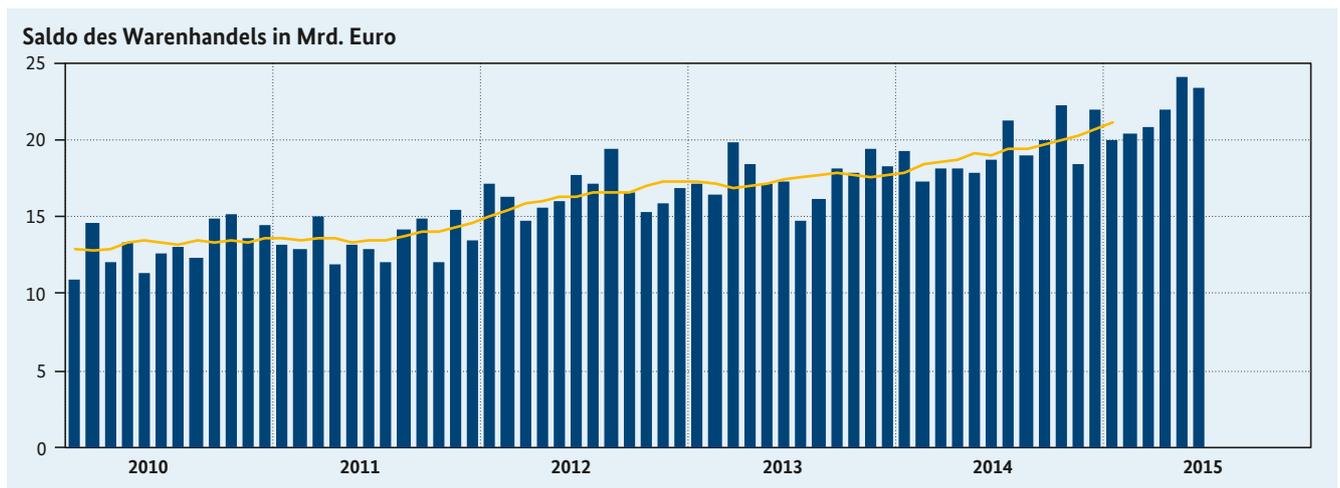
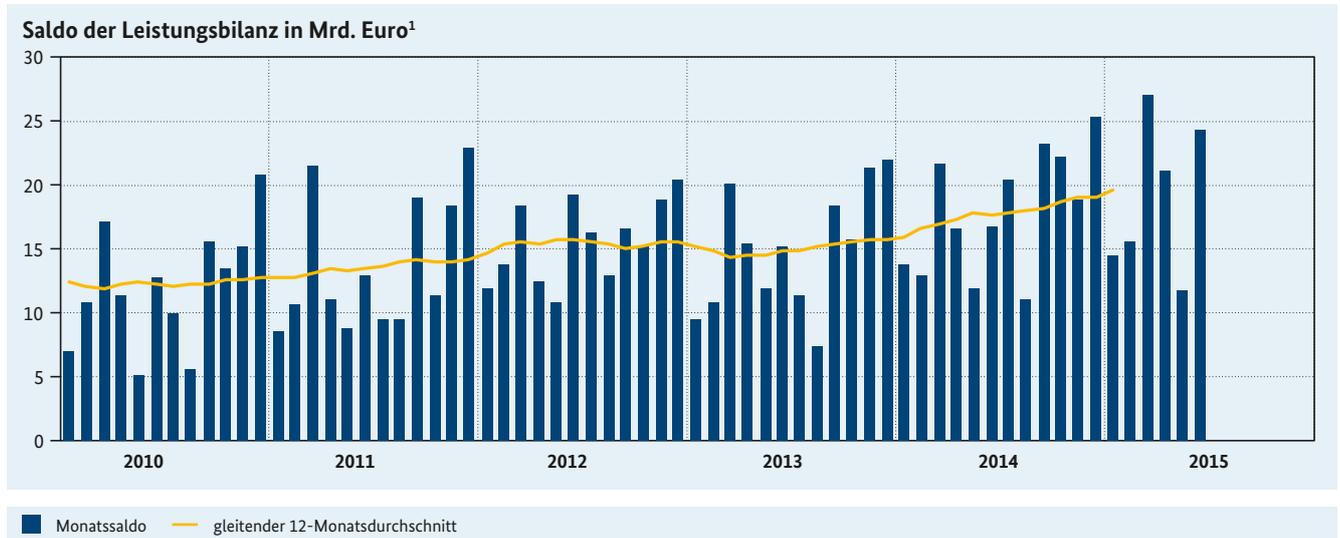
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	287	290	293	302	90,0	95,6	107,5	100,5	95,8	105,9
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	5,4	5,3	5,3	8,6	-0,6	3,8	12,4	7,6	4,5	13,7
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	163	167	172	175	54,1	56,5	61,6	57,1	56,4	61,5
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	6,4	6,0	4,6	7,6	-0,7	3,3	11,0	4,5	6,1	12,2
Eurozone ¹	in Mrd. €	407	403	417	102	105	109	111	34,4	35,7	38,6	36,3	35,6	38,9
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	4,2	3,6	3,0	6,4	-2,4	2,0	9,3	3,3	5,0	11,0
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	61	62	64	64	19,8	20,8	23,0	20,8	20,8	22,6
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,3	10,3	10,3	7,4	9,6	2,4	5,6	14,0	6,7	7,9	14,2
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	124	123	121	127	35,8	39,1	45,9	43,4	39,4	44,5
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	4,1	4,4	6,4	10,0	-0,4	4,5	14,3	11,9	2,4	15,8
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	228	231	235	237	74,0	76,2	84,5	78,6	76,3	81,9
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	2,1	2,2	1,8	4,2	-2,3	0,4	7,1	3,3	2,9	6,4
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	147	152	152	157	47,0	50,3	55,0	51,9	51,0	53,7
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	3,8	2,6	1,0	4,2	-2,6	0,2	5,2	2,4	5,1	5,1
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	101	104	105	108	32,4	34,8	37,8	36,0	35,1	36,9
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	3,0	1,8	0,6	4,1	-3,8	0,3	5,1	3,3	5,5	3,6
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	46	48	47	49	14,6	15,6	17,2	15,9	15,9	16,8
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	5,7	4,3	1,9	4,3	0,1	0,0	5,3	0,3	4,4	8,4
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	81	79	82	80	27,0	25,9	29,5	26,7	25,3	28,2
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,8	-0,9	1,4	3,3	4,2	-1,7	0,7	10,9	5,1	-1,3	8,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

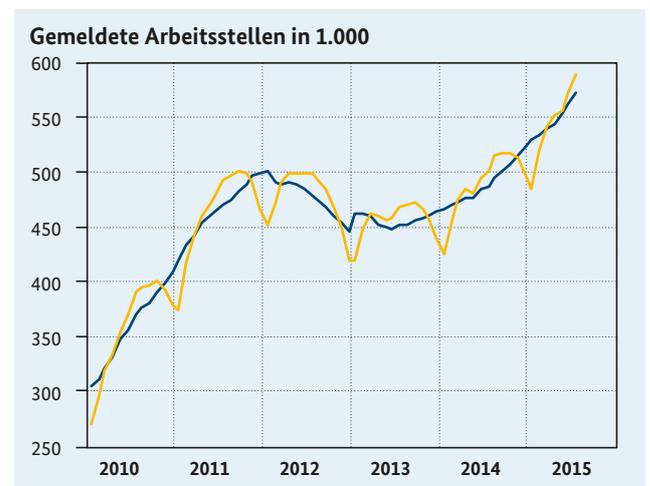
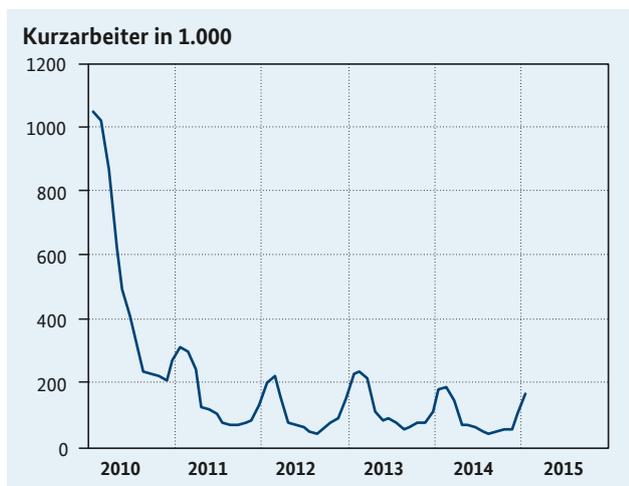
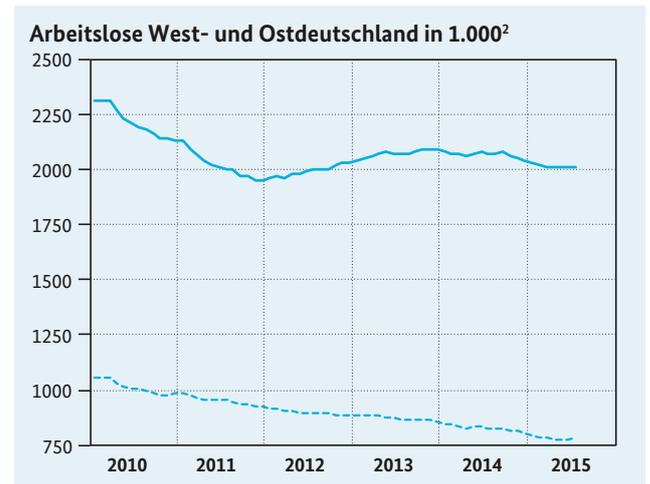
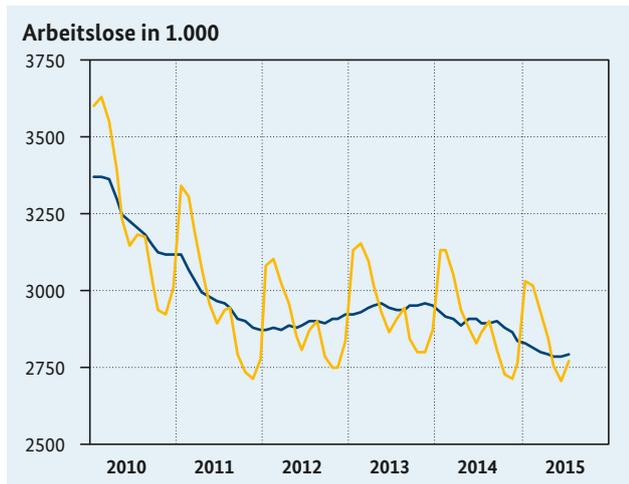
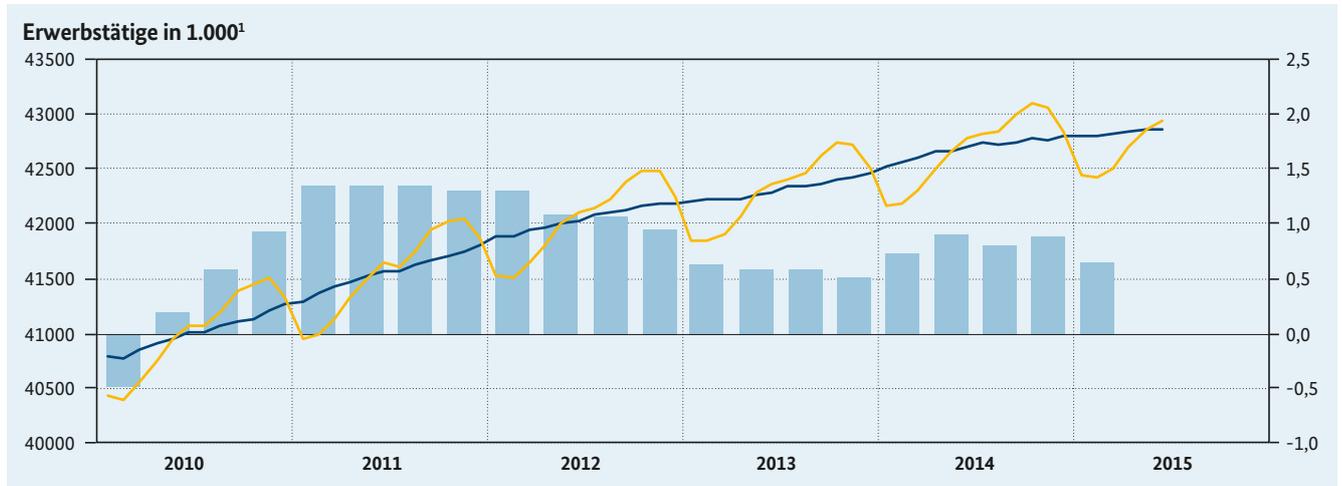
					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42060	42328	42703	42903	43016	42469	42842	42432	42525	42707	42866	42952	-
	gg. Vj. in Tsd.	+483	+268	+375	+389	+349	+243	+175	+237	+213	+185	+182	+157	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30218	30365	30570	30342	-	30276	30476	30595	30648	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+490	+497	+498	+525	-	+492	+543	+535	+523	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2033	2012	2101	1957	2209	2025	2036	1896	1939	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-81	-61	-165	-91	-57	-202	-98	-106	-69	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8	5,0	4,7	5,3	4,8	4,9	4,6	4,6	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2860	2738	2993	2772	3017	2932	2843	2762	2711	2773
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-43	-89	-116	-114	-121	-123	-100	-120	-122	-99
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1951	1892	1983	1950	1983	1976	1975	1946	1929	1943
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-18	-44	-49	-36	-51	-52	-30	-43	-36	-20
SGB III	in Tsd.	902	970	933	909	846	1011	822	1034	955	868	815	782	830
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-25	-46	-67	-78	-70	-71	-70	-77	-86	-79
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2073	1970	2137	2003	2153	2097	2044	1995	1969	2019
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-1	-39	-55	-60	-57	-62	-50	-66	-65	-57
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	788	767	856	769	864	834	799	767	742	754
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-42	-50	-61	-54	-64	-61	-51	-54	-56	-42
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,3	6,9	6,3	6,9	6,8	6,5	6,3	6,2	6,3
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,9	5,6	6,1	5,7	6,2	6,0	5,8	5,6	5,6	5,7
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,3	9,1	10,1	9,1	10,2	9,9	9,5	9,1	8,8	9,0
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	641	635	679	597	631	634	660	543	588	600
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	649	649	623	670	645	719	749	624	638	538
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	37	46	51	-	52	51	54	43	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-20	-14	-7	-	-5	-4	-5	-13	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3735	3648	3854	3632	3886	3812	3704	3629	3563	3589
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-107	-129	-167	-175	-174	-171	-172	-171	-183	-166
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	512	510	515	560	519	542	552	557	572	589
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+41	+55	+63	+73	+63	+66	+66	+75	+78	+87
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+484	+267	+375	+59	+41	+32	+42	+10	+16	+20	+7	+10	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+489	+111	+109	+172	-	+31	+81	+32	+22	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-183	-41	-85	0	-42	-53	-23	-13	-8	-6	-7	-9	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,0	4,9	4,8	4,7	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-4	-38	-45	-26	-18	-14	-8	-4	+1	+9
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-4	-10	-19	+1	-9	-3	+4	-1	+8	+8
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+65	-37	-1	-27	-26	-27	-9	-11	-12	-3	-8	+1
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	+4	-25	-26	-14	-11	-7	-3	-5	+3	+4
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-53	-27	-46	-8	-13	-19	-12	-8	-5	-7	+2	-2	+5
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,7	6,6	6,5	6,4	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	5,9	5,9	5,8	5,7	5,8	5,8	5,8	5,7	5,7	5,7
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,7	9,5	9,3	9,2	9,3	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-29	-47	-52	-48	-20	-17	-20	-6	-16	-3
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+14	+21	+18	+20	+3	+6	+6	+9	+9	+9
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,5	106,4	107,6	108,0	106,8	108,1	108,0	108,2	107,8	107,2
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,6	100,3	101,0	101,0	100,3	101,1	100,5	100,2	100,1	100,6	100,7
BA-X Stellenindex	Index	166,1	159,2	169,2	170,0	177,3	182,7	188,0	183,0	184,0	185,0	189,0	190,0	192,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

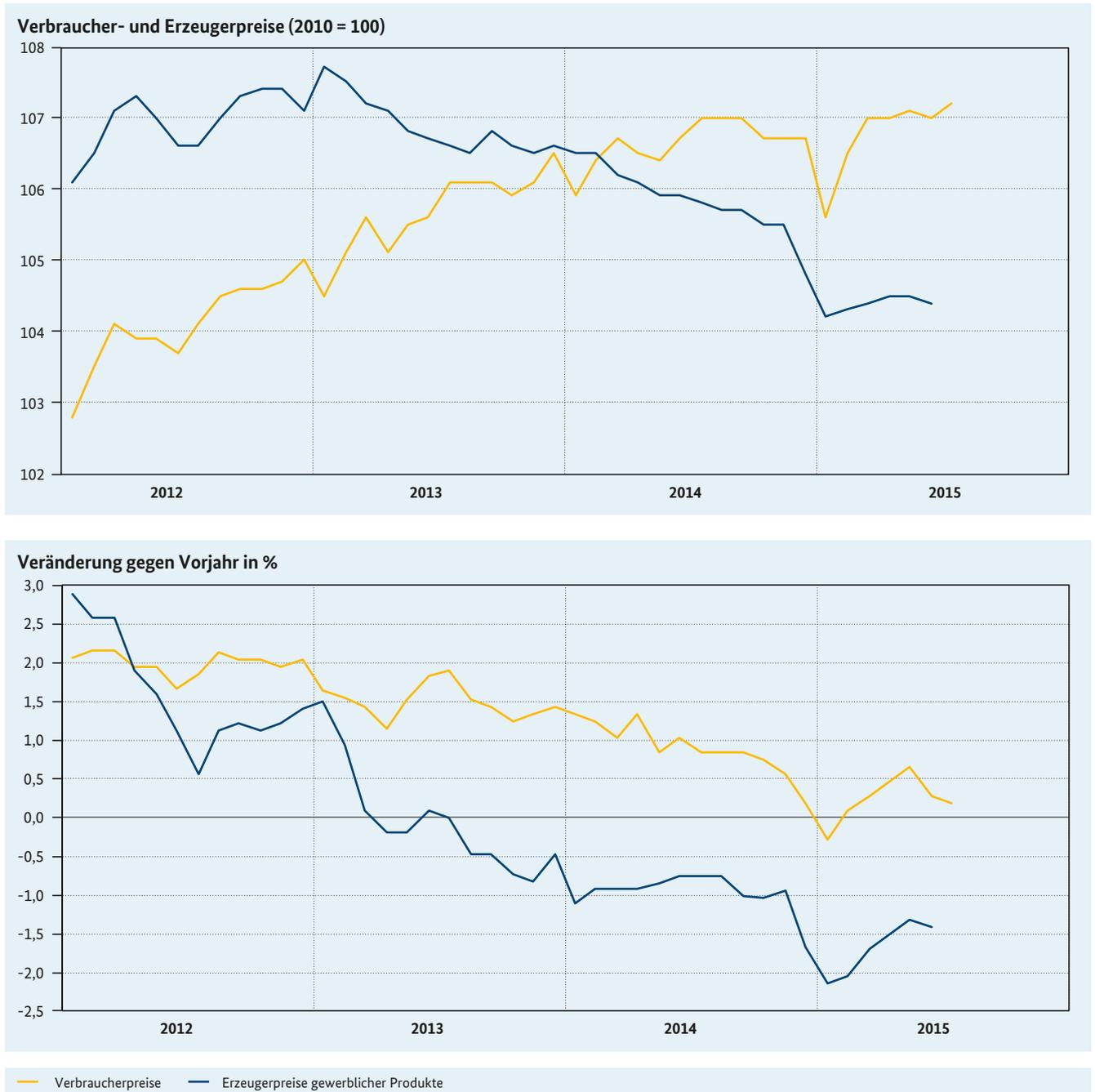
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	107,0	106,7	106,4	107,0	106,5	107,0	107,0	107,1	107,0	107,2
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,8	+0,5	+0,1	+0,5	+0,1	+0,3	+0,5	+0,7	+0,3	+0,2
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	108,0	107,5	106,4	107,8	106,4	107,4	107,8	107,9	107,6	107,0
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,2	-0,5	-1,4	-0,4	-1,4	-0,8	-0,6	-0,3	-0,5	-0,7
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,1	110,8	109,7	111,1	109,9	110,4	110,9	111,3	111,1	110,8
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,2	-0,7	-2,1	-0,9	-2,0	-1,3	-1,1	-0,6	-1,0	-1,2
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	110,9	110,7	112,0	113,0	112,3	112,2	113,2	113,2	112,6	111,8
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+0,4	-0,2	-0,5	+1,2	-0,4	-0,1	+1,1	+1,4	+1,0	+0,4
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,0	117,6	114,4	114,5	114,9	114,9	114,5	114,8	114,2	113,1
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,7	-2,2	-4,8	-4,7	-4,6	-4,2	-4,7	-4,3	-4,9	-5,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	103,9	106,1	104,2	105,8	103,3	106,6	106,7	105,8	105,0	103,0
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,8	+0,5	+0,2	+0,5	-0,3	+0,4	+0,6	+0,4	+0,6	+0,7
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,9	96,7	96,8	97,2	96,7	97,0	97,2	97,3	97,2	97,1
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,4	-0,5	-0,2	+0,3	-0,3	+0,1	+0,4	+0,4	+0,1	0,0
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	106,1	106,0	106,3	106,3	106,6	106,6	106,2	106,3	106,4	107,4
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,5	+1,5	+1,4	+1,2	+1,5	+1,3	+1,2	+1,5	+0,9	+1,1
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,5	105,9	106,2	106,5	106,2	106,3	106,5	106,5	106,6	106,7
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,4	+1,5	+1,3	+1,2	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2	+1,2	+1,2
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	105,9	106,0	106,2	106,6	106,4	106,7	106,6	106,6	106,6	106,9
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,3	+1,0	+1,0	+1,2	+1,1	+1,0	+1,2	+1,3	+1,1	+1,0
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,6	112,5	107,6	110,4	107,8	109,3	109,8	110,9	110,4	109,8
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-1,9	-3,8	-7,3	-5,6	-7,3	-5,7	-5,9	-5,0	-5,9	-6,2
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,9	106,6	106,4	107,1	106,5	106,7	107,0	107,2	107,1	107,1
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,8	+0,6	0,0	+0,5	+0,1	+0,3	+0,4	+0,7	+0,5	+0,3
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	116,6	116,2	115,8	116,5	116,0	116,6	116,5	116,6	116,4	116,7
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+0,8	+0,4	-0,1	+0,3	0,0	+0,2	+0,3	+0,7	+0,1	+0,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	105,7	105,3	104,3	104,5	104,3	104,4	104,5	104,5	104,4	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-0,8	-1,2	-2,0	-1,4	-2,1	-1,7	-1,5	-1,3	-1,4	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,6	103,4	102,5	102,9	102,4	102,5	102,8	103,0	103,0	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-0,4	-0,4	-1,2	-0,6	-1,3	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,5	103,7	103,9	104,1	103,9	104,0	104,1	104,1	104,2	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,6	+0,6	+0,7	+0,6	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,3	108,1	107,9	108,2	107,9	108,2	108,2	108,1	108,3	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+0,5	-0,8	-1,2	-1,1	-1,2	-0,9	-1,1	-1,1	-1,0	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,8	105,9	106,6	107,0	106,6	106,7	106,9	107,0	107,1	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,3	+1,2	+1,1	+1,3	+1,1	+1,1	+1,3	+1,3	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,8	108,4	108,1	108,4	108,1	108,4	108,4	108,3	108,4	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+0,3	-1,1	-1,5	-1,4	-1,5	-1,3	-1,4	-1,5	-1,5	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	107,8	107,0	104,3	104,1	104,5	104,5	104,4	104,2	103,8	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-3,4	-3,9	-5,5	-4,3	-5,5	-4,7	-4,4	-4,1	-4,4	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,6	109,8	110,6	110,9	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,8	110,8	111,1	111,3	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	117,4	91,9	69,2	76,7	72,4	69,6	74,2	78,6	77,2	70,2
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	-6,0	-24,9	-43,1	-38,2	-40,9	-43,0	-39,6	-36,5	-38,6	-42,7
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	100,4	98,5	92,2	87,6	92,7	89,0	87,8	86,7	88,3	91,5
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	-4,0	-2,7	-14,7	-25,0	-14,3	-23,3	-26,3	-26,8	-21,8	-11,8
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	90,5	84,5	76,2	74,2	76,1	74,0	73,6	75,7	73,4	69,2
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-0,8	-9,1	-16,4	-17,5	-16,5	-17,0	-19,4	-15,6	-17,4	-24,3
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	123,8	92,9	66,2	76,4	70,3	67,3	73,4	78,6	77,2	68,9
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	-6,7	-28,3	-48,5	-41,8	-45,8	-47,7	-43,3	-39,9	-42,3	-47,0
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	103,6	102,4	101,5	102,9	101,6	102,6	103,2	103,0	102,5	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-1,7	-2,4	-2,9	-0,9	-3,0	-1,4	-0,6	-0,8	-1,4	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	111,1	111,3	113,6	113,7	113,6	114,4	114,4	113,6	113,0	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-0,4	-0,3	+0,5	+1,3	+0,1	+1,1	+1,2	+1,2	+1,4	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	102,9	101,5	100,2	101,8	100,3	101,4	102,1	101,9	101,4	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-1,9	-2,5	-3,3	-1,2	-3,4	-1,7	-0,8	-1,1	-1,8	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	109,1	101,6	91,5	95,8	92,4	94,2	96,3	96,7	94,4	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-6,7	-11,9	-19,6	-14,1	-19,2	-16,0	-13,4	-13,1	-15,7	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,9	101,5	102,9	103,7	102,8	103,6	103,9	103,6	103,6	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-0,2	+0,7	+2,4	+3,3	+2,2	+3,2	+3,6	+3,2	+3,0	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	104,2	104,1	104,8	105,4	104,7	105,3	105,6	105,4	105,3	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	0,0	+0,2	+0,8	+1,4	+0,7	+1,4	+1,6	+1,4	+1,3	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	100,5	101,7	103,3	102,4	103,1	102,6	102,3	102,3	102,7	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,7	+2,7	+3,9	+2,4	+3,8	+2,9	+2,2	+2,2	+2,7	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,33	1,25	1,13	1,10	1,14	1,08	1,08	1,12	1,12	1,10
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	0,0	-8,2	-17,7	-19,4	-16,9	-21,6	-22,0	-18,8	-17,5	-18,8
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	137,7	143,0	134,2	134,1	134,7	130,4	128,9	134,8	138,7	135,7
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+5,1	+4,6	-4,7	-4,2	-3,3	-7,8	-9,0	-3,6	0,0	-1,5
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,79	0,79	0,74	0,72	0,74	0,72	0,72	0,72	0,72	0,71
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-7,1	-6,1	-10,2	-11,5	-10,3	-13,0	-12,6	-11,5	-10,4	-10,9
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	97,7	101,2	101,8	101,3	99,0	93,0	91,2	93,3	90,6	89,7	91,6	92,3	91,3
	gg. Vj. in %	-5,4	+3,6	+0,6	-0,2	-3,6	-10,1	-11,9	-9,5	-13,1	-13,9	-11,6	-10,1	-10,7
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,0	98,2	97,9	97,2	94,9	89,2	87,5	89,5	86,9	86,1	87,9	88,5	87,5
	gg. Vj. in %	-5,2	+3,3	-0,3	-1,3	-4,4	-10,8	-12,1	-10,2	-13,6	-14,3	-11,7	-10,3	-10,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,0	98,4	98,6	98,4	97,7	95,1	94,5	95,3	94,3	94,0	94,6	94,7	94,3
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,5	+0,2	-0,2	-1,4	-4,1	-4,5	-3,8	-5,1	-5,2	-4,3	-4,0	-4,4
56 Länder	Index	88,4	90,4	91,1	90,6	89,7	86,6	85,5	86,9	85,3	84,6	85,7	86,2	85,7
	gg. Vj. in %	-3,4	+2,3	+0,7	-0,2	-1,9	-6,1	-6,8	-5,6	-7,8	-8,3	-6,5	-5,6	-5,9

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

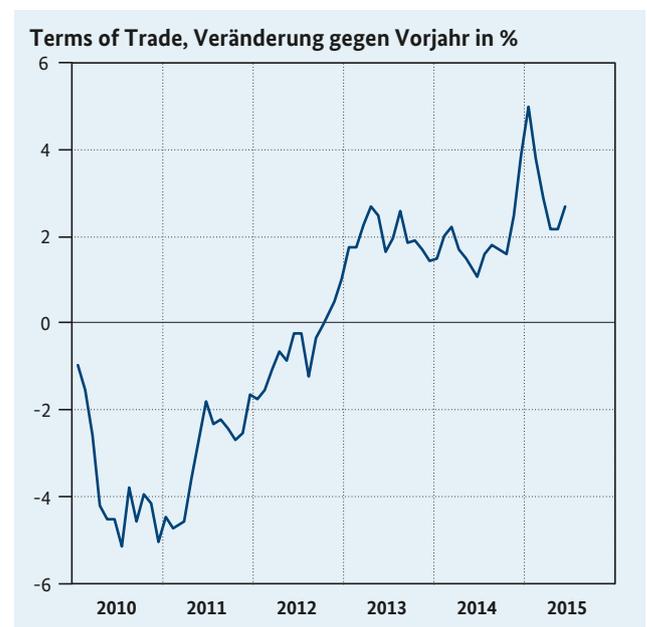
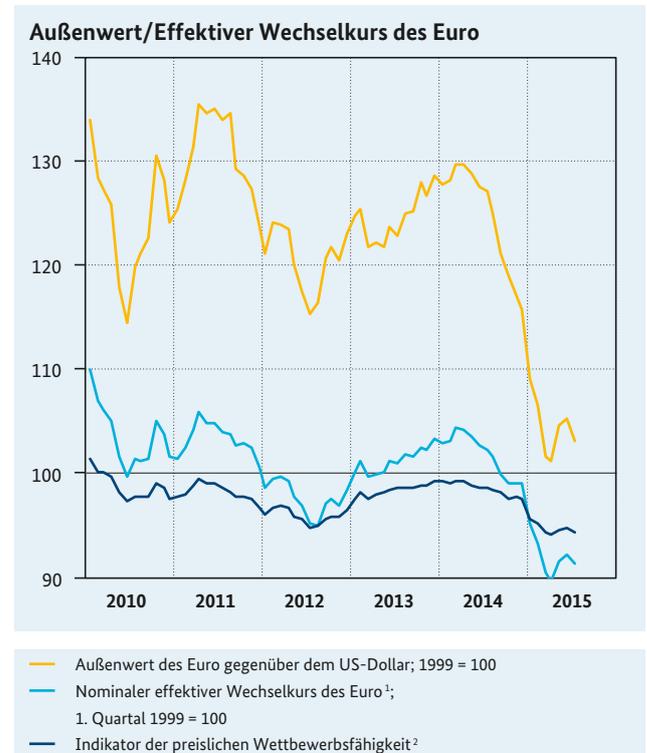
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,04	0,04	-0,05	-0,13	-0,04	-0,06	-0,10	-0,14	-0,15	-0,14
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,16	0,08	0,05	-0,01	0,05	0,03	0,01	-0,01	-0,01	-0,02
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,26	0,18	0,13	0,06	0,13	0,10	0,07	0,06	0,05	0,05
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,44	0,33	0,26	0,17	0,26	0,21	0,18	0,17	0,16	0,17
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,13	0,04	0,09	0,12	0,09	0,09	0,11	0,13	0,13	0,12
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,12	0,02	-0,14	-0,08	-0,16	-0,17	-0,19	-0,05	-0,01	-0,06
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,51	0,29	0,03	0,17	0,03	-0,02	-0,06	0,22	0,35	0,28
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	0,99	0,70	0,31	0,49	0,30	0,23	0,12	0,56	0,79	0,71
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	5,9	7,0	9,3	11,2	9,1	10,0	10,5	11,2	11,8	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,7	3,2	4,2	5,1	4,1	4,6	4,9	5,0	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	2,1	3,1	4,2	5,1	4,1	4,7	5,3	5,0	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	2,1	3,1	4,3	-	4,2	4,7	5,0	5,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-1,9	-1,3	-0,2	+0,3	-0,2	+0,1	+0,2	+0,5	+0,3	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-1,4	-0,8	+0,2	+0,7	+0,1	+0,5	+0,3	+1,0	+0,8	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+1,4	+1,8	+2,5	+2,1	+2,6	+2,5	+1,8	+2,3	+2,2	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	+1,1	+1,5	+1,9	+1,9	+2,0	+1,9	+1,7	+1,9	+2,1	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	+0,2	+0,1	-0,5	-1,2	-0,4	-0,3	-1,4	-1,1	-1,1	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-2,1	-1,6	+0,7	-1,4	+1,5	+0,1	-1,5	-1,2	-1,6	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+0,9	+2,1	+1,1	-2,6	+1,1	+0,5	-3,6	-2,0	-2,4	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,7	0,0	-1,1	-0,9	-1,1	-0,6	-0,9	-0,9	-0,7	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,2	+1,4	+1,6	+1,9	+1,6	+1,7	+1,8	+2,0	+2,0	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,1	+2,5	+3,0	+3,2	+3,0	+3,0	+3,1	+3,2	+3,4	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9555	9433	10962	11598	10977	11785	11956	11602	11236	11288
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	-1,5	-1,3	+16,2	+5,8	+8,4	+7,4	+1,5	-3,0	-3,2	+0,5
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3172	3106	3438	3624	3454	3655	3734	3618	3522	3545
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	-1,3	-2,1	+10,7	+5,4	+7,8	+5,8	+2,1	-3,1	-2,7	+0,7
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	1976	2013	2064	2102	2083	2080	2094	2113	2099	2093
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+4,0	+1,9	+2,5	+1,8	+2,6	-0,1	+0,7	+0,9	-0,6	-0,3
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	15564	16694	18173	20032	18033	19198	19781	19911	20404	20385
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	+6,2	+7,3	+8,9	+10,2	+4,3	+6,5	+3,0	+0,7	+2,5	-0,1

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

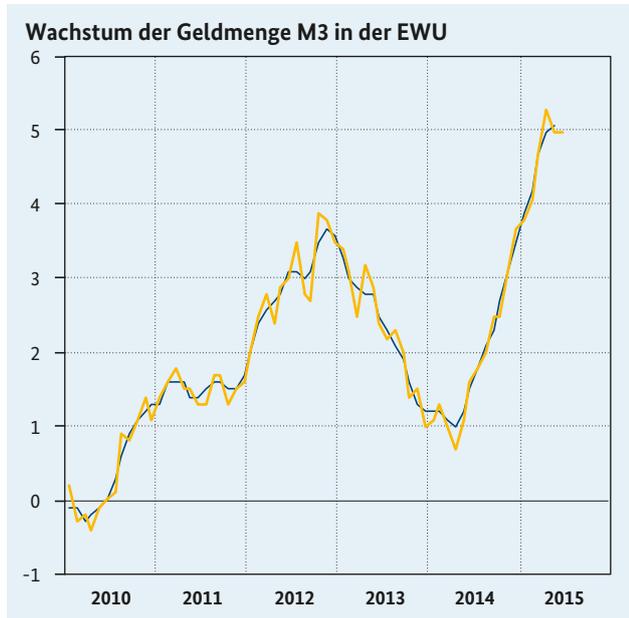
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

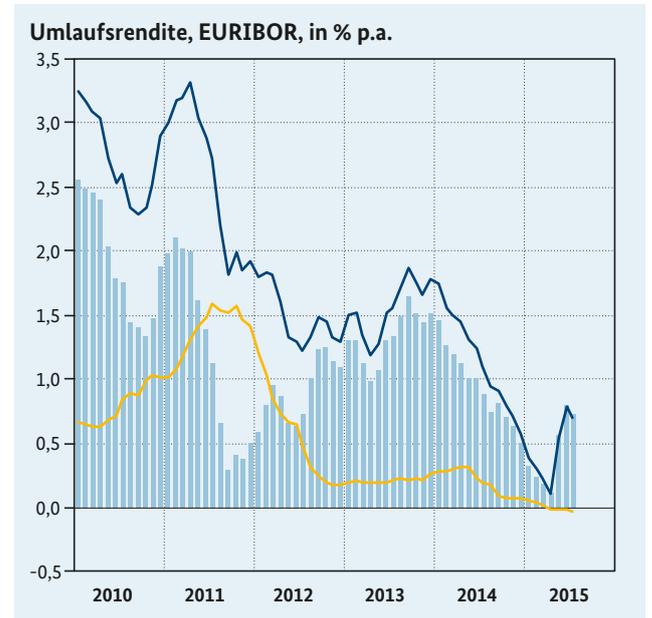
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

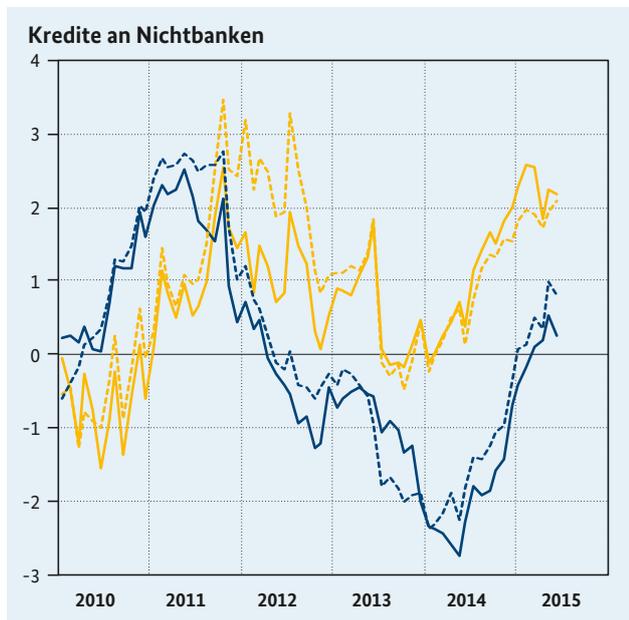
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



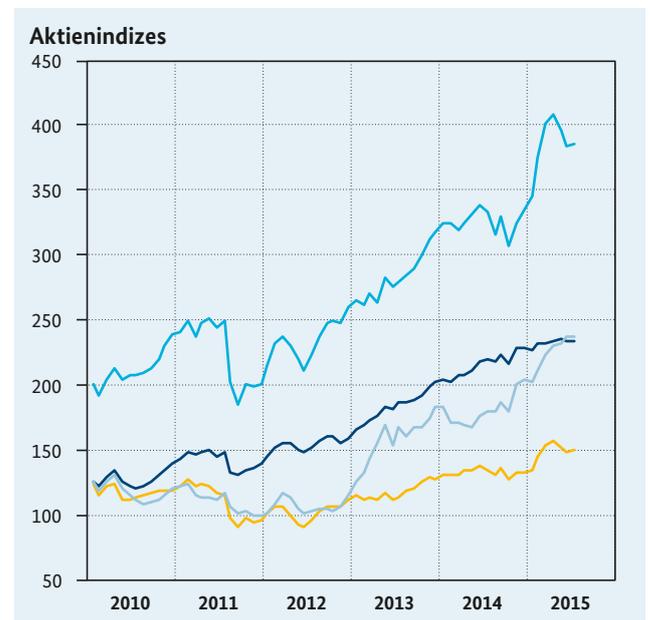
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Toni Glaser
(Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft)

Jochen Puth-Weißenfels
(Gesundheit – made in Germany)

Joachim Smend
(Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union)

Joachim Schmitz
(„Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland)

Sophie Müller-Godeffroy und Laure Kaelble
(Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
September 2014	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
Oktober 2014	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann
November 2014	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015

Ausgabe	Fachartikel
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt
Juli 2015	Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“ Elektromobilität mit System G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit
August 2015	Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen „Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
